autonomes

Blättchen

„Ein Angriff gegen uns alle“



#25

Juni-August 2016

Moin Moin,

wie versprochen kommt die Nr.25 pünktlich zum Sommer – bevor ihr in den Urlaub fliegt, die Sonnenliege wiederentdeckt, Festivals besucht... Oder bevor ihr zum No-Border-Camp fahrt oder die kurdischen Genoss_innen unterstützt, oder euch einem heißen Sommer des Widerstands verschreibt.

Nichts gegen Erholung. Uns drängt es aber dazu, wir sind ja auch nicht die kleine Redaktion eines Livestilemagazins, mit vielen Leuten ins Gespräch zu kommen, über die Themen, die in dieser Ausgabe zu finden sind und uns ins Getümmel widerständiger Aktionen zu stürzen.

Neben vielen Berichten von Aktionen wurden uns auch Texte zugeschickt, die sich mit dem massiven Rechtsruck in Europa und auch in Deutschland beschäftigen. Wir haben selbst schon ein wenig über die Einschätzungen und Thesen diskutiert und fänden es sehr gut, wenn es auch andere machen würden. Schickt uns eure Positionen! Wir denken, dass dies wichtige Diskussionen sind, die dringend geführt werden müssen, wenn wir nicht in Bälde von den Entwicklungen überrollt werden wollen.

Gerne hätten wir mehr Einschätzungen zu den Protesten in Frankreich und zur Lage und dem Widerstand gegen den Putsch in der Türkei erhalten.

Impressum:

Nr. 25 - Juni/Juli/August 2016

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@riseup.net
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
normalerweise alle drei Monate:
1. September*; 1. Dezember, 1. März, 1. Juni*

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Uns fehlt auch was zu den neuen „Sicherheitsgesetzen", die ganz klammheimlich mit dem widerlichen Integrationsgesetz durchgewunken wurden. Künftig sollen Sicherheitsbehörden in Bestandsdaten der Telekommunikationsunternehmen automatisiert, auch „mit unvollständigen Namensbestandteilen" sowie „mit abweichenden Schreibweisen", suchen können. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem BND soll zudem der Datenaustausch mit Partnerdiensten aus Europa, der Nato und Israel erleichtert werden. Und auch unregistrierte Prepaid-Karten soll es künftig nicht mehr geben. Provider und Händler_innen sollen verpflichtet werden, ein gültiges Identitätsdokument mit vollständigen Adressangaben zu verlangen. Ach, und auch Handys soll es in Zukunft nur noch gegen Vorlage des Persos geben. Das Kabinett hat's bereits beschlossen. Ihr wisst, was das heißt? Schnell noch ein paar Handys und Zubehör erwerben, bevor es in die Sommerfrische geht.

Ein paar Texte, die wir erhalten haben, konnten wir nicht mitaufnehmen. Ist ja wieder ganz schön voll hier. Auch die beiden Pressemitteilung des Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen wegen der Anklage gegen Mustafa Çelik haben wir nicht mit aufgenommen. Wir würden uns aber freuen, wenn diesbezüglich für die nächste Ausgabe was reinkommt, was den zum Einsendeschluss aktuellen Stand des Verfahrens beschreiben kann.

Insgesamt haben wir diesmal recht wenig Zusendungen per Post bekommen. Falls ihr Texte per Post an uns geschickt habt, die nicht abgedruckt sind, meldet euch bitte per Mail. Wir wüssten gerne, ob böse Menschen uns Briefe klauen. Die Zusendung per Mail funktioniert ganz einfach über unsere Homepage.

Und leert mal wieder eure Spendendosen. Uns erreichten seit der letzten Ausgabe ganze 10 Euro an Spenden. Das, liebe Genoss_innen, ist leider zu wenig!

Schreibt, schickt uns gute Texte, die ihr gefunden habt und unterstützt das Projekt mit Geldspenden Eine Bitte an alle, die das Blättchen zugeschickt bekommen: Überprüft mal, ob die Empfänger_innenadresse gut lesbar an der Tür angebracht ist, ob große Briefumschläge auch wirklich in den Briefkasten passen und ob Pakete in Empfang genommen werden können.

Draußen geblieben:

Mexiko, Coacalco: Bekennung zu Sprengstoff-Brandangriff auf eine Toyota-Vertretung, Pressemitteilung des Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen Celle/Hannover 1 und Celle/Hannover 2

eure Erna Stark

In diesem Blättchen...

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Torten für Menschenfeinde

Liebe Pressevertreter und Pressevertreterinnen,
Liebe „Genossinnen“ und „Genossen“ der Linkspartei,

Wir, die antifaschistische Initiative „Torten für Menschenfeinde“, haben Sahra Wagenknecht am heutigen Tage eine Torte überbracht. Mit Beatrix von Storch teilt sie nicht nur die Torte im Gesicht. Ebenso wie die Vertreter der AfD ist Wagenknecht stets darum bemüht, den „Volkszorn“ in politische Forderungen zu übersetzen. Damit steht sie in ihrer Partei keineswegs allein da. Vielmehr ist sie die derzeitige Galionsfigur, bei der sich alles verdichtet, was die Linkspartei für uns unerträglich macht. Mit der Forderung selbst noch mit Pegida zu reden, trifft Wagenknecht den Common Sense ihrer Parteibasis. Für jede Sauerei des „kleinen Mannes“ stehen Wagenknecht und ihre Genossen als Ansprechpartner bereit. Ihre auf Flüchtlinge gemünzten Aussagen über „Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung“ und ihre bundesweit bekanntgewordene Rede zum „Gastrecht“, sind nur die Spitze des Eisberges.

Sicherlich spielt die Tatsache, dass sich die Linkspartei und die AfD beide als Protestparteien profilieren wollen und dasselbe Wahlpublikum ansprechen, hierbei eine Rolle. Allein in taktischem Kalkül geht all das aber nicht auf. Schon 2005 – lange vor der Gründung der AfD – forderte Lafontaine, Wagenknechts Ehemann, Politikdiva und selbsternannter „Napoleon von der Saar“, die Deutschen vor „Fremdarbeitern“ zu beschützen. Auch das Ursprungsthema der AfD, die Rückkehr zur „nationalen Borniertheit“ (Karl Marx) und dementsprechend das Ressentiment gegen die USA und die EU, war ursprünglich in der Linkspartei beheimatet. Selbst der Forderung nach einer Bekämpfung der Fluchtursachen liegt weniger Menschenliebe, als der Wunsch nach kulturell homogenen Gemeinschaften, zu Grunde. Den nationalen Konsens zwischen AfD und Linkspartei brachte Sahra Wagenknecht in ihrem neusten Buch unfreiwillig auf den Punkt: „Je größer, inhomogener und unübersichtlicher eine politische Einheit ist, desto weniger funktioniert das. Kommen dann noch Unterschiede in Sprache und Kultur hinzu, ist es ein aussichtsloses Unterfangen.“

Vereint im Ziel, besteht der Unterschied vor allem in den Mitteln. Die Forderung nach einem neuen Schießbefehl bleibt deshalb Beatrix von Storch und der AfD vorbehalten. Die ideologische Munition wird ihnen dabei jedoch nicht zuletzt von Wagenknecht und Co. geliefert. Eine Torte für Wagenknecht ist deshalb mehr als gerechtfertigt.

Antifaschismus kennt kein Parteibuch!

Die Tortenfraktion



+++ Frankreich ++++

Leider haben wir für diese Ausgabe mit niemandem sprechen können, der oder die uns etwas genaueres über die Auseinandersetzungen in Frankreich erzählen konnte. Wir versuchen das nachzuholen und rufen euch aber auch nochmal auf: Wenn ihr Hintergründe kennt, wenn ihr die Geschehnisse besser einordnen könnt, nur her mit euren Artikeln!

Fürs erste gibt's hier einen Text, der einen kleinen Einblick über die Akteur_innen und die Situation geben kann, dann einen Aufruf an alle und eine kurze Erklärung, die die Differenzen zwischen „Antagonist_innen“ und denen, die gegen die Arbeitsgesetze kämpfen, verdeutlichen kann. (ab)

Les larmes de la misère ont le gout de ma haine

Dieser Tage in Frankreich

Das parlamentarische Spektakel um das Dekret zur Annahme der umstrittenen Änderungen am Arbeitsgesetz endete wie zu erwarten mit viel Rauch um Nichts. Die „Abweichler“ der „Linken“ hatten ihren Dissens dann doch nicht ganz so existenziell gemeint und so bleibt die Regierung natürlich im Amt und der Umbau des „Sozialstaates“ wird vorangetrieben.

Auf der Strasse gab es deshalb gestern viel Wut, auch wenn es landesweit nicht so viele Menschen auf die Strasse getrieben hat, wie es vielleicht zu erwarten gewesen wäre. In Paris war es immerhin eine doch beachtliche Demonstration von einigen Zehntausend, die am Nachmittag in Richtung hermetisch abgeriegelter Nationalversammlung zog. Von Anfang an gab es immer wieder Stress mit den Ordnern der Gewerkschaften, die gestern in Paris so dreist wie nie zuvor

seit Beginn der Proteste Anfang März mit den Bullen kooperierten. Teilweise wurde der Stress sehr handfest ausgetragen, einige Ordner kassierten bei den Konflikten auch heftig. Nachdem der antagonistische Block sich dann doch gefunden hatte, ging es dann auch sehr schnell zur Sache und an mehreren Stellen wurden in den Seitenstrassen postierte Bulleneinheiten massiv, auch mit Molotows, angegriffen. U.a. aufgrund der Tatsache, dass Wurfgegenstände Mangelware waren, gelang es den Bullen aber sich in den Konfrontationen zu behaupten. Am Endpunkt der Demo gab es dann noch eine aufsehenerregende Konfrontation von einigen Vermummten mit Soldaten, die mit umgehängtem Gewehr den Zugang zum Militärmuseum bei Les Invalides verteidigten. Am Abend dann versammelten sich etliche Leute nach einem Aufruf aus dem Spektrum der Nuit Debout vor dem Parlament, wo die Nationalversammlung tagte, hier blieb es aber weitgehend ruhig.

Auffällig ist aus meiner Sicht die Entwicklung, das sich in den letzten Wochen in den verschiedenen französischen Städten antagonistische Kerne gefunden haben, die mit ähnlichen Taktiken wie ihre Gefährt*innen in Paris oder Rennes vorgehen. So gab es gestern, ebenso wie am Dienstag, bei den spontanen Demonstrationen nach dem Kabinettsbeschluss zum Loi Travail, in mehreren Städten militante Aktionen und Kämpfe mit den Bullen, und zwar auch jenseits von den üblichen Schauplätzen Paris, Nantes und Rennes.

Eine Ausnahmeerscheinung in Sachen historischem Klassenbewusstsein sind weiterhin die Malocher von Le Havre, die schon in der Vergangenheit in der besetzten Uni Tolbiac vorbeischauten, um demonstrativ den Schulterschluss zu suchen, oder während der Aktionstage wichtige Strasse mit brennenden Reifen blockierten und die gestern ohne Scheu öffentlich und demonstrativ das örtliche Parteibüro der „Sozialisten“ zerlegten.

Heute haben dann die Bullen in Rennes den seit dem 1. Mai besetzten Rathausaal, das Maison du Peuples, geräumt,von dem aus auch ein Freies Radio in den letzten Tagen gesendet hat und in dem in den letzten Tagen teilweise gut besuchte Vollversammlungen von mehreren hundert Leuten stattgefunden hatten. Um 20:00 wird es deshalb in Rennes eine weitere Demo geben, am Samstag dann eine Demo gegen die Gewalt der Bullen (In Rennes ist einem Demonstranten ein Auge ausgeschossen worden).

Johhny 13.05.2016

Hilferuf aus Frankreich

Militanter Internationalismus! Schnell verbreiten!

Helft uns! Die Bewegung der Arbeiter_innen und der Jugendlichen kann ihre Verletzten nicht mehr zählen. Es sind Hunderte und es ist ein Wunder, das es noch keine Toten gab. Die Gewalt der französischen Regierung um den Widerstand zu brechen wird immer mehr. Diese Regierung wird immer drohender gegen unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, vor allem gegen die größte französische Gewerkschaft, die CGT. Was in Frankreich passiert, ist ein neues Kapitel in der Aggression, die sich in Europa und in der Welt gegen die Jugend und die Arbeiter_innen entfaltet, um die Interessen der Reichsten und der Bourgeoisie auf diesem Planeten zu bewahren. Dies ist ein wichtiger Augenblick in der sozialen Schlacht und wir brauchen die Hilfe der Arbeiter_innen und Jugendlichen in Italien, Spanien, Algerien, China, Südkorea, Schweiz, Belgien, Deutschland, Großbritannien, Irland, Schottland, Polen, Portugal, Marokko, USA, Türkei, Slovakei, Tschechien, Rumänien, Griechenland, Kanada, - überall dort, wo französische Unternehmen, die diese Regierung in dieser Agression gegen uns finanziert haben, wichtige Interessen haben.

Helft uns! Die Profite des französischen Kapitalismus blockieren! Kein Schiff darf Waren und Rohstoffe nach Frankreich verladen! Kein Zug darf nach Frankreich fahren! Kein LKW darf die Industrie- und Handelsmaschine des französischen Kapitalismus versorgen; Kein Tropfen Öl, kein Kubikmeter Gas, kein Energieaustausch, bis die französische Regierung aufgehört hat, die Rechte der Arbeiter_innen anzugreifen. Bis dahin kein LKW, kein Zug, kein Schiff.

Protestiert vor den französischen Botschaften! Protestiert vor den französischen Unternehmen in Italien, vor den Einkaufszentren, den Fabriken! Vor allem gegen die französischen Banken (die Griechenland stranguliert haben)! Protestiert überall wo es französische Interessen gibt. Eure Herren sind unsere Herren und sie zählen auf unsere Spaltungen. Ein Sieg der Arbeiter in Frankreich wäre ein Sieg der Arbeiter_innen in Europa.

Es ist möglich. Helft uns!!!

(anonym)

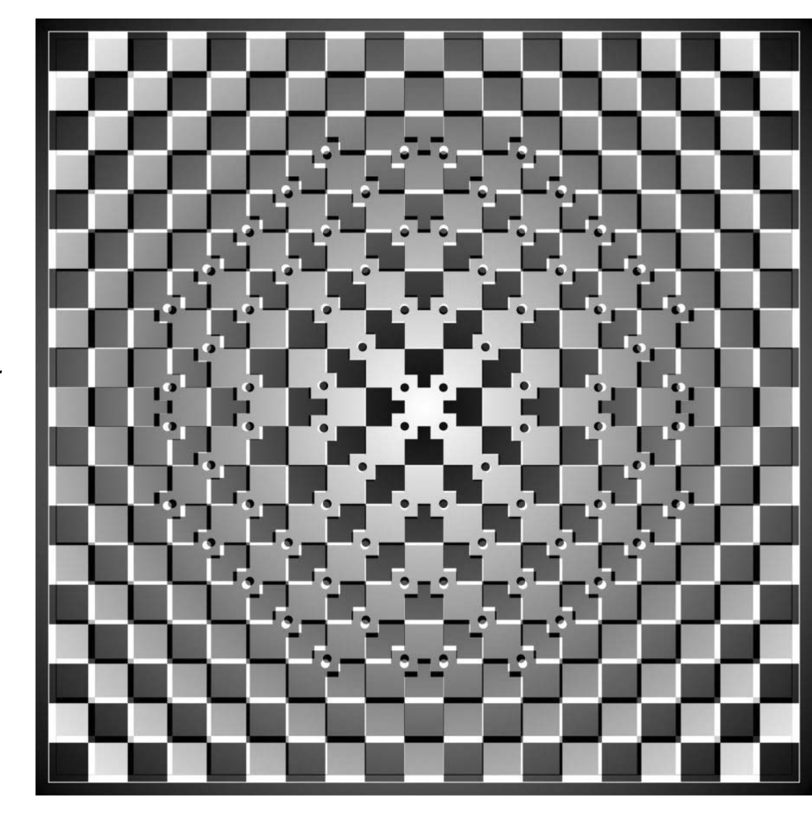
Der vorscheinende Aufstand

Auf den Straßen Frankreichs macht sich eine radikale Strömung bemerkbar, die auf Insurrektion aus ist.

Das Tränengas hing schwer über der Place de la Nation am Donnerstag voriger Woche. Eine Demonstration gegen das geplante Arbeitsgesetz der Regierung endete dort – in einer Falle der Polizei, die durch Sperrung aller Ausgänge des Platzes einen Kessel errichtet hatte, in dem im Anschluss mit Gas und Knüppeln Demonstranten gejagt wurden. Vor dem Block des Gewerkschaftsverbands Confédération générale de travail (CGT) sammelten sich mehrere Tausend Menschen in einem »wilden« Block. Es ist eine Entwicklung der vergangenen Monate, dass dieser Block die großen landesweiten Demonstrationen anführt. Transparente wie »Soyons ingouvernables« (Seien wir unregierbar) werden gezeigt, Leute aus dem Umfeld des »Unsichtbaren Komitees« sind da, viele junge Menschen und auch ältere. Ihnen geht es keineswegs allein um das Arbeits¬gesetz, sondern um den Aufstand: »Insurrection! Insurrection!« – »Paris debout, soulève-toi« (Aufrechtes Paris, begehre auf). Es handelt sich um sogenannte Insurrektionalisten. Ihre Parolen sind in allen Metrostationen der Stadt auf Wände und Plakate geschrieben. Werbung und Werbetafeln werden zerstört oder verändert – praktische Kritik der Warenästhetik. Die Bewegung Nuit debout mit ihrennächtlichen Treffen auf der Place de la Republique hat in letzter Zeit an Bedeutung verloren, vor allem weil der insurrektionalistische Teil der Bewegung nach der gescheiterten Besetzung des Platzes am 28. April sich anderweitig orientierte; zurück blieben Würstchenbuden und Trommler.

Im Gegensatz zu dem von Präsident François Hollande verhängten Notstand streben die Insurrektionalisten den »wirklichen Ausnahmezustand« zur Aufhebung des Status quo an, den Walter Benjamin in seinem Aufsatz »Zur Kritik der Gewalt« dem Reaktionär Carl Schmitt entgegenhielt. Die neue insurrektionalistische Bewegung speist sich zum einen aus den Schriften von Tiqqun und dem Unsichtbaren Komitee, zum anderen aus den Erfahrungen zurückliegender Kämpfe wie der Streiks an den Universitäten 2009, der Aktionen gegen die Rentenreform von Nicolas Sarkozy 2010 und der Kämpfe um die ZAD (Zones à défendre) 2012. Gemeinsam mit den Streiks der in der CGT organisierten Arbeiter, die beispielsweise am Donnerstag voriger Woche zahlreiche Zeitungen wie Le Parisien und Le Monde nicht auslieferten, weil diese sich geweigert hatten, eine Erklärung der Gewerkschaft abzudrucken, hat die Bewegung eine gewisse Schlagkraft entwickelt. Es wird der Generalstreik gefordert, um Staat und Ökonomie außer Kraft zu setzen.

Die gegenwärtige politische Eskalation ist auch eine Reaktion auf den Umgang mit den Anschlägen vom 13. November vergangenen Jahres. Regierung und Medien hatten den Zusammenschluss der französischen Nation beschworen, zur Verteidigung des gemeinsamen Lebensstils aufgerufen. Es handelt sich aber bei dem jihadistischen Terror keineswegs um eine Frage des Lebensstils, sondern um eine politische. Die Spannung zwischen einem als allgemein (französisch) proklamierten Lebensstil und der Unmöglichkeit für viele Menschen, überhaupt in die Nähe eines solchen zu kommen, ist auf Dauer nicht ideologisch zu verdecken. Das Ziel der Insurrektionalisten ist es, den Schleier zu zerreißen, der die Politik als Feld des Konflikts um das Gesellschaftliche, das politisch erst noch zu verhandelnde Gemeinsame, zu verbergen sucht.



An den Universitäten haben die Streiks, Besetzungen und Demonstrationen auch zu einer erfreulichen Störung des akademischen Betriebs geführt, wie eine Professorin erzählt. Anfangs noch gepflegte Eigenheiten politischer Korrektheit haben sich im Zuge der Auseinandersetzungen verflüchtigt, was die Vermutung zu bestätigen scheint, dass in konkreten Kämpfen der moralische Diskurszirkus funktionslos wird. Es macht die Wirkung einer solchen politischen Eskalation aus, Identitäten zu erschüttern und Dinge in produktive Unordnung zu versetzen. Was in Paris geschieht, ist vielleicht noch nicht der kommende Aufstand, von dem das Unsichtbare Komitee schrieb, aber zumindest der Vorschein eines Aufstands.

(Jakob Hayne 2.6.2016)

Toulouse, Frankreich: Wir haben es satt

Kommissariat mit Molotowcocktails angegriffen

In der Nacht des 26. April haben wir ein Kommissariat mit Molotowcocktails angegriffen.

Wir belügen uns nicht länger.
Wir haben es satt.
Wir haben es satt, dass sie uns „die Dinge werden morgen besser sein“ verkaufen.
Wir haben es satt auf die soziale Bewegung zu warten.
Wir haben die langweiligen und traurigen „bis nächste Woche“ satt.
Wir haben das Spektakel des Protestes satt, wo die Angst auf den Magen und der Verzicht aufs Hirn schlägt.
Wir haben es satt im Internet zu suchen „wo es abgeht“ oder über die auf YouTube aufgenommenen und veröffentlichten Zusammenstösse zu masturbieren.
Wir haben es satt 600 km zu den Zusammenstössen zu fahren.
Es scheint ein neuer Sport zu sein. Oder schlimmer.
Ein neuer Beruf. Die professionellen MeuterInnen der sozialen Bewegungen. Macht sich gut im militanten Lebenslauf.
Wir haben es satt, dieses zwei Flaschen schmeissen oder einen Müllcontainer auf die Strassen zu ziehen um es dann, mit Gas eingedeckt als Triumph zu feiern.
Wir haben es satt glücklich sein zu wollen, wenn nichts geschieht.
Wir haben es satt so zu tun, als seien wir einverstanden.
Wir haben es satt so zu tun, als würde uns das Gesetz El-Khomri (https://de-contrainfo.espiv.net/tag/Arbeitsgesetz/) interessieren.
Wir haben nicht auf die Empörten 2.0 gewartet und die Nächte (https://en-contrainfo.espiv.net/tag/up-all-night/) aufrecht zu verbringen. Man muss die Dinge beim Namen nennen.

Wir sind ungeduldig.

Wir verstehen nicht, wieso wir, von Polizisten und PazifistInnen umzingelt, die Macht um einen Termin bitten sollten.

Dies hier haben wir zu unserer Freude getan.
Und um einen Bruch zu markieren.
Weil wir sowohl glücklich als auch wütend sind.
Wir wollen nicht mehr dort sein, wo sie auf uns warten.
Wir möchten eine doppelte kämpferische Umarmung senden.
Zuerst an Mónica und Francisco in Spanien.
Dann an die Compas in Brüssel, die ebenfalls wegen Terrorismusanklagen von der Repression betroffen sind.

Unsere Solidarität ist Angriff, unser Verbrechen die Freiheit.

Bis bald.

(anonym zugeschickt)

[FFM] Manif sauvage - Wilde Demo

Angriff auf französisches Konsulat

Gestern am frühen Abend des 19. April, demonstrierten in Frankfurt rund hundert Leute in Solidarität mit den kämpfenden jugendlichen in Frankreich in einer wilden Demo durch Bockenheim. In Frankreich gehen seit Wochen abertausende gegen das „loi travail“ auf die Straße.

Die Jugendlichen und Aufständischen haben die rassistischen Polizeikontrollen satt. Viele Menschen sind nicht bereit den massiven Ausbau des Sicherheitsapparat es im vermeintlichen Ausnahmezustand zum autoritären Polizeistaat weiter mit zu tragen. Sie spüren die Auswirkungen des Tränengases jeden Tag! die Bewegung des Frühlings in Frankreich ist nicht bereit sich für einen angeblichen besseren Arbeitsmarkt einspannen zu lassen. die jugendlichen wissen das das neoliberale Projekt niemandem nutzt- nur dem kapital.

in einer kurzen aber knackigen Demo nach dem französischem Vorbild haben wir eine wilde runde um den block gedreht. wir kämpfen an der Seite all derer die die bestehende Gesellschaft verachten und mehr vom leben wollen. wir kämpfen an der Seite derjenigen die beschlossen haben dies nicht länger zu ertragen. wir haben beschlossen dies nicht länger zu ertragen.

unsere freund_innen auf den Straßen Frankreichs wissen das Protest weh tun muss. Sie wissen das widerstand nicht einfach nur in den bahnen der Gesetze des Obrigkeitsstaats laufen kann. Die Bastille wurde nicht von Königs Gnaden gestürmt. und auch wir haben beschlossen uns bei unserer „manif sauvage“ nicht an den begrenzten Rahmen deutscher Spiessigkeit zu halten. während die Demo an dem französischen Konsulat vorbei zog, beschlossen viele unsere Solidarität einen direkten Ausdruck zu verleihen. Viele Farbflecken und einige zerborstene Scheiben zeugen nun davon. nicht schlimmes im Vergleich zu hunderten verletzten durch Tränengas, Pfefferspray und Polizeiknüppel jede Woche. Aber ein deutliches Zeichen. wie auch unsere Parolen am frühen Abend in Frankfurt. die Polizei kam deutlich zu spät, und das war auch besser für sie. Wir waren auch vorbereitet unsere Demonstration gegen

Polizeiangriffe zu verteidigen. zum Glück war dies nicht nötig. wir kennen eure lügen – das war keine „Hit and Run Aktion“ (Bullenpresse) von „25-30 Linksautonomen“ sondern ein Vorgeschmack auf die kommende zeit der gemeinsamen kämpfe. Und tut nicht so als ob ihr nicht genau den Anlass dafür kennt.

jeunesse et insurgees- le monde est a nous!

Une message des vos amies.
Remi et Clement

(anonym zugeschickt)

+++ Debatte +++

Den folgenden Text bekamen wir als eine Antwort auf „Der kommende Faschismus“ zugeschickt. Herzlichen Dank!

Und was ist, wenn das hier erst der Anfang ist?

Im letzten Blättchen lasen wir einen Text über den „kommenden Faschismus“. Uns motivierte er, etwas zu schreiben zu der Gefahr einer solchen europäischen Entwicklung. Dabei wollen wir uns vor allem auf die Option des Durchsetzens einer völkischen-nationalistischen Bewegung konzentrieren. Die Option der Weiterentwicklung einer totalitärer werdenden neoliberalen, bürgerlichen, postdemokratischen europäischen Herrschaft bedarf unseres Erachtens andere Antworten und Diskussionen.

Möglicherweise ist die AFD nur ein temporäres Problem. Möglicherweise wird es für sie, jetzt, wo die Bundesregierung „Erfolge“ im Kampf gegen die Flüchtlinge für sich verbuchen kann, in den kommenden Wahlen wieder bergab gehen. Vielleicht ist es auch so, dass es irgendwann stimmt, was die Zeitungen schreiben, und PEGIDA tatsächlich mit schwindenden Teilnehmer_innen zu kämpfen hat und sich quasi von selbst erledigt. Möglicherweise verlieren Nazis und rassistische Anwohner_innen irgendwann die Lust am aufgebrachten Protestieren und dem Anstecken von Heimen. Oder die Ermittlungsbehörden schlagen irgendwann doch mal „richtig“ zu und bekämpfen die völkische-nationale Bewegungen mit allen Mitteln.

Vielleicht haben wir auch einfach mal Glück, und der Staat macht eine Kehrtwende im totalitären Ausbau des Überwachungsstaates. Vielleicht gibt es überraschende Erfolge für eine linke Bewegung, und wir werden Zeug_innen und Akteur_innen eines revolutionären Aufbruchs und die Menschen wenden sich massenhaft gegen den europäischen Rechtstrend. Möglicherweise.

Aber ehrlich, es sieht gerade nicht so aus. Wir schauen nach Deutschland, nach Ungarn, nach Polen, nach Österreich, nach Frankreich, nach Finnland usw. und sehen überall dort, wie extrem rechte Parteien absahnen, mehrheitsfähig werden, koalitionsfähig, wir sehen den Zuwachs faschistischer Bewegungen, wir sehen die Bereitschaft der bürgerlichen Parteien, ihre Macht mit Faschist_innen zu teilen, wir sehen ihre Willigkeit, sich politisch anzubiedern, in der absurden Hoffnung, so die Wahlerfolge der extremen Rechten zu minimieren. Und wir sehen das Tempo, in dem dies geschieht. Wer hätte vor fünf Jahren gedacht, dass bei einer Bundespräsident_innenwahl in Österreich 50% an die FPÖ gehen, und wer hätte zu der Zeit gedacht, dass der Front National in Frankreich auf bestem Wege ist bei der nächsten Wahl stärkste Partei zu werden. Wer hätte gedacht, dass eine Politikerin in Deutschland den Schusswaffengebrauch gegen Geflüchtete vorschlägt, ohne größere Konsequenzen. Und was heißt das für die nächsten fünf Jahre?

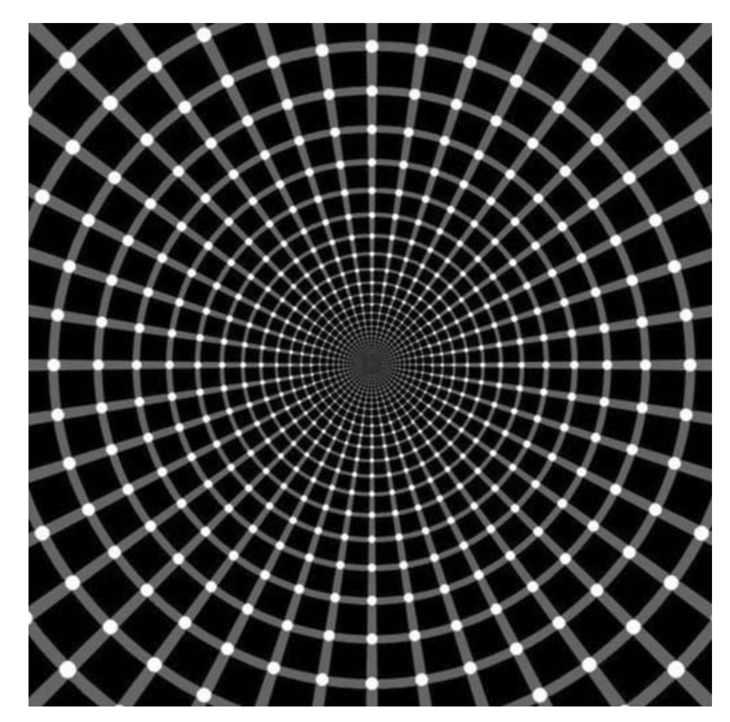
Wir sind keine Träumer_innen. Wir glauben nicht an einen zufälligen Wandel, noch haben wir Vertrauen auf bisher noch verborgene Kräfte, die sich den Entwicklungen dieser Zeit plötzlich aus dem Nichts entgegen stellen. Zwar geben wir die Hoffnung hierfür nicht auf, aber es ist uns zu wenig, nur auf eine solche Hoffnung zu setzen. Stattdessen denken wir, dass es längst Zeit ist, sich mit denjenigen Möglichkeiten zu beschäftigen, deren Eintritt viel wahrscheinlicher wirkt, als ein progressiver revolutionärer Umschwung. Und viel Wahrscheinlicher ist Folgendes: Eine Machtübernahme durch völkisch-nationale Kräfte und das Aufkommen eines neuen Faschismus in Europa oder aber die Zuspitzung des totalitären Umbaus der neoliberalen Gesellschaften, wie sie derzeit existieren. Und wir meinen damit nicht, dass es eventuell hier und da noch kleinere Verschlechterungen geben wird, die uns zwar moralisch empören, aber uns in unserem Leben und politischen Arbeiten nicht wirklich einschränken und uns weiter die Möglichkeiten der bürgerlichen Freiheitsrechte lassen. Wir meinen damit den endgültigen Verfall dessen, was derzeit noch in Resten erhalten ist. Wir reden von einem echten Faschismus als eine mögliche Option und einem echten totalitären Neoliberalismus als andere Option.

Wieso das mit solchem Nachdruck zu betonen ist? Weil auch unter uns, und damit meinen wir uns alle, die sich einer linksradikalen Bewegung im weitesten Sinne zugehörig fühlen, noch eine ziemliche Sicherheit

besteht in Bezug auf die kommenden Entwicklungen. Eine falsche Sicherheit, die zu einem falschen Vertrauen führt, dass es so schlimm noch nicht ist, dass es so schlimm schon nicht kommen wird, und dass die Demokratie der letzten 70 Jahre am Ende immer noch der Rahmen ist, in dem wir uns bewegen, in dem wir handeln, in dem wir streiten. Wir sagen es noch einmal: Ja, das kann so sein. Es gibt dafür zwar wenig Anzeichen, aber die grundsätzliche Möglichkeit besteht natürlich. Wenn dies so ist, dann kann jede_r für sich weiterhin den Grad von Risiko, Staatsfeindlichkeit und Mitmachen im Hamsterradrennen selbst entscheiden. Falls sich jedoch die anderen Entwicklungen fortsetzen würden, falls die faschistische Option eine tatsächlich realistische ist, dann stehen wir vor Problemen, die wir nicht kennen, und von denen mehr abhängt, als Fragen, welche darum kreisen, ob jemand mit seinem Vorstrafenregister noch Lehrer_in werden kann oder nicht. Dann stehen uns Zeiten ins Haus, die geprägt sind von einer ganz anderen Art der Verfolgung. Und darauf ist fast niemand vorbereitet, oder? Eine solche Entwicklung würde uns so hart treffen, dass Widerstand ganz anders gedacht werden müsste.

Wir wollen niemanden davon überzeugen, dass eine solche Zukunft kommen wird. Doch denken wir, es ist sinnvoll, sich mit der Option auseinanderzusetzen.. Und natürlich hoffen wir, dass es viele geben wird, die nicht vorhaben, blind wie die Lämmer zur Schlachtbank zu laufen, sondern bereit sind, sich schon jetzt auf das vorzubereiten, was uns vielleicht ins Haus steht.

Für unsere Überlegungen ist es ein wichtiger Punkt, dass historische Scheidewege, welche die Wende markierten für das Umschlagen in eine faschistisch-totalitäre Gesellschaft, immer eben nur retrospektiv festzustellen waren. Sie sind so schwer in der Gegenwart auszumachen. Es gibt nicht den Tag X, an welchem mit einem Mal alle erkennen, dass es soweit ist. Zumal, wenn so ein Tag X schon im gegenwärtigen auszumachen wäre, mit keinem Wort gesagt ist, dass dann noch alle Möglichkeiten offen wären, sich vorzubereiten auf das, was kommt. Vielmehr ist zu erwarten, dass alle Wandlungen schleichend vonstatten gehen, dass wir uns nach und nach an alle Verschlechterungen gewöhnen, bis wir dann ein weiteres Drehen der autoritären Schraube erleben, welches uns oder unsere Freund_innen, Familien oder einer andere Gruppe von Ausgesonderten, die Freiheit und/oder das Leben kosten wird. Vielleicht, wenn eines Tages Historiker_innen in die Vergangenheit blicken, werden sie einen Punkt festmachen, der schon vorbei ist und interessierte Menschen werden sich fragen: „Aber wieso reagierte niemand so wirklich, wieso erkannten sie es nicht?“ und über uns den Kopf schütteln. Wir wissen es eben nicht, ob dieser Punkt schon war, oder ob er noch kommt oder überhaupt kommen wird.

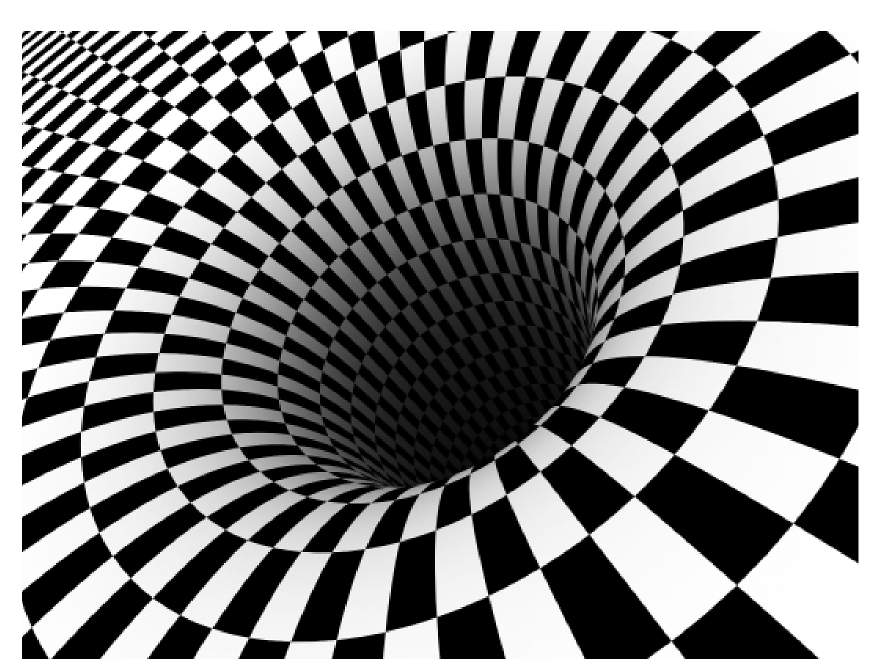


Wir haben uns daran gewöhnt, dass unser Leben weitestgehend sicher ist. Dass das, was unser Leben gefährdet oder bedroht, überschaubar und vermeidbar ist, wenn wir wollen. Dass eine geschlossene Tür einen gewissen Schutz bietet, und dass schon ein ernsthafter Grund vorliegen muss, damit die Bullen sie eintreten. Dass wir nicht vor Gericht kommen, wenn wir uns entsprechend verhalten, und das wir dort eine Anwältin haben und zumindest die Chance darauf, freigesprochen zu werden. Dass man für das was wir tun, nur uns und nicht noch unsere Freund_innen oder unsere Familie zur Rechenschaft zieht. Dass wir, wenn wir uns an die Spielregeln halten, demonstrieren dürfen, Flugblätter verteilen dürfen und unsere Abneigung gegen diese Scheißgesellschaft ausdrücken können.

Wir sind es gewöhnt, dass es so ist, seit wir klein sind. Und so kehren wir auch immer wieder innerlich zu der Überzeugung zurück, dass, auch wenn Gesetze geändert werden, rechte Parteien immer mehr politischen Einfluss gewinnen und unsere Überwachung ein nie gekanntes Ausmaß annimmt, irgendwie eine Normalität existiert, die wiederkehrt, auch nach großen oder kleinen Ereignissen, die die medialen Wellen hoch schlagen lassen. Ebbt die Welle ab, ebbt auch unser Gefühl ab, dass etwas passiert im Staate. Das Gerede vom Ende der Geschichte ist nicht nur eine Propagandalüge der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, es ist auch ein Gefühl, welches viele mit sich herum tragen. Ein Gefühl, was sich nicht ableitet aus einer intensiven Betrachtung der weltpolitischen Ereignisse und Entwicklungen, sondern vielmehr aus der uns präsentierten Stärke des Staates, welcher uns gegenübertritt mit dem Versprechen oder der Drohung, dass er schon alles wieder in geregelte Bahnen pressen wird, und sei es auch mit massiven Gesetzesänderungen und Einschnitten in die Freiheitsrechte. Doch weder ist der Staat unendlich stark, noch bleibt eine immer und immer weitergehende Einschränkung eben jener

Freiheitsrechte ohne Konsequenzen. Unsere Gewohnheit, unser grundsätzliches Gefühl von Sicherheit, mag es uns ermöglichen, auch unter den aktuellen Bedingungen weiterhin einen Sinn im Arbeiten, Studieren, zur Schule gehen zu sehen, mag es uns ermöglichen, uns vorzustellen, dass wir irgendwann mal in einem schönen Hausprojekt leben, wo wir vielleicht Kinder haben werden, oder ein sonstwie schönes und beschauliches, sinnreiches Leben. Aber wozu uns die Gewohnheit nicht befähigt ist es, uns stark zu machen, gegen das, was sich um uns herum als Drohung aufbaut. Uns darauf vorzubereiten, was kommen kann.

Zudem halten wir es für möglich, dass es eben nicht Deutschland das Land sein wird, in dem eine faschistisch-totalitäre Gesellschaft errichtet wird. In nahezu jedem Land in Europa gibt es ein Erstarken reaktionärer und faschistischer Kräfte. Über die meisten



Länder wissen wir trotz Internet und internationaler Nachrichten viel zu wenig. Wir wissen meistens nicht, wie die aktuelle politische Lage sich dort entwickelt, und wir wissen nicht, wie groß dort die politischen Gefahren sind. Doch auch dort leben Genoss_innen von uns, welche sich großer Gefahren gegenüber sehen, leben Menschen, die im ein Dorn sind im Auge der Herrschenden oder der Faschist_innen die nach Herrschaft streben. Auch wenn wir nicht direkt und unmittelbar betroffen wären, wären wir betroffen, wenn uns die Verhältnisse neue Entscheidungen abringen, die über die Fragen hinaus gehen, ob wir mal ins Ausland fahren, um dort gegen einen faschistischen Parteitag oder eine nationalistische Demonstration aktiv zu werden. Und schon hierbei, so müssen wir das auch mal festhalten, sind schon immer sehr wenige dabei. Wo Menschen in tödliche Gefahr kommen, braucht es mehr als nur ein paar Sitzblockierer_innen und Steinewerfer_innen, um ihnen zur Hilfe zu kommen. Wenn wir nur an uns denken und uns nicht für das interessieren, was uns unmittelbar nicht betrifft, uns auf die Gefahr eines faschistischen Umsturzes nur in unserem Land vorbereiten, dann ist internationale Solidarität nichts als leeres Gerede.

Wir glauben, dass sich viele von uns mit ihrer Vorstellung vom Faschismus am historischen Faschismus orientieren. Das birgt Schwierigkeiten in sich. Zum einen prägt die Vorstellung, ein neuer Faschismus sähe irgendwie so ähnlich aus, wie der historische Faschismus, auch die Vorstellung, dass sie sich auf die gleiche Weise ankündigen. Zum anderen begrenzt es die Vorstellung des Ausmaßes an staatlicher Kontrolle auf vergangene Zeiten. Beides ist falsch: Weder besitzt die Geschichte Gesetzmäßigkeiten, welche uns ein Bild davon vermitteln, wie die Dinge ablaufen. Noch hat sich in der Zwischenzeit nichts getan: Die Möglichkeiten staatlicher Überwachung, staatlicher Repression und staatlicher Manipulation sind im Vergleich zu früher gigantisch gewachsen. Wir ersparen es uns, das Bild eines neoliberalen High-Tech Faschismus auszumalen. Weder fühlen wir uns dazu in der Lage, noch denken wir, dass es nur diese eine Entwicklungsmöglichkeit gibt. Beispielhaft sei hier nur kurz auf die gigantischen Datenbanken verwiesen, die mittlerweile existieren, und an denen auch viele von uns selbst mitarbeiten, um sie aufzubauen. Zum einen gibt es riesige Datenbanken bei den Ermittlungsbehörden selbst. Welche hier für uns besonders kritisch sind, ist die „Straftäter linksmotiviert“, die „Gewalttäter Links“ und sämtliche Datenbanken, in denen DNA und Fingerabdrücke gespeichert sind sowie alle Datenbanken mit personenbezogenen Daten der Geheimdienste. Zum anderen werden in sozialen Netzwerken von vielen fleißig zusätzlich persönliche Daten eingespeist, sie es nun bei Facebook, Google oder Amazon. Sowohl staatliche Datenbanken, als auch die Datenbanken des Web 2.0 stehen jeder Regierung zur Verfügung und machen die Verfolgung jedweder Staatsfeind_innen oder solcher, die dafür gehalten werden, zu einem Kinderspiel. Und beide Arten von Datenbanken sind international. Sie fallen jede_r (mindestens europäischen) Regierung in die Hände, die daran ein Interesse haben.

Eine aktuelle Debatte über die Möglichkeit eines kommenden Faschismus oder alternativ dazu ein neoliberaler Totalitarismus, existiert unserer Kenntnis nach nicht. Debatten im Bereich des antifaschistischen Widerstands orientieren sich weitestgehend an den Debatten und historischen Gegebenheiten der 1990er Jahre. Nehmen wir ein kurzes Beispiel: Es wird immer noch darüber debattiert, ob es heutzutage weniger schlimm/genauso schlimm/schlimmer ist als in den 90ern. (Meistens wird dabei völlig vernachlässigt, dass es nach den ganzen Einschnitten, welche in den 90er Jahren gemacht wurden kein zurück gegeben hat. Das Asylrecht wurde verschärft und nicht wieder entschärft. Die heutigen Verschärfungen dreht die

Schraube immer noch eine Windung weiter, es ist mehr als offensichtlich, dass die institutionellen Bedingungen heutzutage deutlich schlimmer sind, als in den 90er Jahren.) Genauso wie immer noch darüber debattiert wird, wie man Aufmärsche blockieren kann, wo doch die schiere Anzahl von Aufmärschen, sowie die derzeitgen Teilnehmer_innenzahlen auf beiden Seiten diese Debatte überflüssig machen.Die heutigen Aufmärsche sind nicht mehr so einfach zu blockieren.

Diese Debatten sind den Zeiten nicht mehr angemessen. Es sind Debatten, die sich auszeichnen durch den Trott der Gewohnheit. Und sie verhindern manchmal auch den nötigen Aufbau von Möglichkeiten eines angemessenen Widerstands. Klar bringt es nichts den Kopf in den Sand zu stecken und unsere Kämpfe, auch die antifaschistischen als verloren zu erklären. Davon sind wir weit entfernt. Wir müssen Debatten führen, wie wir mit den aktuellen Gegebenheiten umgehen und weitere faschistische Entwicklungen umkehren. Und wir müssen darüber diskutieren, was sinnvolle direkte Aktionen im Bereich Antifa sind. Wir selbst freuen uns über jeden direkten Angriff auf Strukturen rechter Organisation, mit denen eben jene Struktur durch Sachbeschädigung unbrauchbar gemacht wird. Und wir halten auch direkte Angriffe auf Nazis und Faschist_innen, durch die diese zeitweise aus dem Verkehr gezogen werden für angemessen. Daneben ist für uns das Sichtbarmachen von uns als um eine freie Gesellschaft kämpfende Linksradikale, sei es durch Demonstrationen, Flugblätter, Plakate, Radiosendungen, Schriften oder Veranstaltungen ein richtiger Schritt, um eine echte Alternative zu dem derzeitigen Entwicklungen aufzuzeigen.

Und doch kann all das nur der Anfang sein, und nicht die Spitze. Es kann nur der Anfang sein einer notwendigen Organisierung (nicht Organisation), um eine linksradikale Bewegung hervorzubringen, die sich eben auch kommenden faschistischen Gesellschaften überhaupt entgegen stellen könnte, ohne einfach so durch Massenrepression hinweg gefegt zu werden. Wir jedenfalls hoffen, dass sich Genoss_innen überall auf die kommenden Zeiten vorbereiten, um auch dann immer noch gemeinsam Widerstand zu leisten, wenn er kaum mehr möglich scheint.

Das bedeutet aber auch, dass wir einige für uns neue Fähigkeiten und einiges an neuem Know how entwickeln müssen. Wir finden es schwer abzuschätzen, wie offen wir hier sein können und daher wollen wir es hier nur im Ungefähren belassen. Aber die Debatte darüber ist notwendig, daher müssen wir vor allem auch Wege finden, wo und wie wir uns darüber austauschen können. Darüber hinaus gibt es ein schwerwiegendes Problem: Über dieses Thema überhaupt zu sprechen birgt für sich genommen schon Probleme in sich, die über den Ort und die repressionsfreie Möglichkeit für ein Gespräch hinaus gehen. Das ist zum einen die Abwehr. Fast niemand spricht gerne über die Möglichkeiten, den eigenen Widerstand unter schwersten Bedingungen zu besprechen, weil alleine die Möglichkeit, dass es so kommt, oft ausgeblendet wird. Nicht abgelehnt, das ist nicht unsere Erfahrung, sondern tatsächlich vielmehr verdrängt, weil nicht kommen kann, was nicht kommen darf. So ist es schwierig, die nötige Ernsthaftigkeit zu erlangen. Zum anderen das mangelnde Selbstvertrauen: Kaum jemand kann sich für sich vorstellen, über sein bisheriges Leben hinaus zu steigen und eben selbst das zu tun, was in der historischen Darstellung immer größte Ver- und Bewunderung ausgelöst hat.

Für alle, die gedanklich mit uns sind, hier also ein paar Überlegungen. Wir halten sie allgemein und beleuchten vor allem kommende Probleme, denn wir denken, nicht jede Problemlösung gehört in die Öffentlichkeit. Wichtig ist in unseren Augen vor allem, die Debatte auf eine neue Ebene zu heben, und damit die Trägheit gegenüber den schlechten Zeiten zu durchbrechen.

Vorweg noch: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und andere Formen des historischen Faschismus war jahrelang von zu der Zeit starken kommunistischen und anarchistischen Strukturen vorbereitet, sowohl was eine mögliche Flucht, als auch was das Leben im Untergrund angeht. Was die Bedingungen für den Widerstand betrifft, waren die diese besser, während die Möglichkeiten des Staates bezüglich der Kontrolle und Überwachung kleiner waren. 1933 konnte die, die in den Widerstand gingen oder flüchteten auf diese Vorbereitungen und auf ein großes Wissen diesbezüglich zurückgreifen. Genauso wie auf funktionierende internationale Netzwerke. Und dennoch: wie viele haben selbst 1933 den historischen Punkt nicht erkannt, wie viele haben noch gewartet, abgewartet und wie viele wurden in den faschistischen Lagern vernichtet. Was wir damit sagen wollen ist: Die Bedingungen sind gerade nicht sonderlich gut. Auch und gerade deswegen wollen wir anfangen, diese zu verbessern.

Wir unterteilen unsere derzeitigen Überlegungen grob in zwei Bereiche: Flucht und Widerstand.

Bevor wir tiefer einsteigen, ein paar Vorbemerkungen zum Thema Flucht: Es mag auf den ersten Blick vermessen wirken, das Thema Flucht als zukünftige Option aus der betroffenen Perspektive zu thematisieren, wo derzeit Millionen von Menschen aus zahllosen Gründen bereits auf der Flucht sind und unzureichend Unterstützung dabei erfahren. Eine Kritik daran erscheint uns nicht ungerechtfertigt, doch wollen wir entgegnen, dass wir uns auch heutzutage bereits in der Hilfe zur Flucht betätigen und uns mit dem Thema nicht aus bloßem Eigeninteresse beschäftigen. Darüber hinaus hoffen wir, dass eine Beschäftigung mit dem Thema nicht nur den Blick auf sich selbst als möglichen politischen Flüchtling wendet, sondern darüber hinaus den Blick für das Thema insgesamt weitet und auf Leerstellen verweist, die in unseren dürftigen Bewegungsstruk-

turen existieren. Wir wollen aber vor allem auch auf einen Punkt hinweisen, und zwar auf den, dass sich zwischen dem, was an Antifluchtmaßnahmen ergriffen werden kann und was an Maßnahmen derzeit ergriffen wird, ein großer Unterschied besteht, der wegfällt, wenn sich die Gesellschaften in welcher Weise auch immer weiter nach rechts dreht.

Sich von a nach b zu bewegen, wirkt für die meisten wie eine Selbstverständlichkeit. Reisefreiheit und offene Grenzen sind viele gewohnt seit ihrer Geburt. Selbst unerkanntes Reisen funktioniert gerade noch irgendwie. Im Falle drastischer gesellschaftlicher Veränderungen, wird dies auch für die nicht mehr so möglich sein, die Bewegungsfreiheit gewohnt sind. Der Flugverkehr ist ohnehin schon massiv überwacht, es gibt Überlegungen, eine ähnliche Überwachung für den Bahnverkehr einzuführen, was seit den IS-Anschlägen in Frankreich zum Teil bereits umgesetzt ist.. Auch wenn es derzeit vor allem für den Upperclass-Fernverkehr gilt, so ist es ein leichtes, jeden Bahnhof durch Kameras zu überwachen und auf diese Bilder zuzugreifen. Es gibt Forschungen und Entwicklungen, diese Überwachung durch Software erledigen zu lassen, um die Möglichkeiten der dauerhaften Überwachung noch zu steigern. Gleiches gilt für den Straßenverkehr. Jede Tankstelle ist kameraüberwacht, es gibt darüber hinaus noch eine Reihe von Verkehrskameras. Auf alle diese Kameras kann zugegriffen werden, wie wir unter anderem bei der Jagd auf den IS-Mörder Abdel Salaham gesehen haben, noch deutlicher bei der Jagd auf den „Mann mit Hut" in Belgien. Durch zahllose innerstädtische Überwachungskameras konnten seine Bewegungen gut nachvollzogen werden. Es ist wichtig, sich klar zu machen: Dabei wurden gar nicht alle technischen Möglichkeiten ausgeschöpft, die derzeit dafür existieren. Es gibt noch moralische und politische Grenzen, die die Überwachung erschweren. Diese werden massiv abgebaut. Eine faschistische oder totalitäre Regierung hat ein leichtes Spiel, alle diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Und wir reden hier nicht von Science-Fiction. Die Möglichkeiten der flächendeckenden Kameraüberwachung existieren bereits. So gibt es zB eine Drohne, ausgestattet mit einer 1,8 Gigapixel Kamera (das sind 1800 Megapixel, also das hundertfache von dem, was eine gute handelsübliche Kamera so kann), welche eine Fläche von 46 km² überwachen kann.

Fluchtbewegungen von morgen werden also bei einem konkreten Verfolgungsinteresse seitens des Staates deutlich erschwert sein. Es ist leicht geworden, ganze Grenzabschnitte elektronisch zu überwachen (wer nun an die bekannten Möglichkeiten von Frontex im Kampf gegen die Geflüchteten denkt: Auch diesen sind immer noch gesetzliche Zügel angelegt, es geht alles noch viel weiter). Ebenfalls ist zu bedenken, dass eine Flucht sich gegenwärtig noch in einem Rahmen abspielt, in welchem der Grenzübertritt regulär vollkommen gewöhnlich ist. Bei einem Verbot der Grenzüberquerung wird die Anzahl der Grenzübertritte bereits drastisch zurück gehen, der Fokus auf die Einzelne sich daher um so stärker vergrößern.

Darüber hinaus ist neben den erschwerten Möglichkeiten der unbemerkten Flucht bereits frühzeitig zu planen, wohin überhaupt geflohen werden soll. Eine Flucht auch aus politischen Gründen, bedeutet keinesfalls, dass ein_e Europäer_in in irgendeiner Weise in einem anderen europäischen Land willkommen geheißen wird. Vermutlich ist das Gegenteil der Fall: Dass auch mit innereuopäischen Flüchtlingen nicht anders umgegangen werden wird, als mit außereuropäischen Flüchtlingen heutzutage. Als die Nazis die Macht in Deutschland innehatten, schickten eine Reihe anderer europäischer Nachbarländer gerade kommunistische Flüchtlinge wieder zurück, auch als bekannt war, dass ein entsetzlicher Tod auf sie warten würde. Das gleiche galt übrigens auch für die Sowjetunion: Auch von hier wurden zahlreiche Mitglieder der KPD wieder zurück in die Fängen ihrer Nazihäscher geschickt und damit in ihren Tod. Die SU tat damit das Gleiche wie die von Sozialdemokraten geführte Regierung Schwedens. Wer also seine Hoffnung zukünftig auf eine „sozialistische" Regierung setzt, ist wahrscheinlich schlecht beraten. Jeder Regierung ist zu misstrauen. Eine Flucht bedarf im Idealfall, so sie nicht im Blindflug absolviert werden soll, einer Vorbereitung in Kontakt mit unseren Genoss_innen anderswo. Das Gleiche gilt auch in die entgegengesetzte Richtung: Für den Fall, dass Genoss_innen nach hier fliehen wollen, bedarf es dafür mehr als nur eines freigiebigen Hausprojektes. Hierfür müssen tatsächliche Strukturen aufgebaut werden, die in der Lage sind, auch viele Menschen zum einen zu verbergen, und zum anderen finanziell durchzubringen. In der Vergangenheit war es möglich, mit gefälschten Papieren eine Arbeit zu bekommen, heutzutage ist auch das viel schwieriger geworden.

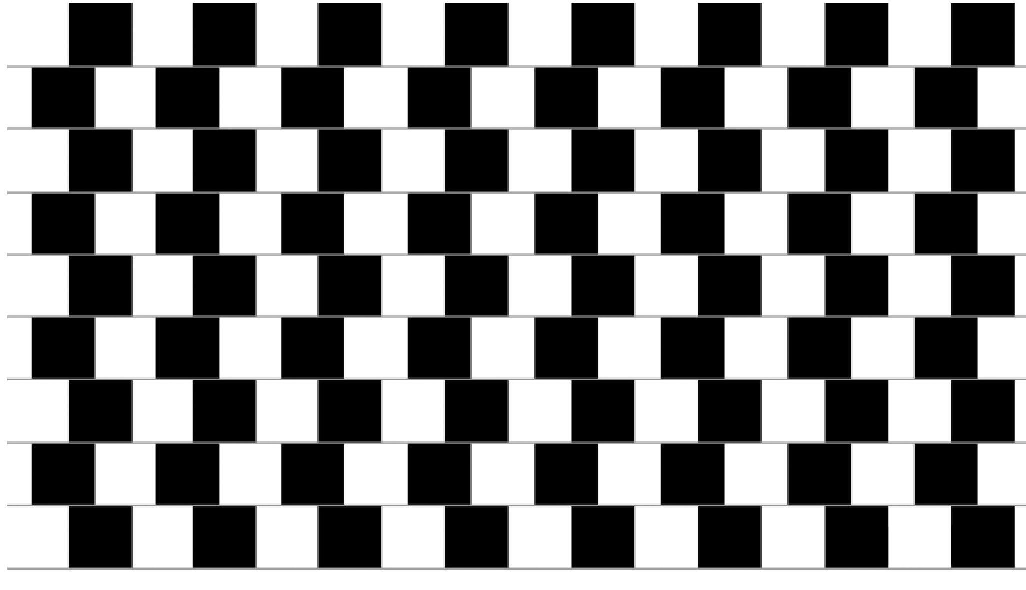
Ein falscher Pass ist für eine Flucht sicher kein Nachteil, doch muss sich hier direkt klar gemacht werden, dass zum einen der gefälschte Pass leicht auffliegt, wenn er mit den europäischen Personenregistern abgeglichen werden kann, was eben heute nur einen Mausklick dauert, zum anderen Pässe und Personalausweise gar nicht unbedingt die Zukunft bedeuten. Viel interessanter für totalitäre Staaten, die über die nötige Finanzierung verfügen, ist das „Chippen" von Menschen, eine Technologie, die ebenfalls in der Schublade liegt. Dadurch lässt sich direkt scannen, wer da vor einem steht. Und bei einer Erweiterung der Technik ist es dann ein Leichtes, sich die Ortung von Menschen mit einem solchen Chip vorzustellen. Das Tracken von Menschen ist technologisch ein Witz, wie bereits an Handytechnologie, Smartwatches, Smartbrillen, Smartuhren und so weiter zu sehen ist. Was manche_r für eine fancy-coole Neuerung hält, ist nicht nur in einem totalitären Staat eine Waffe zur Kontrolle der Bevölkerung.

Das Gleiche gilt im Übrigen für das Geld. Das Bargeld soll abgeschafft werden, heutzutage unter anderem mit dem Argument, dass damit organisierte Kriminalität und Terrorismus beschränkt werden könne. Wer kriminell ist, und wer Staatsfeind_in ist, das entscheidet der Staat, eine Bestimmung, die sich nicht ändert, sobald eine faschistische oder totalitäre Transformation der Gesellschaft eingesetzt hat. Treffen würde die Abschaffung des Bargeldes allerdings jede_n gleichermaßen, für jemanden, der auf illegales Geld oder geheime Geldausgaben angewiesen ist, wird es zum großen Hindernis für eine verborgene Existenz und für das geheime und unerkannte Geldausgeben.

Wer nicht an Flucht denkt, sondern an Widerstand in einem faschistischen Staat und damit an ein Leben im Untergrund, wird mit den gleichen Problemen konfrontiert sein. Sich zu verbergen, lange Zeit unerkannt zu bleiben, ist schon heutzutage schwierig und ohne Struktur und Know-how kaum zu gewährleisten. Bei einer autoritären Entfesselung der Überwachungstechnologie ist es kaum vorstellbar, dass dies ohne Vorbereitung auf einem Niveau deutlich über dem jetzigen gelingen kann. Wer also auch im autoritären Staat an Widerstand denkt, wird nicht umhin kommen, sich mit Kämpfen unter völlig veränderten Bedingungen auseinanderzusetzen.

Nicht nur, dass sich das Kampffeld verlagert: Nicht die angemeldete Demonstration wird es sein, die tolerierte Aktion, sondern ein Kampf in dem das eigene Leben auf dem Spiel steht und zwar jeden Tag. Natürlich ist es eine Möglichkeit, dass wir unsere Ruhe haben, wenn wir auch einfach ruhig sind, aber für so manche_n wird dies gar keine Option sein, und zwar eben jene, welche durch ihre Existenz in der falschen Datenbank oder Facebook Gruppe ein Verfolgungsinteresse auf sich gezogen haben. Ein Leben im Untergrund will vorbereitet sein. Material, welches gebraucht werden könnte dafür, muss vorbereitet sein. Sachen, die jetzt leicht zu besorgen sind, würden unter diesen Bedingungen extrem schwer zu besorgen sein, ganz zu schweigen von Sachen, die schon jetzt schwer zu besorgen sind. Gleiches gilt für das Aneignen von Fähigkeiten. Zumal eine der Hauptquellen für das eigenständige Lernen derzeit das Internet geworden ist. Es wäre naiv, davon auszugehen, dass unser Zugang zu diesem immer so bleiben wird, wie er jetzt ist. Zum einen lässt sich der Zugang zum Internet eingrenzen, zum anderen ist ohne Weiteres steuerbar, was für Inhalte im Netz geboten werden, eine Praxis, die schon jetzt umgesetzt wird, wenn auch vor allem aus marktwirtschaftlichen Interessen. Es ist ohne Weiteres möglich, die Steuerung aus marktwirtschaftlichen Interessen auf politische Interessen zu übertragen. Und auch dies geschieht schon heute, schauen wir nur mal kurz über den europäischen Tellerrand.

Gleiches gilt für die Kommunikation. Für viele basiert ein Teil ihrer Kommunikation auf Handys/Smartphones und dem Internet. Beides ist nicht sicher und spätestens in einer totalitären Gesellschaft eine absolute Gefahr, was nicht heißt, dass es heute ungefährlich ist, in zweierlei Hinsicht: Erstens ist die derzeitige Gesellschaft, wie wir leider wissen, nicht frei von Repression, und zweitens können auch die Daten, die heute von dem einen gesammelt werden, morgen von der anderen genutzt werden. Auch hier jedenfalls gilt: Die Möglichkeiten der Überwachung sind nicht ausgeschöpft und selbst verschlüsselte Kommunikation ist bestenfalls aktuell nicht knackbar. Aber alles, was wir digital auch verschlüsselt verschicken oder speichern, läuft Gefahr, morgen schon entschlüsselbar zu sein. Der Staat sitzt mit in den Cryptographievorlesungen an den Universitäten und rüstet längst nach, um Verschlüsselungen aller Art zu knacken, die nachweisbar NICHT sicher sind (so hat beispielsweise die Bundesregierung hierfür eigens ein Zentrum eingerichtet, welches vorrangig zur Aufgabe hat, Verschlüsselungen zu knacken). Zum anderen gibt es schon jetzt Bestrebungen, Verschlüsselung ganz einfach zu verbieten, oder Programmierer_innen von Gesetz wegen zu zwingen, Hintertüren für den Staat einzubauen. Auch wenn angenommen wird, dass es eine fitte Hacker_innenszene gibt, welche auch im autoritären Staat weiterhin freie Verschlüsselungssoftware herstellt, so ist der Einsatz davon keineswegs leicht. So ist derzeit zB weithin nicht feststellbar, was du mit Software wie TOR machst, oder mit einem Betriebssystem wie TAILS, es ist jedoch durchaus heraus zu bekommen, dass du es nutzt. Und es ist möglich, die Nutzung zu verbieten und somit ein Spotlight auf alle zu werfen, die ein Interesse an der Nutzung haben. Wer trotz allem kommunizieren will, und wer trotz



allem via Internet kommunizieren will, der muss sich jetzt damit beschäftigen, Netzwerke aufbauen und eine Struktur unterstützen, die funktioniert, auch wenn das Internet massiven Einschränkungen unterworfen ist. (Als ein kleines Beispiel für den schleichenden Prozess der Einschränkungen der verborgenen Kommunikation: Die Bundesregierung will verbieten, das SIM-Karten anonym verkauft werden, ganz so, wie es zB in Italien der Fall ist, wo es schon einigermaßen kniffelig aber nicht unmöglich geworden ist, sich anonyme SIM-Karten zu besorgen.)

Wer an Widerstand denkt, der muss auch an die Waffen denken, die auf uns gerichtet werden. Und an die Frage, was wir ihnen entgegenhalten können. Wer die Videos vom Kampf um den Maidan gesehen hat und das einmal losgelöst von den politischen Hintergründen betrachtet, der wird gesehen haben, dass dort Leute zum Beispiel mit Bögen und Armbrüsten auf die Polizei geschossen haben. Aber wer besitzt schon einen Bogen und eine Armbrust?

Auch in der Waffentechnologie wird fleißig weiter aufgerüstet. So sollen die US-Marines bis 2030 mit Laserguns ausgerüstet werden, große Laserkanonen, die über große Strecken hinweg Zentimeter genau treffen und dort Sachen in Brand stecken oder einfach verdampfen, existieren bereits. Das ist sicher den meisten zu viel Science-Ficiton, und 2030 vielleicht zu lange hin, aber es gibt noch anderes: Aktuell zum Beispiel Waffen, die nicht mehr mechanisch entsichert werden können, es sei denn der passende Chip befindet sich im Arm unter der Haut, welcher dann das passende Signal an die Waffe sendet. Immer noch zu viel Science-Fiction? Na gut. Lassen wir das Thema. Aber wer/welche daran denkt, Widerstand zu leisten in schwierigen Zeiten, kommt um etliche Fragen nicht herum, die vielleicht ungewohnt zu diskutieren sind. Sicher ist es immer möglich, sich irgendwie all das zu organisieren, was gebraucht wird. Leichter wird es unter beschissenen Bedingungen aber sicher nicht.

Das gleiche gilt auch für eine ganz spezielle Waffe, die Druckerpresse. Heutzutage lässt sich natürlich jedwede Schrift per Onlinedruckerei drucken, oder in der netten Druckerei von nebenan, aber weder die eine noch die andere werden dies ohne Weiteres auch dann tun, wenn es verboten ist. Wenn das Internet beschränkt sein sollte, wird das gedruckte Wort sicher wieder an Bedeutung gewinnen.

Neben den Kämpfen, die wir heute führen, geht es auch um eine Vorbereitung auf mögliche schlechtere Zeiten. Wer sich vorbereitet, steigert die Möglichkeiten, dass Widerstand auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist. Wir finden es wichtig, nochmal zu betonen: Wenn eine totalitäre Gesellschaft kommt, dann eine, die zweifellos nicht rückwärtsgewandt ist, was die Technologie angeht. Das Mindestmaß der Vorbereitung stellt also zuerst einmal dar, sich umfangreich eben mit genau diesem Bereich zu beschäftigen, der Technologie. Denn diese wird eine der größten Waffen gegen jedweden Widerstand sein, sei es in einer faschistischen, sei es in einer totalitären neoliberalen Gesellschaft. Der Erwerb umfangreicher Kenntnis ist die Grundlage jeder Vorbereitung. Daneben ist von größter Wichtigkeit das Ausbauen von Netzwerken, am besten internationaler Netzwerke, welche nach Möglichkeit eine Struktur besitzen, die eine Kommunikation ermöglicht, auch wenn dies über Internet und Telefonie nicht mehr möglich ist. Das unerkannte Reisen wird auf keinen Fall leichter, auch hiermit ist eine Auseinandersetzung zwingend. Und alles, was wir brauchen, wird nicht leichter zu besorgen.

Für diese Debatten ist es für uns wichtig, den Punkt zu überwinden, an dem wir uns fragen, ob es wirklich so schlimm kommen wird, sondern dahin zu gelangen, was wir machen, falls es so schlimm kommt. Aber ja, vielleicht kommt auch alles ganz anders.

(anonym zugeschickt)

Festung, Netz, völkischer Nationalismus – eine neue Herrschaft

Alle denken: Oh je, wie schlimm ist es in Österreich und in Ungarn und in Skandinavien und in Polen und hier die Nazis und die Merkel und dann noch Erdogan... Ach der FN in Frankreich... Die Schweiz... Die AfD und das Elend in Syrien...

Ist es auch. Wir haben versucht zu erkennen, welche Entwicklungen sich hier, im Herzen der EU, anbahnen, und was wir dem vielleicht entgegensetzen könnten. Daraus ist dieser etwas holprige Text entstanden.

Er ist keine wirkliche Analyse der Verhältnisse, sondern der Versuch diese politisch zu fassen zu kriegen. Uns geht es darum, eine Diskussion anzuregen.

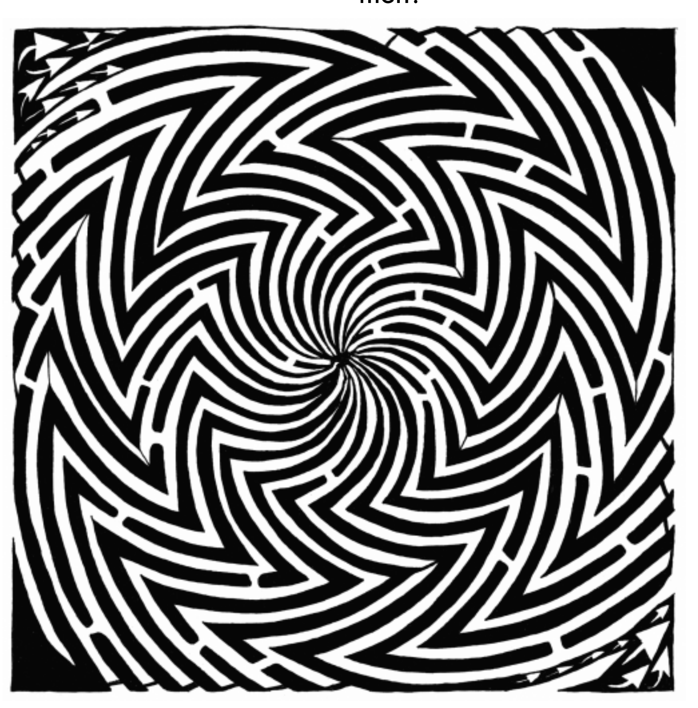
Ein Bruch

In unserer Wahrnehmung bedeuten die Reaktionen der europäischen Eliten auf das Kommen der Flüchtenden einen historischen Bruch. Die Festung Europa, das ist klar geworden, materialisiert sich tatsächlich als Ort aus Mauern, Zäunen, Stacheldraht, Militärstationen, Reizgas und Gummigeschossen. Eine Festung im Wortsinne entsteht; wie man sie aus der Geschichte kennt. Kein einfacher Kontrollpunkt, an dem man einfach nicht mehr weiter kommt. Es entsteht eine Festung, die nur zu betreten hat, wem es erlaubt ist. Alle Anderen müssen es unter Lebensgefahr versuchen, wenn es dort, wo sie herkommen, unerträglich geworden ist.

Die Abgeklärten werden sagen: Aber das ist doch nichts Neues! Schon in den 80ern wurde von der „Festung Europa“ gesprochen!

Doch was seit den 90ern von Einigen vorausgesehen wurde, verwirklicht sich jetzt. Neu ist, dass Europa nicht mehr der globale Hegemon der Zukunft sein wird. Neu ist die Mächtigkeit Deutschlands. Neu sind die Herrschaftsinstrumente Internet und Kybernetik. Neu ist, dass die organisatorischen Ansätze der historischen Linken des 19. und 20 Jahrhunderts definitiv keine Rolle mehr spielen werden. Neu ist, dass der Kapitalismus niemandem mehr Wohlstand verspricht, der noch nicht wohlhabend ist.

Neu ist, dass Massenflucht als Phänomen auf nicht absehbare Zeit die Realität vieler Menschen bestimmen wird. Dazu muss man kein/e Hellseher_in sein. Es gibt kein Zurück mehr in die wohlgeordneten ruhigen Zeiten, denen die eurozentristische Mittelschicht jeglicher politischer Couleur hinterhertrauert.



Die Kriege der Welt werden nicht weniger werden, die Folgen der massiven Umweltzerstörungen spürbarer, die Auswirkungen des Klimawandels drastischer und die Kluft zwischen Reich und Arm größer. Aus der Realität dieser schlichten Aufzählung ziehen scheinbar vor allem die Eliten Konsequenzen – und die völkisch-rassistischen Reaktionäre.

Die Mächtigen setzen für den Fall von Instabilität und Unruhen schon lange auf alle Karten der Aufstandsbekämpfung. Das schon länger bekannte und von allen Mitgliedsstaaten beschlossene NATO-Strategiepapier „Urban operations in the year 2020“ beschreibt vor allem Szenarien in entwickelten Metropolen. Von der Desinformationskampagne bis zur Tötung von Aufständischen reicht das Repertoire des Militärs. Die Stabilität der Festung wird nach Innen und Außen um jeden Preis verteidigt werden. Und sie lässt sich nicht aufrecht erhalten, ohne Tote an den Grenzen, ohne abertausende Ertrinkende, ohne Gewaltausübung, ohne Schießbefehl, Selbstschussanlagen, Konzentrationslager, Knäste...

Daraus ergibt sich eine schlichte Schlussfolgerung: Das gewalttätige Sichern der Festung nach Außen erfordert für die Mächtigen ohne jeden Zweifel eine gewalttätige Absicherung der Festung im Inneren.

Ohne eine sehr deutliche gewaltförmige Herrschaft ist das Innere nicht stabil zu halten, weil die Widersprüche, die die Festung hervorruft, zu Brüchen führen müssen.

Das gilt selbst dann, wenn Alle mit entspanntem Lächeln für die Festung wären, weil sie ja alternativlos sei. Aber Illegalisierte lassen sich nicht weglächeln. Widerstand auch nicht.

Die gewaltsamsten historischen Formen der Herrschaftssicherung waren in Europa sicher der feudal-klerikale Absolutismus und der Faschismus. Auch der Stalinismus hat seinen Platz in diesem Ranking. Aus seiner Tradition sind immerhin viele derzeit herrschende Autokraten hervorgegangen.

Doch welche Formen werden die autoritären Herrschaftssicherungsversuche in der EU-Festung annehmen?

Obwohl es hier mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Sicherung der Festung gibt (man wird mittlerweile für verrückt erklärt, wenn man offene Grenzen fordert), forciert sich die Vertrauenskrise vieler Menschen in das parlamentarisch-demokratische System in Deutschland und in der EU. Das politische System repräsentiert große Teile der Bevölkerung nicht mehr. Aber emanzipatorische Gegenentwürfe werden kaum diskutiert – in Deutschland ohnehin nicht. Europaweit erstarken sowohl rechte bürgerlich-national-völkische Kräfte als auch Faschisten. Sie bestimmen derzeit die Entwicklungen – und sie finden mittlerweile Verbündete bei den ökonomischen und kulturellen Eliten.

In Ungarn, Polen und Skandinavien bestimmen völkisch-nationalistische Parteien das Regierungshandeln oder bilden die Regierung. In Ungarn bilden trotzdem Faschisten die größte Oppositionspartei.

Es gibt die reale Gefahr, dass bald der Front National in Frankreich regiert und die FPÖ in Österreich. Die AfD in Deutschland bekommt erst dann eine Chance, wenn Merkel nicht mehr antritt. Doch sie hat bereits die Spitze der politischen Meinungsführerschaft übernommen.

Als Frauke Petry, die AfD-Vorsitzende, die Forderung nach einem Schießbefehl gegen Flüchtende verteidigte, wurde sie nicht zum Rücktritt gezwungen, wurde das Land nicht lahmgelegt, es gab keine Massen-

blockaden gegen die AfD, Frauke Petry wurde nicht juristisch belangt und niemand durchschoss ihr die Kniescheiben (was eine angemessene Antwort gewesen wäre). Die AfD gewann bei den folgenden Wahlen viele Prozente mit einer Vorsitzenden hinzu, die den Schießbefehl fordert. Die etablierten Parteien wollen sich nun „sachlich damit auseinandersetzen" ohne sich allzu sehr über die AfD aufzuregen. Auch der staatstragende Teil der Antifa und viele Autonome tun so, als sei alles wie immer. Doch das ist es unserer Meinung nach nicht. Der Rechtsruck durchzieht ‚Die Linke' genauso wie Teile der Antifa, viele NGOs – er geht durch das gesamte politische Spektrum und durchzieht alle gesellschaftlichen Gruppen.

Wir denken, es findet eine politische Zeitenwende statt, die noch von zu wenigen erkannt wird. Es droht eine brutale autoritäre Herrschafts- und Zustandssicherung neuen Typs. Vielleicht auch eine Art modernisierter Faschismus. Wie man es auch immer nennt. Es bahnt sich eine Herrschaft autoritärer Eliten an, deren Legitimation durch einen rechten Grundkonsens gesichert werden wird.

Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, dass eine faschistische Machtergreifung im herkömmlichen Stil droht. Weder sehen wir faschistische Massenbewegungen noch faschistische Parteien, die per Wahlen auf dem Weg an die Macht sind.

Die völkisch-nationalistischen Parteien, die in Europa erstarken, begreifen wir nicht als originär faschistisch. Sie bleiben die reaktionäre Option der bürgerlichen Eliten. Wenn wir die falschen Begriffe benutzen, bekommen wir ein falsches Verständnis von den Zuständen und wären dann womöglich am Ende froh, wenn Merkel an der Macht bliebe und das System stabil – alles besser als die vermeintlich faschistische Alternative. Versatzstücke solchen Denkens bemerken wir bereits bei Diskussionen mit Anderen.

Die bürgerlichen Kräfte haben noch andere Antworten.

Die autoritäre Herrschaft

Formen autoritärer Herrschaft breiten sich wieder weltweit aus. Die meiste Zeit der Menschheit gab es Herrscher, Diktatoren, Autokraten und repressive gesellschaftliche Systeme. Aber jetzt gehen 200 Jahren eurozenristisch geprägter Hoffnungen auf eine gerechtere Gesellschaft zu Ende – und eine relevante emanzipatorische Bewegung ist in Europa nicht in Sicht (auch nicht in Frankreich).

Die Sicherung der Festung nach Innen führt angesichts wachsender ökonomischer politischer Ungleichheit zu autoritären Formierungen. Es gibt gerade global einige Beispiele, wie diese auf klassische Art als Herrschaftsinstrument genutzt werden: Russland, Polen, Belorus, China, Ägypten, Türkei...

In Deutschland droht zur Zeit kein Führerstaat, wie in der Türkei oder Russland, keine Parteidiktatur wie in China, keine Familienautokratie, wie in Belorus, kein Faschismus, wie in Nordkorea.

Wir sehen „im Herzen der Bestie" eine Herrschaft kommen, die zwar das Vokabular des parlamentarisch-demokratisch Zeitalters beibehält, die aber Methoden der Regulation entwickelt, die eine andere Realität herstellen.

Auf der einen Seite eine offene Brutalisierung der bürgerlichen Herrschaft, die aber gesellschaftlich akzeptiert wird:

- Ausbau der Polizei und Geheimdienstapparate (die auf europäischer Ebene längst nicht mehr getrennt sind)

- permanente Ausnahmezustände (die das Regieren per Dekret und das Aushebeln der Gewaltenteilung ermöglichen)

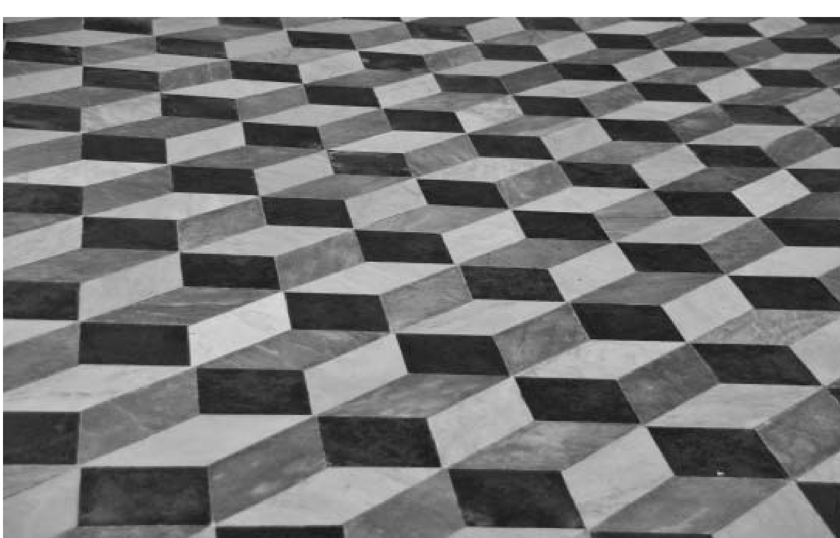
- Internierungs- und Konzentrationslager für Missliebige (die werden nun Hot-Spots genannt)

- Kriminalisierung von Meinungen (hunderte Islamisten sitzen nicht im Knast, weil sie irgendjemandem was getan hätten)

- ständige Präsenz militärischer Kräfte (in Belgien werden Soldaten gerade als Knastwärter eingesetzt, in Frankreich stehen sie an „jeder Straßenecke"),

Und so weiter und so fort.

Ein zweites Standbein wird die Verquickung der althergebrachten Herrschaftssicherungsinstrumente mit der Kontrolle und Steuerung von Personen und gesellschaftlichen Gruppen per Internet sein. Digitale Herrschaft und auch eine kybernetische Selbstregulation der Gesellschaft durch algorithmische Vorgaben erweitern das Instrumentarium autoritärer Herrschaft immens.



In dieser Hinsicht stehen uns chinesische Zeiten bevor.

Es ist seit Snowdens Enthüllungen hinlänglich bekannt, dass Regierungen jede digitale Äußerung registrieren und auswerten. Es ist auch bekannt das Konzerne wie Facebook, Apple, Microsoft, IBM und Amazon dies tun (und die Daten gerne Weiterverkaufen). Weniger bekannt ist, dass mit Hilfe der digitalen Medien und deren technischen Trägersystemen (wie Smartphones) nicht nur jede Regung aufgezeichnet wird, sondern auch politische und ökonomische Steuerung versucht wird. Das ist unter offenen Zensurbedingen und mit zentralen Nachrichtenagenturen leicht erkennbar (China). Hierzulande halten das Viele noch für Verschwörungs-Blödsinn. Aber wir wissen, dass Facebook Nachrichten manipuliert, dass sogar konkrete Demoanfangszeiten gezielt manipuliert wurden (occupy wallstreet). Wir wissen, dass Googles Algorithmen uns individuelle Ergebnisse liefern, wir wissen, dass Amazon jeden Tag millionenfach Preise ändert, weil es die potentiellen Käufer_innen einschätzen kann...

Wir wissen, dass Medien eng mit den Herrschenden zusammenarbeiten und dass die digitalen Konzerne ihre Daten auch an Regierungen verkaufen. Und wir wissen, dass die Regierenden fleißig Daten sammeln, um gesellschaftliche Lenkungsprozesse möglich zu machen. Wir wissen auch, dass Alle ein Smartphone oder einen Computer haben.

Wenn bürgerlich-kapitalistische Regierungen schon jetzt die Möglichkeiten der Gesellschaftssteuerung durch Internet haben und nutzen, was passiert dann wenn die Zustände instabiler werden, wenn die Festung zum nicht verhandelbaren Grundstein des Gemeinwesens erklärt wird? Was passiert, wenn eine völkisch-nationalistische Regierung an die Spitze des parlamentarischen Systems rückt? Was passiert, wenn der FN, die AfD, die FPÖ auf die gesammelten Daten und die Möglichkeiten der Manipulation zugreifen können? In Ägypten kann man das nach der Machtergreifung durch General Sisi sehen: hunderte Oppositionelle Sitzen auf lange Zeit im Knast, weil die Geheimdienste die digitale Kommunikation ausgewertet haben. Facebook leitet Nachrichten mit Fluchtbezug an Europol weiter. Was kann man damit anstellen?

Wir erahnen für die nahe Zukunft eine beängstigende autoritärer Formierung die sowohl offen gewaltförmige Repressionsinstrumente als auch digitale Kontrolle und kybernetischer Regulation nutzen wird. Wie nennt man das?

Schon bereits das oben erwähnte NATO-Papier, beschäftigt sich mit Manipulation und Desinformation von Bevölkerung. Da gehen Töten und Manipulieren Hand in Hand. Das gibt es seit den 1960ern als Militär- und Geheimdienststrategie. Aber wer wollte bestreiten, dass sich die Möglichkeiten durch die Nutzung des Netzes ins nicht Erahnbare potenziert hätten.

Es ist jetzt sogar möglich, dass sich Viele zufrieden, aufgeklärt, gut informiert, ja frei (!) wähnen, während neben ihnen die Unliebsamen entsorgt werden, während irgendwo Drohnen automatisiert töten, während der Schießbefehl befolgt wird, während sie sich für die Miete halb tot schuften, während sie vereinsamen.

Alle fühlen sich frei, obwohl die Koordinaten des Möglichen eng begrenzt werden von den technologischen, den ökonomischen und den politischen Eliten. Die Verlockungen der Bedürfnisbefriedigung, die per Netz unentwegt an unsere Sinne klopfen, übertünchen diese Begrenztheit.

Was heißt das für uns?

Wir können noch keine konkreten Antworten oder Vorschläge liefern.

Wir wissen aber, dass historische Brüche sich schleichend oder plötzlich ereignen können. Das macht Vorhersagen und Schlussfolgerungen schwierig. Wer hätte 1988 gedacht, dass 1989 die DDR abgewickelt wird? Wer hätte am 10. September 2001 einen beginnenden globalen Krieg ab dem 11. September vorhergesagt? Wir müssen Anzeichen erkennen und interpretieren. Und wir dürfen nicht aus Angst oder Unbequemlichkeit die Augen verschließen vor dem, was offensichtlich ist.

Der schleichende Prozess der Entwicklung zur Kontroll- und Manipulationsgesellschaft ist vorerst nicht zu stoppen. Fast Alle halten das Netz und wie es funktioniert für einen quasi natürlichen Verlauf der technischen Entwicklung. Das ist zwar dumm, aber nicht aus den Köpfen zu bekommen.

Gegen die autoritäre Formierung helfen auf der einen Seite nur egalitäre lokale Organisierungen, die sich vernetzen. Vielleicht muss eine europäische Form des demokratischen Konföderalismus entwickelt werden.

Für eine militante Linke stellt sich aber auch die Frage nach der Organisierung von Widerstand. Droht das oben beschriebene Szenario, muss sich sicher klandestiner organisiert werden. Eine mögliche Machtübernahme durch nationalistisch-rassistische Strömungen erhöht diese Notwendigkeit.

Wichtig scheint es uns, die Konsequenzen tatsächlich zu ziehen, die man aus den eigenen Überlegungen erkennt. Wir machen uns auf die Suche nach Schlussfolgerungen.

Welche politischen Formen braucht Widerstand unter einer technologisch-autoritären Herrschaft in der Festung? Wo kann Digitalisierung sinnvoll sabotiert werden? Wie bekommen wir mehr Menschen dazu, das Internet als Herrschaftsinstrument zu erkennen? Es kann für unsere Handlungsoptionen auch entscheidend sein, wer die digitalen „Werkzeuge“ der Unterdrückung in den Händen halten wird und ob sie angreifbar sind. Wir denken auch , dass kein Weg daran vorbei führt,

die Protagonist_innen der Rechten offensiv abzugreifen, wo es geht.

Manche Gruppen versuchen bereits praktische Antworten zu finden. Wir denken, es ist vor allem wichtig, die Auseinandersetzung zu führen – und nicht trantütig zu denken, alles ginge weiter seinen gewohnten Weg. Das wird es nicht.

Eines ist für uns jetzt schon klar: Ohne bedingungslose Solidarität mit Flüchtenden und Geflüchteten wird es keinen erfolgreichen Kampf gegen die Festung geben. Wer die Festung nicht zu sabotieren versucht oder Flüchtende und Geflüchtete unterstützt, ist nicht auf der gleichen Seite er Barrikade.

Ihr merkt, dass wir nicht in der Lage waren eine stringente Argumentation und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen zu Papier zu bringen. Wichtiger ist es uns aber, dass Leute und Gruppen über unsere Überlegungen nachdenken. Über Reaktionen und Fortführungen von Anderen im nächsten Autonomen Blättchen würden wir uns freuen.

(Eine kleine Gruppe)

+++ Technologie +++

Technologischer Angriff und soziale Revolution

Eine Skizze zur Einbettung der neuen Technologien in das Gesamtgeschehen der Innovationsoffensive.

Die Frage nach den neuen Technologien ist die Frage nach der Möglichkeit einer sozialen Revolution, die den Wahnsinn stoppt. Denn die Technologien einer Innovationsprozesses sind nicht neutral, nicht „bloß technisch“. Sie sind Kern einer epochalen Innovationsoffensive zur Zerstörung der alten Gesellschaft und ihrer und der Unterwerfung der Menschen unter ein neues Regime auf neuem historischem Niveau. Wie schon früher in ähnlichen sogenannten epochalen „Umbrüchen“. Der „Wahnsinn“ war immer die hierbei angewandte Gewalt bis zu Krieg und Völkermord.

Die Entstehungsgeschichte der neuen Technologien lässt an Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig. Sie sind aus einer Antwort auf die Krise keynsianisch/fordistischer Gewalt hervorgegangen. Fordistische Gewalt: das hieß die Zurichtung der Gesellschaft in all ihren Dimensionen zu einer sozialen Fabrik, die alle Lebensvollzüge zu erfassen trachtete. Im Ursprung stand die „wissenschaftliche Betriebsführung“ von Taylor („Taylorismus“) und Fords Fließband. Sie zerhackten menschliche Arbeit zu gleichförmigen Partikeln, um sie aneinander zu reihen und das Kommando darüber voll ins Management abzuziehen.

Nach und nach wurde alle gesellschaftlichen Bereiche bis hin zur Stadtplanung, Wohnungsbau, Bildung, Kultur etc. diesem Fabrikregime unterworfen. Dies war im Kern, das heißt in der rationalen Methode, eine Form sozial-technischer Gewalt. Die extreme Zuspitzung dieser Gewalt zeigte sich in der Art, wie der erste und zweite Weltkrieg der Durchsetzung dieses Konzepts dienten. Darüber hinaus zeigte sie sich in ihren völkermörderischen Qualitäten. Die neue Genozidforschung hat längst Schluss gemacht mit der Vorstellung eines Lord Dahrendorf oder eines Habermas, dass die Genozide atavistisch-barbarischen Rückständen oder Sehnsüchten geschuldet seien. Sie sieht im Gegenteil „Modernität“ oder besser: den Prozess der Modernisierung und der modernisierenden Rationalisierung als Triebkraft, deren historische Avantgarden alles der Vernichtung überantworteten, was sich nicht rationalisieren und homogenisieren ließ.

Die Antwort hierauf war eine Phase sozialrevolutionärer Prozesse, die das gesellschaftliche Fabrikregime aufsprengten und zwar in Ost und West. Sie reichte von den Peripherien über die osteuropäischen „realsozialistischen“ Volkswirtschaften bis in die USA und die europäischen Länder. Sie hatte nicht nur den Charakter einer Kulturrevolution, ausgehend von Rythm n’ Blues, Popmusik bis hin zu den Höhepunkten von Reggae, Janice Joplin und „Ton, Steine, Scherben“. Sie griff das gesellschaftliche Fabrikkommando in allen Bereichen an: von Universität bis zur spätnazistischen Kleinfamilie. Zunächst gehörten dem auch die Anfänge der Informationstechnologien an, dann aber rochen ihre Protagonisten Geld und Macht und wendeten die Informations-Technologien in eine neue Form sozialen Angriffs um, deren vorläufigen Höhepunkt wir heute erleben.

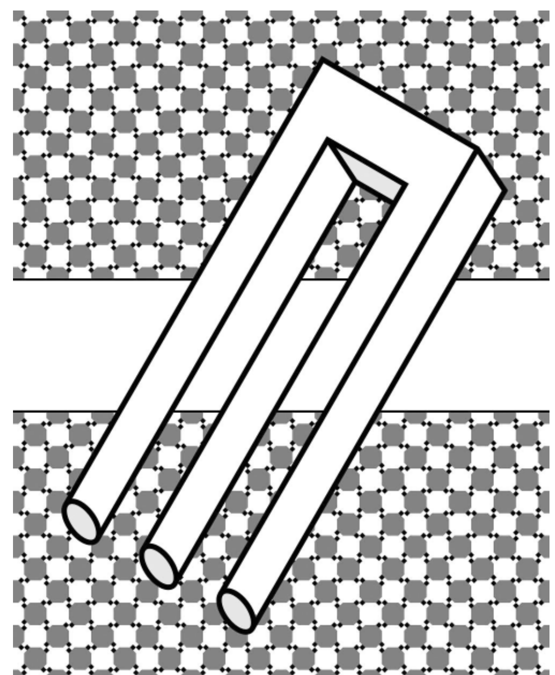
Die amerikanische Federal Reserve (Fed) griff dies auf und katapultierte den Prozess in einen wahnsinnigen „Tsunami“ der Beschleunigung. Für die Prozess dieser Durchsetzung (spekulativ, die typische Durchsetzungsform des Kapitalismus) flutete sie die Welt mit Geld, genauer: den aus innovativen Kredittechniken gewonnenen Geldmitteln. Aus Schulden also, Bankerjargon: „leverage“.

Dies endete 2000 und 2008 in den vorausgesehenen und in Kaufgenommenen krisenhaften Zusammenbrüchen, die zu weiteren Tsunamiflutungen führte und die Informationstechnologien daraus auch in der Phase 2007 bis 2015 hochrüstete. Wenn heute über die Weltherrschaft von Google, Facebook, Salesforce, Uber und ihrer clusterförmigen Zusammenballungen in Silicon Valley, Boston, Austin/Texas gejammert wird, dann war gerade sie das erklärte Ziel. Im Zuge dieses Prozesses wurden die Kräfte der sozialen Revolution in die Defensive gebracht, deren Tiefe wir heute noch nicht einmal ausgelotet haben. Sowie diese Offensive eine Antwort auf die soziale Revolution war, so stellt sich jetzt notwendig auch die Fragen nach ihr auf neuer Stufe.

Die Wirklichkeit der Entwicklung der Informationstechnologien bis zum heutigen Zeitpunkt können wir nur dann begreifen, wenn wir uns klar machen, dass man nicht einfach technologische, ökonomische, politische, gesellschaftliche Stränge isolieren und für sich betrachten kann. Sie alle gehören zu einer einheitlichen geschichtlichen Innovationsdynamik. Die im engeren Sinn ökonomische Seite gehört dazu, weil die Erzielung von Gewinnen und ökonomischer Machtpositionen (die mit jedem Innovationsangriff verbundenen Monopolsituationen des „ersten am Platz“) Investitionsentscheidungen der Akteure leiten. Politische und soziale Aspekte gehören dazu, weil soziale Reaktionen (wie derzeit die Populismen) für die Durchsetzbarkeit eine große Rolle spielen können.

Auch die Dynamik ist nicht aus einem Guss, im Gegenteil. Das Auftauchen verwertbarer Neuerungen erscheint meist zufällig, „random“, es folgt selten eine Logik. So entstanden große Schübe innerhalb des Innovationsangriffs aus solchen „Fundstücken“. Einige Beispiele: das Internet, wie schon in „Krisen, Kämpfe, Kriege“ dargestellt, das Smartphone, ein plötzlich auftauchender regelrechter „game-changer“, zwar in systematischer Weiterentwicklung des Internets, aber dennoch in gewisser Weise überraschend. Das kann das daran ablesen, dass Nokia kurz zuvor seine so gut wie serienreife Entwicklung des Smartphones wieder eingemottet hat, bevor es dann schlagartig losging. Pech gehabt. Dazu gehört auch die aktuelle „on-demand“-Hype (vgl. dazu in diesem Blättchen: „Die Uberisierung der Welt“). Sie beherrscht die aktuelle Dynamik, ist aber auch nicht auf eine vorher in Gang gesetzte Logik zurück zu führen.

Fazit: Der Innovationsangriff propagiert sich also ausgesprochen erratisch, bildet Pfade aus, verfolgt sie nicht weiter, eröffnet überraschend Pfade, die vorher noch gar nicht angetrampelt waren. Rückblickend lässt sich natürlich eine „Logik“ der Pfadbildung ausmachen und „analysieren“. Aber erst nachdem die Geschichte der Innovationsoffensive sie geschlagen hat.



Wenn wir also hier bestimmte Stränge, Optionen, Pfadbildungen auf der Konferenz thematisieren, dann ist dies nicht unrichtig, muss aber mit dieser Kautele geschehen. Es ist eine Vorgehensweise „idealiter“. Die Wirklichkeit jedoch ist ein komplexer Prozess, in den sich die oben genannten technologischen, ökonomischen, sozialen. Stränge verschmelzen und verweben. Wirklichkeit ist nur das, was sich verwirklicht und soweit es sich verwirklicht. Dieser historische Prozess jedoch ist „singulär“ und kann aus keiner Logik oder Gesetzmäßigkeit hergeleitet werden. Vielmehr kann er letztlich nur im Rahmen einer Vorstellung vom Antagonismus zwischen komplexem technologischen Angriff auf der einen und Resistenzen, Widerständen, Facetten einer sozialen Revolution als Fluchtpunkt der Dynamik auf der anderen Seite dargestellt werden.

So ist es wohl sinnvoll, sich den „technologischen Angriff“, oder besser: die Innovationsoffensive, als eine sich entfaltende und vertiefende Frontbildung vorzustellen, die nicht von einem zentralen Kommando geleitet wird, sondern von den verschiedenen erratischen Vorstößen.

Die Vorstöße im Detail darzustellen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Die Konferenzbeiträge stellen schon eine gute Ansammlung von Schlaglichtern dar. Grob kann man der soeben skizzierten Linie folgen. Wenn der er über Smartphone vermittelte Zugang zum Internet eine erratische Eröffnung darstellte, so war es auch Googles Einstieg. Die amerikanische Zeitschrift „Wired“, immer am Puls der IT-Bewegung hat den Ursprung in einem Treffen zwischen den Google-Gründern Brin, Page und dem Venture-Kapitalisten Hal Varian (jetzt Leiter des ökonomischen Stabs bei Google) ausgemacht. Hal Varian sagte, wieso, eine neue Suchmaschine neben yahoo sei langweilig und man bräuchte sie nicht mehr. Darauf erklärten Brin und Page, sie hätten gar nicht die Suchmaschine im Auge, sondern die Leute, die suchen. Varian war elektrisiert

und das war der Beginn der wohl bedeutendsten explosiven Entwicklung.

Big Data war dann zur Bewältigung der gewaltigen zu bewirtschaftenden Datenmassen erforderlich und „Cloud-Computing“ (Salesforce, Amazon, IBM, dann schließlich auch SAP) zur Rationalisierung und Hegemonisierung der Beschlagnahme und Enteignung der Daten in die gigantischen Server der genannten Oligopolisten. Als nächster schockartiger Vorstoß schloss Uber 2009 zu ihnen auf, indem mit einer neuartigen Strategie nach durch zwei Krisen entwerteten amerikanischen Mittelschichten griff. Dies leitete die Enteignung und Inwertsetzung des Alltagsverhaltens mit einer neuen “on-demand-Ökonomie“ ein, die immer weiter ausgreift.

Wir stehen damit erst am Anfang einer erschreckenden Entwicklung. Derzeit scheint ein erster Höhepunkt erreicht. Es hat den Anschein, als ob nunmehr auch der Health-Bereich an die Seite dieses Vorstoßes tritt. Das kann man aus den Bewegungen des Venture-Kapitals und der großen Investoren herauslesen. Während dieser ganzen Zeit lief eine von stetigem Wachstum geprägte („inkrementelle“) Entwicklung in den Bereichen der industriellen Fertigung, hier vor allem im personal management. Von der Industrie 4.0 wird derzeit noch viel geredet, sie ist aber noch in den Startlöchern. Das „Internet der Dinge“ befindet sich gleichfalls im Stadium kleiner Vorstöße. Gleiches gilt für die Initiativen zu einer „Smart City“, die allerdings schon jetzt weltweit für Vertreibung „entwerteter“ Menschen sorgt.

Wenn man die „Wirklichkeit“ der Entwicklung voll begreifen will, so muss man auch die Krisenhaftigkeit der Innovationsoffensive einbeziehen.

Derzeit wirkt sich dies dahin aus, dass das technologisch induzierte Produktivitätswachstum zurückgeht (so jedenfalls die Hauptauguren) und wir am Rande einer Techno-Blase stehen, mit Beeinträchtigungen der Innovations- und Wachstumsdynamik. Die Krise wird als bedeutende Verlangsamung, ja Stillstand im Sinne der großen Depression angesehen. Immer mehr ökonomische Spitzenakteure und Zentralbanken beziehen Vorstellungen von einer „epochalen Stagnation“ in ihre Szenarien ein, wie sie zum ersten Mal Ende der 30er Jahre breit diskutiert wurden. Dies hat damals zweierlei bedeutet:

Rückgang der Investitionen bei gleichzeitiger Intensivierung technologischer Vorstöße auf einigen ausgewählten Sektoren. Ohne hier ins Detail gehen zu können, kann zumindest auf soziale und politische Blockierungen verwiesen werden, die auf die weltweite Stagnation reagieren und ihrerseits die Stagnation verschärfen. Hierzu gehören auch die neuen Populismen. Die Populismusforschung behandelt sie als Reaktion der Modernisierungsverlierer. Diese Reaktion kennen wir aus der Geschichte, vor allem der Zeit vor den großen Kriegen. Entwertete alte Mittelschichten sehen ihre überkommene Lebensweise, die gewohnten politischen Formen und ihren „Wertekanon“ getroffen oder zumindest bedroht und verlangen die Rückwende. Im Grunde aber verbindet sich dies mit Ansprüchen auf Teilhabe an den Früchten der innovativen Gewalt und das macht ihre besondere Gefährlichkeit aus. So gehört denn auch die plötzliche Welle der Populismen zur „Wirklichkeit“ der Innovationsoffensive im weiteren Sinn. Die gewalttätige Reaktion auf die „Flüchtlinge“, die ihre Forderungen aus der Entwertung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch die innovations-induzierten Produktivitätsdifferenzen und den Kriegen in ihrem Gefolge in die Metropolen tragen, steht auf demselben Blatt.

(Materialien für einen neuen Antiimperialismus)

Die Uber-isierung der Welt

Intro – Der Hybridsklave

Du sitzt in einem Uber-Auto, der Fahrer hält an der Bahnschranke und fängt an, wie wahnsinnig auf seinem Smart-Phone rumzuhacken. Was ist da los? Heißer Liebesbrief an den Schatz? Nichts da, wenn Du nachfragst.

Es ist ein Arbeitsinput für einen zutiefst gehassten Sklaventreiber: Amazon. Du erkennst, neben Dir sitzt für die kurze Zeit an der Schranke ein „mechanical turk“, ein Amazon-Sklave. Seine Arbeit: er sucht für Amazon online Verstöße gegen die „guten Sitten“ aus einem digitalisierten Text. Zwei Sklaven in einer Person? Genau das. Ein Hybrid-Sklave also.

Der Uber-Sklave schließt die kurze Zeit der Nichtbeschäftigung an der Schranke mit Arbeit für Amazon. Er schließt die Poren arbeitsfreier Zeit. Als Hybrid-Sklave verlinkt er zwei Einsatzfelder der großen IT-Innovationsoffensive, die die Welt seit drei Jahrzehnten mit zunehmender Gewalt überrollen: der Bereich der Dienste im Logistikunternehmen und in der großen weiten Welt persönlicher Dienstleistungen.

Der Link verbindet nicht etwa zwei Welten. Er verbindet Felder, in dem derselbe „Neo-Taylorismus“ als Strategieprinzipien eines neuen kapitalistischen Kommandos über die Welt zum Einsatz gelangen. Das zeigen wir zuerst für „Uber“ als dem Vorreiter der „Sharing- oder besser: On-Demand-Ökonomie“. Und dann für Amazon, einem der führenden Arbeitsausbeuter der neuen Ökonomie. Und so verwandelt sich unter dem Kommando desselben Arbeitsmanagements der Hybrid-Sklave während einer Fahrt eigentlich nur

in zwei Gestalten desselben Sklaven. Und es bleibt zu hoffen, dass sich darüber auch die Kämpfe gegen Uber und Amazon und andere ähnliche Herren miteinander verbinden.

Uber-isierung, das ist ein aktuell mit großer Wucht von den „on-demand“-Unternehmern entfesselter Schock zur Unterwerfung von Alltagsverhalten und seiner Erschließung als neue Quelle von Arbeit und Wert, in dessen Zentrum Uber agiert.

„Es gibt immer Blut an der Wand, wenn eine große, neue Welle von Innovationen durchgesetzt wird“,

erklärte der Londoner Venture-Kapitalist Fred Destin Anfang dieses Jahres. Er hat Millionen in ein unternehmerisches Projekt der „Sharing-Economy“ gepumpt, zu der auch Uber gehört. Destin meint das Blut der von dieser Innovationswelle betroffenen Menschen. Blut in wirklicher und übertragener Bedeutung als Lebens- und Überlebenschance der auf „Uber“ und ähnliche Unternehmen angewiesenen verarmten Unterklassen. So geht denn auch das Blut auf Uber's Konto, das bei den heftigen Kämpfen gegen dieses Unternehmen vergossen wurde. Und das ist nicht gerade wenig. In Johannesburg, Nairobi, Amsterdam, Paris gab es Angriffe auf Uber-Autos mit Waffengewalt und Sachbeschädigungen bis zum Abfackeln.

Die „Sharing“-Unternehmer und ihre Sklav*innen

Die Gegenwehr gilt einer Innovationsstrategie, die im Kern des technologischen Angriffs angesiedelt ist und die man sich zentraler kaum denken kann. Es geht in der von Uber angeführten Schockwelle um nichts weniger als um die Zerstörung eines ganzen Spektrums tradierter Formen von alltäglichen beruflichen und privaten Diensten und Gefälligkeiten bis hin zu freundschaftlicher Hilfe und ihre Unterwerfung unter ein verschärftes Kommando von Arbeit und Inwertsetzung. Das wurde anfänglich wohltönend und absichtlich missverständlich „sharing“-Ökonomie genannt, inzwischen großteils „on-demand“-Ökonomie. Die Reorganisation des Verhaltens läuft über die im Innovationsangriff entwickelten Technologien. Über eine App fordert man (darum auch „on-demand“) Transport- und andere Dienste an, die dann auf informationstechnischem Wege über große Server mit spezifischen Algorithmen an Nachfrager*innen vermittelt werden. Verrichtet werden die „Dienste“ dann von den über GPS zugeordneten „Sklave*innen“ -so werden sie inzwischen auch in der „seriösen“ Literatur genannt. Diese „Sklav*innen“ kommen mit ihrem eigenen Arbeitsgerät, z.B. Autos -darum sollen sie angeblich auch „Selbständige“-, um die Leistungen zu erbringen.

Die „Sklav*innen bestehen zu einem großen Teil aus Menschen der „subprime-“ (unter Standard) -Kasten, die durch die Entwertungsoffensiven unter der Führung der amerikanischen Zentralbank (Fed) in die neue Armut getrieben wurden – oftmals aus den nunmehr verarmten und verelendeten ehemaligen Mittelschichten der fordistischen Ära. Und die dann in der „subprime“-Offensive mit seinem Crash im Jahre 2008 nochmals tiefer in die Armut gestoßen wurden. Es ist genau dieser Hinter-Grund, auf dem Uber im Jahre 2009 gegründet wurde. Denn jetzt war der ökonomische Druck unausweichlich, der viele zu mehreren Beschäftigungsverhältnissen trieb. Befragungen von „on-demand“-Arbeiter*innen ergaben, dass sie von ihrer „Hauptbeschäftigung“ ohne einen Zuverdienst auf dem „on-demand“-Sektor“ nicht mehr leben könnten (das gilt auch z.B. Wohnungsüberlassung über Airbnb, wie die Kämpfe etwa in Berlin gezeigt haben).

„Das Geheimnis der Uber-Ökonomie ist Vermögensungleichheit“,

titelte die Zeitschrift Quartz vor zwei Jahren. Aber die Untersuchungen haben auch ergeben, dass „on demand“-Arbeiter*innen ebenfalls nicht von ihrer Arbeit auf diesem Sektor leben können (grob 75%). Sie sind auf beides oder gar weitere Quellen angewiesen. Die ausgepressten Profite dagegen sind satt. Uber behält ca. 20% des Fahrpreises ein. Seine Marktkapitalisierung liegt bei über 60 Mrd. $.

Die Ausweitung der Uberisierung.

Bis Anfang dieses Jahres – mit einem kleinen Knick zum aktuellen Zeitpunkt – strömte das Venture-Kapital wie entfesselt in den ganzen „on demand“-Sektor. Die Herstellungen von „on demand“-Apps und Gründungen von Start-ups nach Uber-und Airbnb-Vorbild schäumen regelrecht hoch. „Ein Uber für alles“ titelte der Guardian Anfang Mai. Gierige Nerds gründen Start-ups auf dem „on demand“-Sektor fast im Stundentakt, besonders im Bereich der Liefer-Dienstleister (in England etwa Deliveroo, Deliver-Hero, in Deutschland Lieferheld und und und).

In Mayfair trafen sich dieser Tage Venture-Kapitalisten des „on demand“-Sektors, um sich darüber auszutauschen, wie sie diesen „Uber-inspirierten Goldrausch“ vorantreiben und weiter ausbeuten, bzw. schürfen können. Silicon Valley reißt inzwischen darüber schon seine Witze: Ein Uber für Suff zu später Stunde? Für „Massage“? Parken? Lehrervermittlung?,

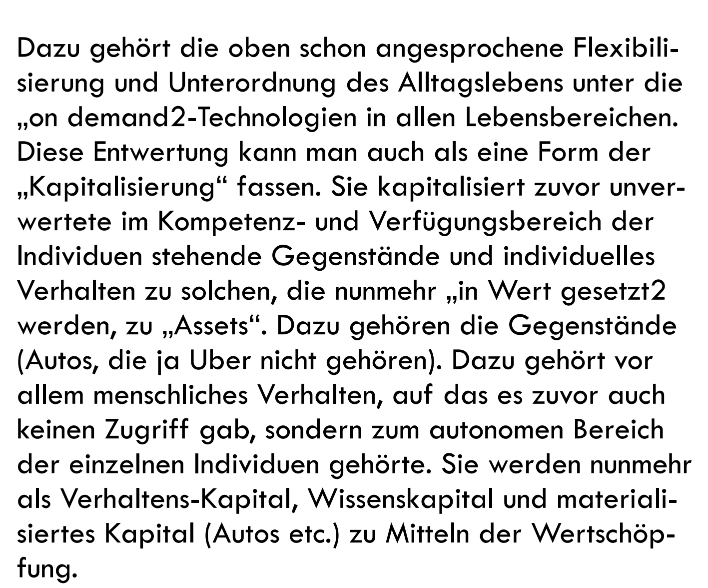
Barkeeper?, Brief-zur-Post-bringen? In-Warteschlangen stehen (z.B. für Konzerte, wenn der Herr keine Zeit hat und einen Wartesklaven braucht)? Obwohl – einige davon gibt's schon. Welche wohl? Schlange stehn z.B. Erraten? „Denkt an irgendeine Dienstleistung, und wenn jemand noch keinen Uber dafür erfunden hat, arbeiten sie wahrscheinlich gerade daran", sagt der Valley-Beobachter. Das Lachen sollte einem im Hals stecken bleiben.

Die Uberisierung der Welt steht gerade am Anfang und die Zertrümmerung der alten Welt auf dem Servicesektor wird Jammern und ungeahntes Elend der Sklav*innen bringen. Und mehr noch der Nicht-Sklav*innen, die in den Reservelagern vor den Pforten auf Zulassung zu einem ordentlichen Sklavenstatus warten oder den Sklav*innen-Status wegen mangelhafter Selbstoptimierung verloren haben.

Neotaylorismus, Uber-wachung und weitere Punkte

Die Komplexität des „on demand"-Angriffs ist gewaltig. Und sie ist, da er sich auf dem Dienstleistungsbereich als dem mittlerweile zentralen Sektor des gegenwärtigen Innovationsangriffs entfaltet, nicht hoch genug zu schätzen. Hier sollen nur einige Schwerpunkte kurz erörtert werden:

1. Uber steht als führender Akteur auf dem „on demand"-Sektor beispielhaft und beispielgebend für die Zerstörung eines tradierten Sektors und eine exemplarische Politik der Entwertung von Menschen und ihren Tätigkeiten und der Errichtung eines völlig neuen kapitalistischen Kommandos.



Dazu gehört die oben schon angesprochene Flexibilisierung und Unterordnung des Alltagslebens unter die „on demand2-Technologien in allen Lebensbereichen. Diese Entwertung kann man auch als eine Form der „Kapitalisierung" fassen. Sie kapitalisiert zuvor unverwertete im Kompetenz- und Verfügungsbereich der Individuen stehende Gegenstände und individuelles Verhalten zu solchen, die nunmehr „in Wert gesetzt2 werden, zu „Assets". Dazu gehören die Gegenstände (Autos, die ja Uber nicht gehören). Dazu gehört vor allem menschliches Verhalten, auf das es zuvor auch keinen Zugriff gab, sondern zum autonomen Bereich der einzelnen Individuen gehörte. Sie werden nunmehr als Verhaltens-Kapital, Wissenskapital und materialisiertes Kapital (Autos etc.) zu Mitteln der Wertschöpfung.

Im Grunde genommen setzt dies den Zugriff auf den Häuserbereich fort, der durch die „subprime"-Offensive nach 2000 in Wert gesetzt wurde. Damit unterwirft die Strategie zugleich die über große Server organisierten Verhaltenspartikel der Dienstleister*innen unter ein von der IT-Ebene aus organisiertes Regime.

Hierin liegt eine „Taylorisierung" neuer Stufe.

Taylors Ziel war ja, das Verhalten auf Produktionsebene in derart eng definierte und damit zugleich standardisierte Partikel zu zerschlagen, dass es möglich wurde, sie in seriellen Verhaltensketten (etwa Fließband) zu organisieren und das Kommando und die Kontrolle über die Arbeit „in die Hände des Managements" abzusaugen. Eine entsprechende Zerstörung bzw. Enteignung von Autonomie wird auf neuem historischem Niveau mit den Technologien der Innovationsoffensive vorangetrieben. Sie ist in gleichem Maße unerbittlich. Ein Algorithmus bestimmt, wo du hingeschickt wirst, wie du abzurechnen hast, wie du zu fahren hast, wie du dich zu benehmen hast, wie das eingebrachte Auto und die Wohnung etc. auszusehen haben.

Dadurch wird ein gewaltiger Druck zur Verhaltensunterwerfung auf die Dienstleistenden entfesselt, der nicht nur zur genauen Definition gesollten Verhaltens führt, sondern über Konkurrenzmechanismen enorme Reservoirs an Selbstoptimierung und Selbstrationalisierung innerhalb enger Korridore von zugestandenen Freiheitsgraden erschließt.

Du musst selbst herauskriegen, wie du deine Optimierung vorantreibst, um weiter im Job zu bleiben, und damit zugleich deinen Verdienst und die Profitspielräume der Herren erweiterst. Wenn Du hinter den Erwartungen zurückbleibst und ein(e) andere(r) es besser macht, Pech für Dich. Zugleich liegt darin eine Zurichtung und Standardisierung des Verhaltens, die in andere Bereiche ausstrahlt. Hier verlinkt sie sich mit den neotayloristischen Strategien der inneren Arbeitsorganisation etwa bei Amazon. Diese „Uberisierungs"-Strategie in den Servicesektor steht noch am Anfang, sowohl hinsichtlich ihrer Eingriffstiefe in die Subjekte als ihrer Erweiterung und der damit betriebenen sozialen Homogenisierung. Die aber läuft rasant. Sie zielt auf die Übertragung in Bereiche, an die wir als Kinder der überkommenen Lebensweise noch gar nicht denken würden. An Airb&b haben wir uns ja schon gewöhnt, vielleicht auch an die Möglichkeiten der Organisation eines Peer-to-Peer- Kreditwesens. Aber die Berufstätigkeiten mittelständischer Selbständiger?

Dem Vernehmen nach stehen Initiativen eines „Uber-Legal", einer Uberisierung der Rechtsberatungsdienstleistungen vor der Tür. „Rechtsanwalt-on-demand-Apps", sowie „Quicklegal und UpCounsel ebenso wie „medicast-App" zur Herbeirufung eines Arztes und „Upwork" zu Beschaffung eines Freelance-Artikelschreibers gibt es schon. Die Welt des Verhaltens wird unerbittlich umgepflügt, ein Ende ist nicht abzusehen.

2. Die tayloristische Erschließung und Rationalisierung auf dem Dienstleistungssektor reinigt Freiheit und Unbestimmtheit heraus. Sie verschließt die Poren (Marx), die kleinen Luft- und Freiräume des noch nicht in Dienst genommenen Verhaltens, und zwar in tendenziell totalisierender Weise. Sie unterwirft unerschlossenes Verhalten damit dem Marktgeschehen. Es ist die technologische Subsumption, die Unterwerfung von Verhaltensbereichen auf neuer historischer Stufe jenseits des Taylorismus/Fordismus..

3. Uber und sein Konkurrent Lyft arbeiten in Konkurrenz untereinander und zu Apple, facebook und google an der Entwicklung IT-gesteuerter, fahrerloser Autos. Die Einbeziehung von GPS erlaubt Bewegungsprofile und macht den Datenraub besonders gefährlich. Das hat die bisherige Auswertung zu möglichen One-Night-Stands durch Uber drastisch gezeigt.

4. Und, ach ja: „Sharing Economy"? Eine Ökonomie der kooperativen gegenseitigen Gefälligkeiten und Dienste? Killefitt! Diese Friede-Freude-Eier -Vorstellung wird inzwischen als geradezu peinlich abgetan, die Diskrepanz zwischen rosa Bild und Wirklichkeit ist zu groß. Als alternative Namen werden neben „on-demand-economy" auch „matching-economy" oder „gig-economy" angeboten. Dieter Schlenker, Vorsitzender von Taxi-Deutschland, bietet aus gut sozialdemokratischer Altbackenheit den Titel „Heuschreckenökonomie" an. *(Materialien)*

Das Prinzip Amazon angreifen

*Stellt euch vor, europaweit finden Streiks in den großen Distributionszentren von Amazon statt. Die Zufahrtswege sind blockiert, LKW kommen weder auf das Gelände noch können sie dieses wieder verlassen. Auf einem Banner steht: „Wir sind keine Roboter!" Solidarische Kund*innen verstärken die Auswirkungen der Streiks indem sie vermehrt Bestellungen ab- und wieder zurück schicken und den Paketen solidarische Botschaften an die Belegschaft beilegen. Kundgebungen vor der Unternehmenszentrale, den Call Centern von Amazon und den neuen Innenstadt-Versandlagern in Berlin, München oder Dortmund treffen das Unternehmen sensibel: Wahrnehmbar schlechte Publicity und ernsthafte Störung der Zustellung, die so sehr auf Reibungslosigkeit „auf den letzten Metern" setzt. Der Deutschland-Chef Ralf Kleber wird beim öffentlichen Auftritt getortet, die Homepage von Amazon gehackt. Zum ersten Mal in der Geschichte von Amazon kann das Unternehmen keine Informationen über seine Kund*innen sammeln. Selbst die Crowdworking-Plattform für unterbezahlte Clickworker*innen und entrechtete digitale Arbeitsnomaden hakt. Buchläden haben Plakate in ihren Schaufenstern gegen die Tyrannei von Amazon und in der Branche des Einzel- und Versandhandels stehen Beschäftigte solidarisch für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ein. Menschen tragen Buttons mit dem Spruch „support your local dealer". Doch der Reihe nach. Wie kam es zu diesem breiten Spektrum an Protest?*

Amazon ist weit mehr als ein Onlinehändler. Amazon ist ein überaus erfolgreicher digitaler Dienstleister: Das Geschäft mit der Vermietung von Rechenkapazität und Festplattenspeicher (in der Cloud) sowie das Bereitstellen von Software für Web Services wächst derzeit noch schneller als der „klassische" Online-Handel. Darüber hinaus ist Amazon ein äußerst aktiver Film- und Serienproduzent und Herausgeber der Washington Post. Auch als Logistiker ist das Unternehmen mit eigenen Wägen, neuen regional orientierten Verteilzentren, wie die bei München oder in Berlin, in den USA neuerdings auch mit geleasten Flugzeugen und weiterführenden ambitionierten Plänen auf den Plan getreten, eine eigene weltumfassende Logistik à la Amazon aufzubauen. Das ist der Grund dafür – weswegen die Uni Global Union und nationale Gewerkschaften branchen- und länderübergreifend aktiv werden.

Nach „außen" erdrückt Amazon Marktkonkurrenten, nach dem Prinzip der „tödlichen Umarmung" und schluckt diese mit hohen Investitionen, wie an Beispielen wie dem Kauf des ZVAB deutlich wird oder aber der Schuhverkaufsplattform Zappos. Eine weitere Strategie ist das ständig neue Erschließen neuer Tätigkeitsfelder, die nicht unbedingt ertragreich und erfolgreich sein müssen – siehe Smartphones oder Versteigerungsplattform – die dem Unternehmen jedoch in den verschiedensten Branchen die Tür öffnet. Um als nächsten Schritt den Markt schnell einzunehmen, wird in großer Geschwindigkeit sehr viel Geld in die Hand genommen: Das Lesegerät kostet deutlich weniger als bei der Konkurrenz, Retouren werden vom Unternehmen gezahlt, eigene Produkte subventioniert. Die Strategie der hohen Investitionen -und des globalen Verschiebens von Gewinnen führt nicht nur zu einem ständigen Wachstum, sondern spart Steuern, da das Unternehmen unter dem Strich seit Jahren rote Zahlen schreibt während Amazon-Chef Jeff Bezos laut dem Wirtschaftsmagazin Bloomberg seit Oktober 2015 zu den zehn reichsten Männern der Welt zählt. Bezos hat mit Amazon den Einzelhandel mit seiner „disruptiven", das heisst kreativ zerstörerischen Strategie weltweit „revolutioniert" und wird dafür in der IT-Branche als großer Innovator und Visionär gefeiert.

Menschen als Roboter

Nach „innen" steht das Unternehmen für Ausbeutung und skandalöse Arbeitsbedingungen der weltweit 230.800 Mitarbeiter. Wie Amazon in seinen Distributionszentren durch Überwachung und Schikane besonders effizient die Menschen auspresst, lohnt eine genauere Betrachtung. Ein Bericht des britischen Fern-

sehkanals Channel 4 deckte 2013 auf, unter welchen unmenschlichen Arbeitsbedingungen die britischen Amazon-Angestellten arbeiten müssen. Die Bewegungen der Mitarbeiter*innen werden mit GPS-Sendern überwacht, die sie in den Handscannern mit sich tragen. Dabei nutzt das Unternehmen eine legale Grauzone, die zwar nicht die direkte Überwachung der Menschen selbst, jedoch die der Warenbewegungen gestattet. Bei Regelverstößen oder Leistungsabfall kommt es zügig zu Einzelgesprächen, in denen Vorgesetzte die Beschäftigten mit ihren Leistungen konfrontieren und unter Druck setzen, besser „zu performen". Dies führt insbesondere bei Befristeten mit Hoffnungen auf eine Entfristung zu enormen Arbeitsdruck. Ein Bericht der New York Times im August 2015 nannte weitere Details: Demnach werden Amazon-Mitarbeiter*innen systematisch überwacht, dadurch zueinander in Konkurrenz gesetzt, was einen denunziatorische Stimmung schafft. Mitunter reichen 100% Leistungen nicht mehr, wenn doch die persönliche Statistik zeigt, dass es auch schon mehr gewesen sind. Was mathematisch unmöglich ist, stellt das dynamische Prinzip kontinuierlicher Arbeitsverdichtung in Konkurrenz dar. Jeder soll über dem Durchschnitt liegen.

Es kommt zur Umkehr der klassischen Mensch-Maschine-Relation mit der Folge einer zusätzlich gesteigerten Entfremdung: Nicht der Mensch sagt den Maschinen, was diese zu tun haben, hier errechnen Maschinen optimale Laufrouten und bringen die Menschen damit auf (Optimal-)Linie. Neben den (drohenden) Feedback-Gesprächen mit dem Vorgesetzten wirken diese Regeln und Normen quasi unsichtbar und effektiv durch den allgegenwärtigen Zwang zur Selbstoptimierung.

Amazon macht krank

Hohe Krankenstände werden durch die bei ver.di organisierten Kolleg*innen regelmäßig benannt. Zum Krankenstand führt nicht nur die körperlich belastende und einseitige Arbeit und der Leistungsdruck, sondern auch die Überwachung. Das Screening aller persönlich zuzuordnender Abläufe, jeder getätigten und vor allem jeder ausgelassenen Bewegung macht Mitarbeiter*innen nachweisbar krank. Es gibt einen hohen Krankenstand – trotz dadurch drohender Negativbewertung. Mitarbeiter*innen klagen über Angstzustände wie Gefangene im „Freigang" mit Fußfesseln. Die permanente Überwachung aller Schritte führt zu einer Unsicherheit, weil mensch nicht weiß, zu was die Daten genutzt oder wie sie bewertet werden. Denn der Bewertungsschlüssel ist im Rahmen der Prozessoptimierung dynamisch; die Mitarbeiter*in muss sich ständig fragen, welches durch die Überwachung beobachtete Verhaltensfragment zukünftig nicht mehr ausreichend (über dem Durchschnitt) sein könnte. Auch Kontakte während der Arbeitszeit werden zur Kenntnis genommen und bei Möglichkeit unterbunden. Beschäftigte müssen Teams wechseln, wenn diese einen aus Amazon Sicht zu engen sozialen Kontakt zueinander aufbauen.

Digitale Arbeitsnomaden – Crowdworking Niedrigstlöhner*innen aber auch Fachkräfte im Bereich digitale Dienstleistungen können sich auf Amazons Plattform Mechanical Turk verdingen. Hierbei gibt es keine Branchen-Grenzen. Unternehmer*innen können sich die billigsten und talentiertesten „Crowdworker" aussuchen.

Den Startschuss zur Nutzung des Schwarms von „Clickworkern" und digitalen Freelancern gab Amazon im Jahr 2006, als das Unternehmen mit dem Vertrieb von CDs begann. Hunderttausende von CD-Covern mussten auf sexuelle Inhalte überprüft werden, bevor sie in die digitale Verkaufsplattform eingestellt werden konnten. Eine Arbeit, die aufgrund uneindeutig zu formulierender Kriterien wenig geeignet war, von einem Großrechner gelöst zu werden. Amazon erfand daraufhin in Anlehnung an dezentral verteilte Rechner in der Cloud die sogenannte Crowd – eine Art „massiv parallelen", menschlichen Rechner. Auf einer digitalen Plattform konnte sich jeder anmelden, um für ein paar Dollar die Stunde CD-Cover durchzusehen. Über diese konkrete Aufgabe hinaus hat Amazon die Plattform verstetigt und ausgebaut. Amazon stellt der „Arbeitgeber*in" für die Vermittlung der Tätigkeit 10% des Betrags in Rechnung, der für Erledigung des Mikro-Jobs bezahlt wird. Was gezahlt wird, bleibt der Arbeitgeber*in selbst überlassen.

Der Status der Mikroarbeiter*in, die einen solchen Job über Amazon vermittelt annimmt, entspricht dem moderner Tagelöhner*innen: Arbeit gibt es nur, wenn welche eingestellt wird. Die Frage nach Arbeitsvertrag und sozialer Absicherung erübrigt sich. Gezahlt wird mit erheblicher Verzögerung nach Erledigung eines Jobs – manchmal aber auch gar nicht. Wie die Kräfteverhältnisse aussehen, verdeutlicht Amazon auf seiner Webseite: „Falls die Arbeitsleistung nicht ihren Standards entspricht, lehnen Sie die Arbeit einfach ab und bezahlen den Arbeiter nicht."

Quo vadis Amazon?

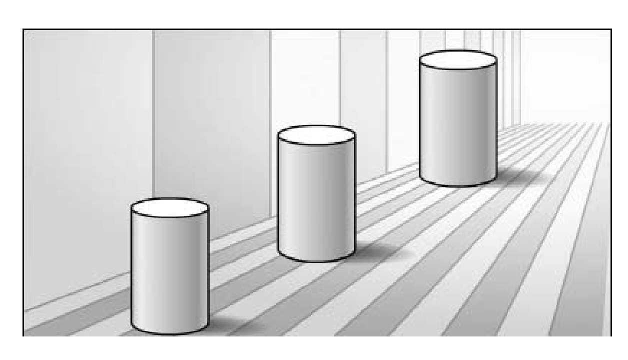
Es geht um mehr als um unsere zukünftigen Arbeitsbedingungen. Das Prinzip Amazon beeinflusst unser gesamtes Leben. Ähnlich wie der Fordismus nicht nur die Arbeit am Fließband in Einzelprozesse zerhackt und unter den Gesichtspunkten der Optimierung neu zusammengesetzt hat, findet wieder eine Arbeitsreorganisation mit Auswirkungen auf die Produktion und Zirkulation bis hin zu einer menschenfeindlichen Neugestaltung von Lebensweisen und des Konsum- und Freizeitverhaltens statt. Amazon will unsere Lebensgewohnheiten in Gänze umstrukturieren: Der Mensch als umfänglich verwert- und stimulierbare Ressource: Kund*in, Arbeitnehmer*in und Datenspender*in.

Die ökonomische Durchdringung findet durch die vollständige Vernetzung und Auswertung der Daten statt. Ein Beispiel ist der Ebook-Reader von Amazon, der laufend Daten ermittelt über Auswahl der Bücher,

Lesetempo, gelesene Seiten, aber auch Leseorte und -position. Wollen sich Kund*innen dieser Kontrolle entziehen, verschwinden die gekauften Bücher mit Aufkündigen des Amazon-Accounts vom Gerät. Die „smarte“ Umgebung, in der zukünftig alle uns umgebenden Geräte vernetzt sein werden, stellt unsere unauflösliche Verbindung zu den Datenzombies sicher. Es gibt kein Leben außerhalb dieses Netzes, so die Vorstellung von Amazon und Co. Amazon belauscht uns zukünftig permanent mit seinem Raumlautsprecher „Echo“. Seit 2014 bietet Amazon dieses selbst-entwickelte intelligente Abhörsystem an: Ein mit hochempfindlichen Mikrofonen bestückter Zylinder steht irgendwo zentral in der Wohnung und lauscht ständig in Erwartung des Codeworts „Alexa“, mit dem Assistentin Alexa dann auf Zuruf für uns auf Suche ins Internet geht, online einkauft, oder andere Dinge für uns regelt. Die erfolgreichen Vorbilder in Form von Smartphone-Apps sind Apples „Siri“ oder Googles „Now“.

Disruption und Monopol

Wer Amazons Entwicklung verfolgt, kommt kaum hinterher: das Unternehmen wächst schnell, aggressiv und in unerwartete Richtungen. Deutlich wird, dass die Vision des „Allesverkäufers“ (Stone 2013) sich nicht nur auf die Umwälzung des Buch- oder Einzel- und Versandhandels bezieht. Amazons Plattform zeigt ähnlichen wie Share Economy Protagonisten AirBnB (Übernachtungen) oder Uber (Fahrten) die Gesetzmäßigkeit der radikalen Machtkonzentration im Netz: „The winner takes it all.“ Der größte Anbieter der Branche macht alleine das Geschäft, es macht keinen Sinn, zwei Amazons zu haben. Hierfür wirkt der Netzwerkeffekt, bei dem ein großes Angebot und eine große Nutzer*innenschaft selbstverstärkend für eine weiter steigende Attraktivität der Internet-Plattform sorgen – scheinbar ungebremst, da Dienstleistungen im Netz ohne Zusatzkosten quasi ortsunabhängig organisiert werden können. Ein Phänomen mit dramatischen Konsequenzen für die Arbeitswelt. Im Einzelhandel fallen durch die erdrückende Dominanz von Amazon allein in Deutschland zehntausende Jobs weg – wahrscheinlich ein Vielfaches der bei Amazon neu geschaffenen Stellen.



Der verdrängende und zerstörende Charakter von Amazons Marktstrategie wird am Beispiel des Buchhandels und des Verlagswesens besonders deutlich. Durch einen erbarmungslosen Preiskampf insbesondere in Ländern ohne Buchpreisbindung und die bequeme und schnelle Zustellung hat Amazon reihenweise Buchhandlungen aus dem Geschäft gekickt. Jetzt beginnt Amazon mit eigenen, in der realen Welt begehbaren Book Stores den so „bereinigten“ Offline-Markt für Bücher zu erobern. In der Phase der Koexistenz werden der Konkurrenz zerstörerische Bedingungen für eine gute Platzierung ihrer Angebote auf Amazons Webseite aufgenötigt. Das funktioniert deshalb so problemlos, weil für viele Amazon der Quasi-Standard für ihre Shopping-Suchmaschine ist. Als Verleger bietet Amazon Autor*innen an, ihre Werke zu derzeit günstigen Konditionen im self-publishing-Verfahren bei Amazon direkt zu verlegen. Ob diese Konditionen bleiben, wenn Amazon auch diesen Markt „gesäubert“ hat, darf bezweifelt werden.

Was tun?

Die Fragen, die wir in diesem Artikel aufgeworfen haben, sind weder neu noch werden sie von uns als erste gestellt: Seit mittlerweile fast zehn Jahren kämpft ein leider noch zu kleiner Teil der Arbeiter*innen an deutschen Amazon-Standorten darum, nicht als Teil der Maschine angesehen und behandelt zu werden, sondern angemessene Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu erhalten. Diese Aktiven organisieren sich mehrheitlich in der Gewerkschaft und vernetzen sich – auch völlig autonom – international mit Kolleg*innen aus Frankreich, Italien, Spanien und Polen. In verschiedenen deutschen Städten wie Kassel, Leipzig und Berlin haben sich zur Unterstützung dieser Kämpfe Solidaritätsbündnisse gebildet, die die Vernetzungsbemühungen unterstützen und zeitgleich zu Streiks Öffentlichkeit herstellen. Im Sommer 2014 unterschrieben 1500 deutschsprachige Schriftsteller*innen wie Juli Zeh einen Protestbrief an Amazon, in dem sie dem Konzern Erpressung vorwarfen. Gleichzeitig riefen sie die Verlage dazu auf, sich zu organisieren und sich nicht dem Monopolstreben zu unterwerfen. Parallel dazu wurde ein Protestbrief in den USA von 909 Schriftsteller*innen wie Stephen King publiziert. Schriftsteller*in 3.0 müsse bedeuten, sich neben dem Schreiben gesellschaftspolitisch gegen Konzerne wie Amazon zur Wehr zu setzen, äusserte eine der Organisator*innen der Proteste Nina George. Clickworker*innen auf Mechanikal Turk und Co haben mittlerweile eigene Plattformen zur Vernetzung und Bewertung von Auftraggeber*innen gegründet.

Wir begrüßen all diese Initiativen und wünschen uns mehr davon. Amazon bietet sich hierfür besonders an. Denn neben den Eigenheiten des Unternehmens ist auch klar, dass es nicht nur um eine Kritik an einem Unternehmen geht. Denn in Zeiten, in denen mit den Hartz IV-Reformen Deregulierung und Druck auf Arbeitnehmer*innen und Erwerbslose enorm gestiegen sind, in denen seit Jahren Arbeitsschutz-Lockerung voran getrieben werden, wo die staatliche und privatwirtschaftliche Überwachung weit fortgeschritten ist, ist Amazon eine Art Prototyp: es verstärkt ohnehin vorhandene Tendenzen spürbar und präsentiert diese

in Reinform. Es besteht dringend Handlungsbedarf und die beschriebenen Entwicklungen geben der radikalen Linken Hausaufgaben auf. Eine gemeinsame Diskussion unserer Analyse, Bewertung, von Definition von Partner*innen im Kampf gegen dieses Unternehmen und seine Vorgehensweise sowie die Entwicklung von Strategien der Gegenwehr sind geboten!

Somit kehren wir zum Ausgangspunkt zurück: jede Innovation von Amazon bringt auch Ansatzpunkte für die Intervention: Stellt Euch vor, die streikenden Kolleg*innen erhalten im Vorweihnachtsgeschäft massive Unterstützung von „draußen". Stellt Euch vor, an einem der Amazon-Standorte – jetzt auch fahrnah in diversen Innenstädten wie München, Berlin und demnächst wohl auch Dortmund und und und ist für einen Tag lang keine Auslieferung möglich, weil die Zufahrt verstopft ist. Stellt Euch vor, das Kaufportal der Amazon-Webseite liegt lahm. Stellt Euch vor, es gibt ein kollektiv formuliertes NEIN, das sich dem Prinzip Amazon entgegenstellt – deutlich wahrnehmbar für Amazon-Chef Jeff Bezos und all seine Nachahmer*innen – das wäre eine antikapitalistische (Weihnachts-) Überraschung!

Wir wünschen uns nicht nur zu Weihnachten Widerstand von A-Z.

Das Prinzip Amazon angreifen!

Die Zukunftsvision Amazon zerstören!

AG Amazon Attack

Tails-Broschüre 3. überarbeitete Auflage

Neben weiteren neuen Texten hat die Gruppe *capulcu* Anfang Juni die dritte überarbeitete Auflage der Broschüre *„Tails – The amnesic incognito live system"* aus der Reihe *„Hefte zur Förderung des Widerstands gegen den digitalen Zugriff"* herausgebracht.

Da sich beim Tails-Betriebssystem einiges verändert hat, empfehlen die technologiekritischen Hacker*innen die neue Broschüre. Ihr bekommt das Heft gedruckt ab Anfang Juli in eurem Infoladen oder bei capulcu.blackblogs.org .

(Das pdf zum Selberdrucken findet sich unter *https://capulcu.blackblogs.org/neue-texte/bandi*)

„Das vorgestellte „Live-Betriebssystem" Tails mit seinen auf Anonymisierung ausgerichteten Werkzeugen hält uns bei elementaren politischen Tätigkeiten, nämlich bei der Kommunikation, der Recherche, dem Verfassen und der Veröffentlichung von sensiblen Dokumenten „eine Weile über Wasser".

Immerhin hat Edward Snowden damit (auch nach seinem Abtauchen) kommunizieren und publizieren können, ohne seine Aufenthaltsorte zu offenbaren. Erfreulicher Weise arbeiten mittlerweile viele Journalist*innen zum Schutz ihrer Informant*innen mit Tails. Für viele politische Aktivist*innen weltweit ist die Arbeit mit Tails quasi unumgänglich. *(zugeschickt)*

Demonstrieren ohne Smartphone wie geht das?

Aus Anlaß des kommenden Demo-reichen 1.-Mai-Wochenendes hier eine kleine Anleitung für das aufregende Erlebnis, sich ohne Handy auf die Straße zu begeben!

1. Schritt: ganz tief durchatmen

2. Schritt: mit den Leuten, mit denen Du Dich zur Demo verabredet hast, Uhrzeit und Treffpunkt ausmachen, am besten auch noch für Nachzügler*innen oder vielleicht auch „immer zur vollen Stunde links vom Lauti"

3. Schritt, kurz vor der Demo: das Samrtphone liebevoll in die Hand nehmen, es nocheinmal streicheln, um sich für ein paar Stunden voneinander zu verabschieden; das Handy bei diesem Schritt einfach anlassen, dann kann es fröhlich seinen Standort vor sich hinfunken und wird sich schon nicht alleine fühlen

4. Schritt: der WG / den vertrauten Freund*innen mitteilen, wo Du heute hingehst und ab wann und wie sie aktiv werden sollen, wenn Du nicht wie vereinbart zurückkommst

5. Schritt: eine Armbanduhr einstecken, vielleicht auch einen Stadtplan

6. Schritt: dem Smartphone noch einmal zuwinken - und die Türe hinter sich zuziehen

7. Schritt: noch tiefer durchatmen

8. Schritt, auf der Demo: die anderen am Treffpunkt finden und nochmal abchecken, ob alle Schritt 1-7 bisher erfolgreich absolviert haben und sich dann gegenseitig auf die Schulter klopfen

9. Schritt: sich auf der Demo nach der Selbsthilfegruppe „Ich-bin-auch-zum-ersten-Mal-ohne-Handy-unterwegs" erkundigen, um bei eventuellen Entzugserscheinungen (Suchtdruck!) Unterstützung zu bekommen

10. Schritt: absprechen, wie Ihr Euch wiederfindet, wenn Ihr auseinander geratet; vereinbart einen (sich wiederholenden) Treffpunkt für Nach-der-Demo

Und das Gute ist: es funktioniert wirklich!!!

So viel zur Anleitung, hier noch ein paar Argumente

Beispiel 1: für die Sicherheitsorgane sind selbst großflächige Funkzellenabfragen bei Demonstrationen ein leichtes Spiel. Eines der bekanntesten (öffentlich gewordenen) Beispiele ist die Erfassung der mitgeführten eingeschalteten Handys auf den Anti-Nazi-Protesten in Dresden im Februar 2011. Unter dem Vorwand von Ermittlungen gegen eine kriminelle Vereinigung erfasste die „SoKo 19/2" der sächsischen Polizei die Daten von etwa 1 Mio Handys. Mindestens 138.000 Telefongespräche und Kurzmitteilungen sowie der genaue Standort von allen Personen, die sich in einem bestimmten Teil Dresdens aufhielten, wurden über einen Zeitraum von mehreren Stunden ausgespäht.

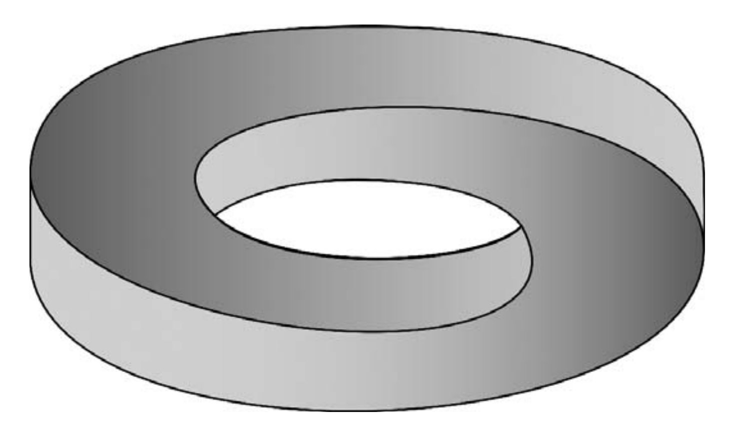
https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/die-polizei-dein-freund-und-...

oder *https://www.taz.de/!5032584/*

Es mag sich jede*r selbst überlegen, was mit diesen einmal erfassten Daten passiert

Nun mag mensch sagen: ich habe dort nix Illegales getan oder es macht mir nix aus, dass mich die Behörden als Antifaschist*in abspeichern

Beispiel 2: Im Zuge des sogenannten „Kotti-Verfahren" in Berlin sind einige Erkenntnisse zum Vorgehen des LKA bekannt geworden. In den Ermittlungen des Staatsschutzes sind verschiedene Straftaten zusammengezogen worden (eine militante Aktion vom 7. Juni 2013 während einer Spontandemonstration am Kottbusser Tor aus Anlass der Gezi-Park-Revolte in der Türkei, eine sogenannte schwere Brandstiftung am 1. Mai 2015 bei der versuchten Besetzung eines ehemaligen Kaufhauses in Neukölln sowie 13 Anschläge). Es gab in diesen Zusammenhängen Auswertungen von Funkzellenverbindungsdaten. So weit wenig überraschend.



Im Falle eines konkreten Anschlages jedoch wurden nicht nur Funkzellendaten zum Tatzeitpunkt und Tatort erfasst, sondern auch die Daten einer bestimmten Funkzelle drei Tage vor der versuchten Brandstiftung: der Platz vor der Berliner Gedächtniskirche. Der Grund hierfür könnte in einem Bekennerschreiben liegen, das Bezug nimmt auf einen Protest von Flüchtlingen an der Gedächtniskirche am 20. Mai 2014. Das LKA hat anscheinend auch für diese Kundgebung die Funkzellendaten erfasst und mit den gesammelten Telefonnummern der anderen Ermittlungskomplexe verglichen.

https://linksunten.indymedia.org/en/node/174013 und https://ea-berlin.net/update-zum-kotti-verfahren-august-2015#content

Um es nochmal deutlich zu sagen; alle Teilnehmer*innen oder auch nur Unterstützer*innen der Flüchtlingsproteste vor der Gedächtniskirche rund um den 20. Mai, die ein Handy dabei hatten oder mit den Anwesenden telefonierten, sollten davon ausgehen, nun mit ihren Namen und Adressen in Ermittlungsakten erfasst zu sein, in denen wegen versuchten Mordes ermittelt wird.

Es handelt sich hierbei um Leute, die vielleicht Schlafplätze oder Essen organisierten, die zufällig wegen der Transparente stehen blieben, um Menschen, die sich selber niemals freiwillig in eine militante Demo einreihen würden, um eine WG, die ihre Mitbewohnerin vor Ort anriefen oder oder oder...

Sind die Standortdaten eines Handys einmal von den Behörden erfasst, geschieht durch diese Stellen immer auch eine Interpretation, warum ein Handy an welcher Stelle war - unabhängig von der eigenen Absicht/ Motivation.

Es gibt also kein harmloses: „ich nehme mein Handy doch nur auf friedliche Kundgebungen/Aktionen mit".

Als **letztes Beispiel** soll hier die Massenbeschlagnahme von Mobiltelefonen in Leipzig in einem Kessel in der Braustraße nach einer linken Spontandemonstration am 15.1.2015 dienen *(https://linksunten.indymedia.org/en/node/158805)*. Beschlagnahmt wurden 150 Handys, sechs SIM-Karten, sechs SD-Karten und drei iPods. Die Maßnahme wurde mit vermeintlichem Landfriedensbruch begründet, die Polizei interessierte sich laut eigener Aussage vor allem für Fotos auf den Geräten. Hierbei benutzte sie verschiedene Technik, unter anderem des Herstellers Cellebrite, um Passwortsperren zu umgehen.

Näheres dazu hier: *https://netzpolitik.org/2016/massenbeschlagnahme-von-mobiltelefonen-in-l...*

Neben der Erfassung der Teilnehmer*innen ging es hier zusätzlich darum, Daten aus den beschlag-

nahmten Handys abzugreifen - auch hier möge sich jede*r selbst überlegen, was damit passiert.

Über die Problematik des Fotografierens auf Demos ist an anderer Stelle schon viel geschrieben worden.

Wieviele weitere Fälle von Handyerfassungen sind noch gar nicht bekannt geworden, da die Ermittlungen (noch) im Stillen verlaufen?

Wie sähe wohl die eigene Datenbank aus, in der die Anwesenheit Deines Handy auf Demonstrationen und Kundgebungen mitgeschnitten und gesammelt worden ist?

Kannst Du Dir vorstellen, dich mit deinen Freund*innen auf der Demo zu treffen, ohne, dass Ihr dafür telefonieren müsst?

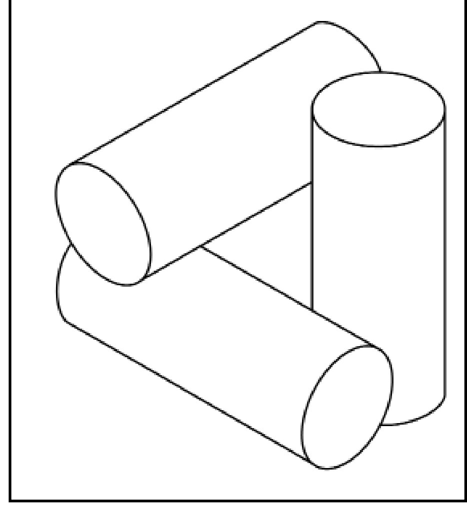
So, und jetzt das Handy an die Ladestation gestöpselt und raus auf die Straße!

(anonym)

Thessaloniki: Anarchisten übernehmen Verantwortung für die Zerstörung von Mobilfunk Antennen

Die moderne kapitalistische Gesellschaft ist eine Kontrollgesellschaft. Und zwar deshalb, weil das System mit dem endlosen und absolutem Versuch beschäftigt ist, die Normalität des sozialen Lebens aufrecht zu erhalten. Diese Kontrollbedingungen kommen nicht ohne die Überwachungstechnologie aus, so wie die technologische Entwicklung in direktem Bezug zum Fortschritt der Autorität und deren Art der Durchsetzung steht.

Staat und Kapital, als aktive Nutzer der Technologie, schärfen diese Form der Überwachung, zielen auf Profite und deren weiteren Einführung. Von den Kameras in großen Städten und öffentlichen Verkehrsmitteln zur Sicherheit jener, „die nichts zu verbergen haben" (und deshalb bevorzugen alles offen zu zeigen), zu den Kameras an Arbeitsplätzen, um unsere Produktivität und Normalität im konsumistischen Verhalten zu „sichern".



Und von den biometrischen Daten zu den persönlichen Akten (Dateien) über jede*n, die erstellt werden in Bezug zu besuchten Internetseiten, Vorlieben, gehörter Musik, gelesenen Büchern, finanziellen Transaktionen, Daten die von Großkonzernen gespeichert werden in dem sie unser Leben mit zielgerichteter Werbung für den Konsum identifizieren.

Im Lauf der Zeit, müssen wir, der technologischen Entwicklung entsprechend, uns mit Erfindungen beschäftigen, die bewusst oder nicht, der Repression dienen. Das ist eine logische Konsequenz, seit ein bedeutender Teil der Forschung in diesem Bereich vom Staat und internationalen Behörden finanziert und geführt wird, so wie von multinationalen Firmen, die ihre Bemühungen für Absicherung und Gewinnproduktion lösen.

Letztendlich haben wir eine ganze Industrie, die an der Entwicklung fortgeschrittener technologischer Systeme zur Kontrolle und Repression arbeitet, die von Waffensystemen in Kriegssituationen bis zu technischen Mitteln zum Schutz des Regimes gegen innere Feinde reicht.

Die letzteren beinhalten Crowd – Control Systeme (Wasserwerfer, Schallkanonen etc.), Kameras und geheimdienstliche Nachrichtentechnik zur Erstellung von Falldaten Sammlungen und Zusammenhängen, der Entwicklung von Techniken zur Auslese von Verdächtigen durch biometrische Eigenschaften (Fingerabdrücke und DNA), ebenso zur technologischen Aufrüstung von Gefängnissen.

Trotz der unterschiedlichen Arten, haben sie ein gemeinsames Ziel: einerseits Schaffung einer Atmosphäre der Angst durch das Bild eines allmächtigen Staates, auf der anderen Seite sollen jene diszipliniert werden, die sich nicht auf die Aufforderungen der Herrschaft zum sozialen Frieden einlassen.

Ein Pfeiler des technologischen Fortschritts der letzten Jahrzehnte war auch die Entwicklung im Telekommunikationsbereich, notwendig für Kontrolle und reibungsloses Funktionieren im technisch-industriellen System. Moderne Kontroll- und Repressionssysteme basieren auf und werden unterstützt von Telekommunikationstechnologie.

Telekommunikationsfirmen nutzen unseren „Bedarf" an Kommunikation und Vernetzung in und ausserhalb städtischer Zentren, sie zeichnen unsere Gespräche auf, ebenso unsere Positionen durch GPS. In guter und makelloser Zusammenarbeit mit relevanten staatlichen und privaten Organen, erlauben sie jederzeit die

kollektive Aufhebung des Telekommunikationsgeheimnisses, sich auf die nationale Sicherheit berufend und sie unterstützen oft das Erstellen von Anklagen gegen Kämpfer*innen auf der Grundlage von Abhörmassnahmen.

Unter anderem war Vodafone 2006 verantwortlich für massive Abhöraktionen, während sie heute mit Group4 Security und dem Justizministerium zusammenarbeiten, um elektronische Überwachungssysteme für Gefangene und die elektronische Fußfessel zu implementieren. Genauso wie OTE (Telekom) die nötigen materiellen und technischen Infrastruktren für das operative Programm „Poseidon 2010“ von Frontex für die Küstenüberwachung stellt.

Im Namen des Profits sehen Telekommunikationskonzerne die Luft als ihr Herrschaftsgebiet, errichten mehr und mehr getarnte Antennen auf Hausdächern, deren Besitzer großzügig entschädigt werden.

Das Niveau der gesendeten Strahlung steigt kontinuierlich an, auf Grund des steigenden Bedarfs an Vernetzung und auch wegen schnellerer Übertragungstechnologien und das wurde auch bereits von der Weltgesundheitsorganisation als möglicher Krebsverursacher benannt.

Am 5. Februar zerstörten wir 3 Vodafone Mobilfunkmasten, 1 OTE und 1 WIND Mobilfunkantenne auf Hausdächern in Faliro, Botsari und Papanastasiou, indem wir sie mit Brandbeschleunigern anzündeten. Und am 7. Februar zertrümmerten wir eine Vodafone Funkantenne an der Fassade eines Appartement Gebäudes in Kato Toumba.

Das ist eine Widerstandshandlung gegen die immer weitere Steigerung von Kontrolle, die Eingebettet ist, in den fortgesetzten Kampf gegen Mobilfunk Antennen. Unsere Aktion ist den Genossen T. Theofilou und G. Tsironis gewidmet, deren Prozess am 5. und 24. Februar stattfindet (auf unbestimmte Zeit verschoben).

P.S. Wir verstehen den Widerstand gegen soziale Kontrolle als wichtigen Teil eines vielseitigen und andauernden anarchistischen Kampfes und begrüssen die Initiative von Genossen in Volos zur „Zerstörung von Kameras“.

Anarchisten

+++ Antira +++

NoBorderCamp Thessaloniki 15.-24. Juli 2016

Der Neoliberalismus hat sich heute weltweit durchgesetzt. Es wird immer deutlicher, dass sich die kapitalistischen Verhältnisse auf diese Art zugespitzt und dass Nationalismus und das Patriarchat sich gleichzeitig verstärkt haben. Zäune und Grenzen werden sowohl im physischen Raum wie auch in den sozialen Beziehungen und entlang der Identitäten der Menschen errichtet. Trotz alledem produzieren die Bewegungen und grenzüberschreitenden Kämpfe der Migrant_innen ständig Brüche im System und ebnen den Weg in eine bisher unerforschte Welt.

Konkret vereinfachen zwischenstaatliche und überregionale Verträge die Zirkulation von Kapital und Waren. Sie liberalisieren weiter Märkte, befördern den Freihandel, schaffen Zollgrenzen ab und sichern das Recht auf Eigentum der Besitzenden ab. Gleichzeitig wird der vorige Gesellschaftsvertrag umgeworfen, der soziale Staat wird abgebaut und der neoliberale Staat nimmt die Rolle des Managers und Partners der Unternehmen an. Er erhält lediglich seine militärischen und repressiven Apparate, seine Exekutiv-, Gesetzgebungs- und Verwaltungsmacht aufrecht. Die sogenannte „unsichtbare Hand des Markts“ braucht diesen Staat; er erschließt und reguliert die Märkte. Parallel dazu nehmen patriarchale Verhältnisse, Rassismus und Faschismus zu und werden zur Unterwerfung und Kontrolle der Bevölkerung funktionalisiert.

Diese Prozesse wurden schon vor Beginn der aktuellen „Krise“ und werden auch weiterhin während ihres Verlaufs von sozialen Kämpfen in der Form von Riots, Aufständen, Kampagnen und Bewegungen grundlegend infrage gestellt. Beste Beispiele dafür sind der Aufstand in den Pariser Banlieues vom November und Dezember 2005, die Oaxaca Kommune 2006, der Aufstand vom Dezember 2008 in Griechenland, der Arabische Frühling 2011, die Indiganos-Bewegungen in Spanien und Griechenland 2011, die Riots in London 2011, die Occupy-Bewegung in den USA 2011 und 2012, die Gezi-Bewegung in Istanbul vom Juni 2013, der brasilianische Frühling von 2013, die Revolten in Bosnien und anderen Balkanländern in den Jahren 2013 und 2014.

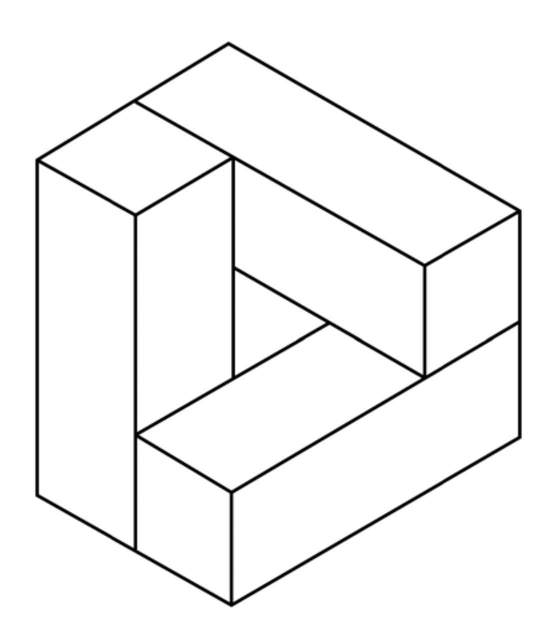
Das globale wie lokale Kapital reagiert auf die aktuelle strukturelle Krise des Kapitalismus, die von den Einen als Überakkumulationskrise, von den Anderen als Produkt des Ungehorsams der Bevölkerung interpretiert wird, mit einer Doppelstrategie. Es errichtet und legitimiert den Ausnahmezustand und befördert den „Totalitarismus des 21. Jh.“, die totale Kontrolle der

gesellschaftlichen Aktivitäten und der Naturverhältnisse, um sich so gegen die gesellschaftlichen Widerstände zu rüsten. Parallel dazu geht das Kapital in die Offensive. Es zwingt vor allem in den Ländern des globalen Südens großen Teilen der Bevölkerung eine verallgemeinerte Austerität auf, es dereguliert die Arbeitsbeziehungen und schließt die Menschen von den Gemeingütern (Commons) aus.

Darüber hinaus werden die neue kapitalistische Landnahme, der Landraub, die Ausbeutung der Naturressourcen, die Enteignung der Produktions- und Reproduktionsmittel vorangetrieben. Die kapitalistische Restrukturierung findet auch in den sozialen Beziehungen, den gesellschaftlichen Werten, der Sinngebung und den Kommunikationsweisen der Bevölkerung statt.

Diese Herrschaftsstrategie wird in den Ländern der kapitalistischen Peripherie (Naher Osten, Nordafrika) noch aggressiver verfolgt. Die Ausweitung der Militäroperationen und -interventionen der westlichen Allianz und anderer Kräfte (z.B. Russland) zerstört diese Gesellschaften auf Jahrzehnte und schafft die geeigneten Bedingungen für das Aufkommen politischer und anderer Bewegungen, die für absolutistische Herrschaftsweisen, die Militarisierung der Gesellschaften, das Patriarchat und religiösen Fundamentalismus einstehen. Auf diese Weise wird die Disziplinierung der lokalen Bevölkerung erreicht, die Transformation der sozialen Strukturen beschleunigt und die ungehemmte Warenzirkulation im Rahmen der Weltwirtschaft abgesichert.

Diese Strategie der Landnahme und des Raubs wurde die letzten Jahre in den Ländern des europäischen Südens über Austeritätsprogramme und in den Ländern des Arabischen Frühlings über Krieg, religiösen Fundamentalismus und die Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse umgesetzt. In der Folge ist ein erheblicher Teil der Bevölkerung dieser Länder



dazu gezwungen, sein Zuhause zu verlassen. Die Menschen, deren Umwelt und soziale Umgebung zerstört wurde, migrieren, überqueren Grenzen, Zäune, Stacheldraht, Flüsse, Meere, Minen und Polizei-Patrouillen. Sie werden von Menschen-Schmugglern ausgebeutet, in Internierungslager gesperrt und sind anschließend in den meisten Fällen dazu gezwungen, Arbeit zu suchen und das unter den schlimmsten Bedingungen (Schwarzarbeit, unbezahlte Arbeit). Einige Migrant_innen werden sogar in die Zwangsprostitution und den Menschen- und Organhandel getrieben. Oder sie bleiben arbeitslos und werden Teil der industriellen Reservearmee.

Während sich die kapitalistischen Verhältnisse zuspitzen, das Patriarchat und der Nationalismus immer weiter verstärken, schränken neu errichtete Zäune die Bewegungsfreiheit der Menschen ein. Aus den Trümmern der anhaltenden Krise erhebt sie die Festung Europa mit ihrer repressiven Politik des Polizeistaats, der Kontrolle, der Inhaftierung, der Abschiebungen, der Illegalisierung und Kriminalisierung der Migrant_innen. Die militärischen und Polizei-Operationen intensivieren sich, die NATO übernimmt eine zentrale Rolle, es wird künstlich in Migranten und Flüchtlinge unterschieden und die Internierungslager, Hot Spots und Abschiebelager werden in der Verwaltung der migrantischen Bevölkerung zur Regel.

Die Bewegung der Migrant_innen aus Afrika und Europa in Richtung Europa lässt all das jedoch nicht unverändert. Denn sie stellen die Grenzen, staatlichen und supra-staatlichen Politiken praktisch in Fragen. In den letzten Monaten haben Hunderttausende von Menschen die Grenzen überwunden und wurden dabei von einer breiten Solidaritätsbewegung unterstützt. Ihre Bewegung zeigt, dass sich ihr Einfallsreichtum, ihre Wünsche, sozialen Beziehungen und Träume nicht einsperren lassen, sondern die Macht haben, Grenzen und Zäune zu überwinden. Ihre Bewegung zeigt außerdem, dass die Gründe der Migration zumeist im komplexen Schnittfeld von Klassen-, Geschlechter-, nationaler, kultureller und religiöser Diskriminierung und Unterdrückung liegen.

Die zur Migration gezwungenen Menschen entwickeln Überlebensstrategien, neue Fähigkeiten und Beziehungen zu und mit anderen Migrant_innen, aber auch Netzwerke mit denen, die zurückbleiben. Daher halten wir die Ansicht, dass Staat, Kapital, Patriarchat und Rassismus die Menschen vollkommen beherrschen und dass die Migrant_innen einfach bloß hilfe-, mitleids- und rettungsbedürfte Opfer seien, für falsch. Sie unterwerfen sich nicht den miteinander verschränkten Herrschaftsverhältnissen (Kapital, Patriarchat, Rassismus usw.) und der staatlichen und internationalen Kontroll- und Disziplinierungspolitik, sondern widersetzen sich ihnen und tragen so zu ihrer Überwindung bei.

Angesichts all dessen müssen wir eine klare Position beziehen.

In den letzten Monaten sind Migrant_innen und Solidarische im Kaleidoskop der Krise zusammengekommen. Diese Begegnungen und Kämpfe müssen gestärkt werden, stabile Strukturen annehmen und den herrschenden Verhältnissen die Freude und Anziehungskraft der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe entgegensetzen.

Aus diesen Gründen haben wir uns dazu entschieden, im Sommer ein internationales No Border Camp in Thessaloniki zu organisieren.

Die Wahl Thessalonikis scheint uns von großer Bedeutung, da die Stadt sich im Brennpunkt der Auseinandersetzungen um die Kontrolle und Verwaltung der Migration und Bewegungsfreiheit befindet. Thessaloniki liegt in Nordgriechenland, in der Nähe der Grenzen zu Albanien, Makedonien und Bulgarien. In der Umgebung der Stadt befinden sich zahlreiche Internierungs- und Abschiebelager. Zudem haben sich in den vergangenen Monaten sowohl in Nordgriechenland wie auch in der weiteren Balkan-Region Solidaritätsinitiativen und -netzwerke gebildet, die die Organisation des No Border Camps stärken und von ihr gestärkt werden können. Zu guter Letzt, halten wir Thessaloniki sowohl aufgrund des erklärten Wunsches vielfältiger lokaler politischer Kollektive nach Vernetzung als auch aufgrund der verfügbaren Strukturen für den geeignetsten Ort für ein globales und internationales No Border Camp.

(Das NoBorderCamp)

Viele von euch haben bestimmt von der Aktion am Brenner gehört. Wir haben hier u.a. den Aufruftext abgedruckt, weil er viele spannende Gedanken zur derzeitigen globalen Situation enthält. Obwohl dieser Text von abbatterelefrontiere auch einige Gedankengänge vollzieht, die in Debatten in Deutschland eher nicht konsensfähig sind, wollen wir ihn euch nicht vorenthalten und hoffen, auch wer sich ärgert, liest doch bis zum Ende. (ab)

Die Grenzen bekämpfen
Am Brenner und überall

Warum will der österreichische Staat unter Mithilfe des italienischen Staates die Grenze am Brenner schließen?

Weil Frauen und Männer zu „Immigranten“ werden wenn Millionen von Menschen entwurzelt werden und gezwungen werden wegzuziehen.

Die Gründe für all das sind keineswegs mysteriös. Und sie sind nicht immer der Brutalität von Bomben geschuldet. Eine ganze Fischergemeinde aus dem Senegal findet sich ohne Mittel sich zu erhalten wieder, weil große Fischereien sie des Fischbestands beraubt haben. Eine Gemeinde von indischen Schäfern muss siedeln weil ihr nomadisches Leben von Pumpbrunnen erschüttert wurde, die mit Dieselmotoren angetrieben werden: sesshaft geworden durch die exportierte Technologie der sogenannten grünen Revolution. Ist das Grundwasser einmal erschöpft, wissen sie nicht mehr wie man unter Wassermangel überlebt, wie sie es jahrhundertelang gemacht haben. Hunderttausende von chinesischen Bauern sind gezwungen in die Stadt zu ziehen weil der Bau eines riesigen Damms ihr Land überschwemmt hat.

Es gibt immer mehr Fremde auf der Welt. Die erzwungene Mobilität trifft alle Kontinente. Nur ein kleiner Prozentteil versucht Europa zu erreichen. Die Flüchtlingscontainer zwischen Österreich und Slowenien oder zwischen Griechenland und Mazedonien – genauso wie der „Jungle“, der vor Kurzem mit militärischen Mitteln in Calais zerstört wurde – tragen die Lebensumstände von Millionen von Menschen, die in den Slums der Welt leben, in das Herz des Westens. Eine Welt, die eine große Ansammlung von Ghettos ist. Die Grenzen machen das explizit was die kapitalistische Organisation der Gesellschaft de facto ist.

Weil in der Geschichte nichts überwunden wird – im Gegensatz zu dem was uns die Ideologie des Fortschritts erzählt: die Widersprüche werden umgeschichtet, Elemente aus der Vergangenheit werden integriert und angepasst.

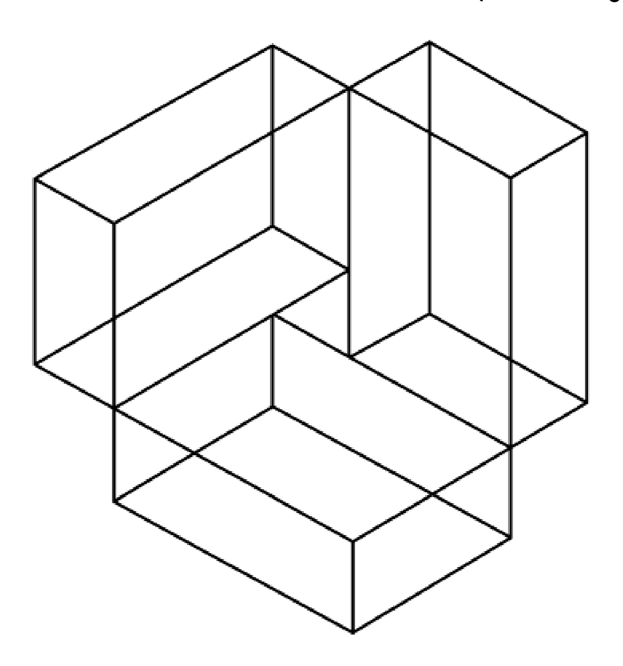
Auch wenn bestimmte totalitäre Lösungen für eine Zeit zu verschwinden scheinen, früher oder später tauchen sie woanders mehr oder weniger maskiert wieder auf. So wie der riesige militärisch-industrielle Apparat, der von der sogenannten freien Welt erschaffen wurde gegen die Barbarei der Nazis und Faschisten. Er hat zum Bombardement von Dresden geführt hat und zur atomaren Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki. Wir können auch sehen wie das was die Demokratien den kolonialisierten Gesellschaften auferlegt haben mit neuem Anstrich zurück kommt. Zwischen Ende der 90er und Anfang der 00er-Jahre haben verschiedene Staaten auf ihrem eigenen Territorium die Verwaltungshaft eingeführt: eine typische kolonialistische Vorgehensweise. Ohne irgendeine Straftat begangen zu haben, werden tausende Ausländer*innen monate-

oder jahrelang eingesperrt, weil sie arm sind und ohne Dokumente. Sie sind unerwünscht geworden. So wie in Südafrika und in Kuba Ende des 19. Jahrhunderts. Wie in Deutschland in den 30ern oder in den USA in den 40ern. Wenn doch die westlichen Demokratien – sowohl rechte als auch linke Regierungen – dem israelischen Staat schon die Verwaltungshaft nachgemacht haben, warum wundert man sich dann wenn sie jetzt auch die Mauern, den Stacheldraht und die Stahlschutzwände nachmachen? Wenige – wirklich wenige – haben es als ihre Sache gesehen, als sich Jurist*innen fragten ob es denn legal sei Menschen einzusperren, die keinerlei Verbrechen begangen haben; als in den „Zentren des zeitweiligen Aufenthalts" (ital.: „centri di permanenza temporanea": hier sieht man die totalitäre Sprache des technischen Euphemismus bei der Arbeit!) die „Gäste" die Käfige zerstört haben und entschlossen gekämpft haben. Jede Maßnahme zur Zurückdrängung und Repression nimmt sich Raum und Macht wenn ihr nichts entgegengesetzt wird. Wenn sich die Widerwärtigkeit als „technische Lösung" verkleidet und die Politik sich als reine Verwaltung präsentiert, dann ist die einzige Logik, die sich durchsetzt, jene der konkreten Handlung. So werden die vorgegebenen Unterschiede zwischen Links und Rechts nichts weiter als ein grotesker Tanz.

Dieser Logik von der Verwaltungshaft – die in Italien 1998 von einer linken Regierung eingeführt wurde – folgend, sind wir an dem Punkt angelangt zu akzeptieren, dass die Grenze am Brenner geschlossen wird, wie es der österreichische Staat so will. Übrigens, Minister und Polizeichefs von Tiro (Tirolo del Nord) haben angegeben, dass Barrieren und Stacheldraht genau das sind: eine technische Lösung. Es ist wie in dieser Geschichte: nur das Schwert kann die Knoten auflösen, deren Bildung die Gleichgültigkeit zugelassen hat.

Weil die „Abwicklung der Migrationsströme" ein rücksichtsloses Strategiespiel ist.

Am 24. Februar diesen Jahres hat die österreichische Regierung Regierungsvertreter*innen der Balkanstaaten (Albanien, Bosnien, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Serbien, Slowenien und Mazedonien) nach Wien geladen, um die Rückführung von Geflüchteten und die Schließung dessen zu koordinieren, was wir Balkanroute nennen. Bei dem Treffen wurden keine Vertreter*innen der Griechischen Regierung eingeladen. Eine Woche später, am 1 . März, haben sich die Polizeichefs der Westbalkanstaaten (Mazedonien, Serbien, Kroatien und Slowenien) in Belgrad mit Vertreter*innen der holländischen und ungarischen Regierung getroffen. Diese Treffen befriedigen das Bedürfnis der EU-Staaten, sicherere Außengrenzen zu haben, die von der Polizei verschiedener Staaten kontrolliert werden. Und sie befriedigen das Bedürfnis der Balkanstaaten ihre reichen Onkels um Geld zu bitten. Um genau zu sein: wie in einem Schreiben aus Skopje an die EU-Länder offengelegt wurde, hat Mazedonien nach technischen Apparaten und Baustrukturen gefragt „um die Außengrenzen zu schützen". Um die Südgrenze zu schützen hat das Land um folgende Dinge gebeten: Material um eine Sicherheitsbarriere von 300km zu errichten und ein Lager um 400 Geflüchtete unterzubringen, Gerätschaft für die Kontrolle von Menschenmengen (equipment for crowd control), sowie Rauchgranaten, Gummigeschosse, Pfefferspray und andere nicht spezifizierte Abschreckungsmaßnahmen. Unter den Mazedonier*innen ist die Sorge verbreitet, dass dieses Equipment für die interne Repression verwendet werden könnte – da im Juni gewählt wird und es große Spannungen gibt zwischen Regierung und Opposition. Währenddessen hat am 20. Februar in Dimitrovgrad (Serbien), vor allem für Afghan*innen ein Eintrittspunkt in die Balkanroute, das Zentrum für Identifikation aufgehört zu arbeiten. Wenn die serbische Polizei nun Geflüchtete aufgreift, schickt sie sie nach Bulgarien zurück. Sie macht das gleiche an der Grenze mit Mazedonien, wo im Lager

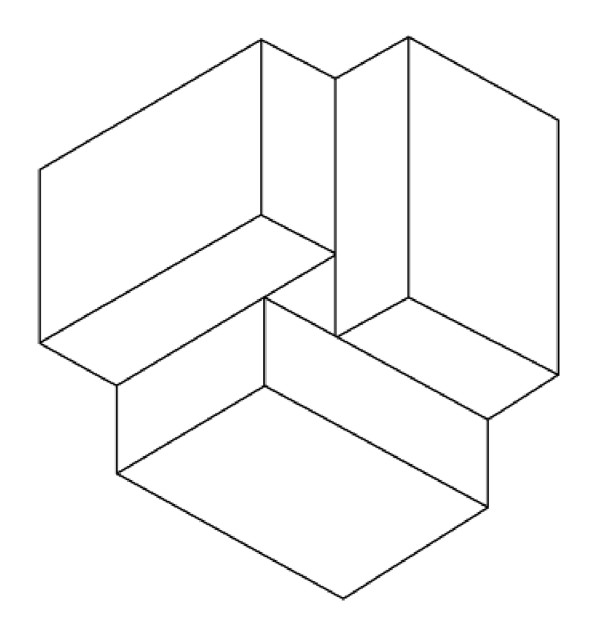


von Tabanovce 700 Geflüchtete festsitzen, die Griechenland nicht wieder annimmt. Seit sie die Grenzen geschlossen haben, ist das Lager in Idomeni auf die erschreckende Zahl von 14.000 Personen angewachsen. In Idomeni gibt es kein Flüchtlingslager, das vom griechischen Staat geführt wird, wie zum Beispiel jenes, das südlich von Athen in einem Flughafen eingerichtet wurde, der 2001 aufgelassen wurde. Dort befinden sich fast drei tausend Personen, die in sehr prekären Umständen leben, weit weg von den Augen der Stadt. Es ist das Calais des Südens. Beim Treffen vom 1 . März hat Griechenland sich geweigert teilzunehmen und begonnen Busse zu organisieren, die nicht mehr nach Idomeni fahren, sondern Richtung Albanien, von wo aus die Geflüchteten versuchen Nordeuropa über Italien zu erreichen – über den Brenner. Die italienische Polizei hat bereits etwa dreißig Beamte entsendet um mit Tirana bei den Rückführungen zusammenzuarbeiten. Für diejenigen, die es aber schaffen, das kurze Stück Meer zwischen Albanien und Puglia

zu überqueren, überlegt sich die Regierung Lager in Otranto und Melendugno einzurichten – die beiden nächstgelegenen Landemöglichkeiten. In Ottrano gibt es bereits ein Flüchtlingslager, das früher verwendet wurde und immer noch in Betrieb ist: Don Tonino Bello. Nennen wir es Ironie der Geschichte, dass Melendugno jene Stelle ist, wo die Transadriatische Pipeline TAP in Italien ankommt. Wir haben also die Augen verschlossen vor dem Massaker des syrischen Volkes um weiter Geschäfte zu machen und uns weiter mit Gas zu versorgen. Aber wir blockieren jene, die vor diesem und anderen Kriegen fliehen, wenn wir mit den Konsequenzen unserer Handlungen konfrontiert werden. Addio Balkanroute, Welcome Adriaroute.

Weil es eine dreckige Arbeit ist, aber jemand muss sie ja machen.

Am 15. Juni 1990 hat die europäische Gemeinschaft das Dubliner Übereinkommen für eine groß ange-



legte Harmonisierung der „Asylpolitik" unterzeichnet. Das Übereinkommen wurde 2003 durch die Dublin II Verordnung ersetzt, und 2013 mit der Dublin III Verordnung weiter reformiert. Der Untertitel lautet: „Verordnung [...] zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist". Es geht nicht darum das Asylverfahren zu verbessern, sondern es handelt sich um einen Weg die Kontroversen unter den Staaten zu begleichen, die sich darüber gestritten haben – und weiter streiten – wer sich um Menschen kümmern muss, die vor den Gräueltaten genau dieser Staaten fliehen. Die zwei Novellen des Dubliner Übereinkommens und die letzten Geschehnisse – die Aufhebung von Schengen durch viele europäische Staaten, die Stacheldrahtpolitik, die diese Staaten seit Monaten vorantreiben, die Vereinbarung zwischen Türkei und EU – sie zeigen uns wie die erklärten Ziele und ihre Effekte nicht erreicht wurden. Die Umsetzung von Dublin hat sinnlose und unüberwindbare Hürden für jene mit sich gebracht, die vor Kriegen flüchten, oder die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Sie hat bürokratische Verzögerungen mit sich gebracht, Inhaftierungen, die Trennung von Familien und praktisch die vollkommene Negierung der Freiheit von jenen, die gezwungen sind zu fliehen. Klarerweise wird die Frage ob eine Person gezwungen ist vor Krieg oder politischer Verfolgung zu fliehen sowieso vom internationalen Recht entschieden, das eiserne Kriterien festgelegt hat um zu definieren wann ein Land im Krieg ist: wenn eine Person, die sich der Festung Europa annähert, nicht als solche anerkannt wird, gilt sie schlicht als Illegale, die abgeschoben werden muss. Der katastrophale Versuch mit dem Recht das gerade zu biegen was durch strukturelle soziale Gründe schief ist, hat zum Wiederaufbau der internen Grenzen geführt; zu Stacheldraht, zu Militärs die Gesichtskontrollen durchführen und auch zu einem wahrhaftigen Plan für Abschiebungen und Lager, welche die Vereinbarung der EU mit dem faschistischen Regime von Erdogan darstellt. Denn für Europa war die Türkei nie genug Demokratie um ein Teil davon zu werden, aber sie ist ein kostbarer Partner, wenn es darum geht aus der Festung ausgewiesene Personen wieder aufzunehmen gegen die Belohnung von drei Milliarden Euro (manche Quellen sprechen von sechs Mrd. Euro; Anm. d. Übers.) – das alles unter der Optik von offensichtlichem Gefeilsche. Nun, um das was vom guten Namen der Union übrig ist aufrecht zu erhalten, darf sie sich nicht alleine mit der dreckigen Arbeit beschäftigen. Sie braucht jemanden, der im Gegensatz zu ihr es nicht notwendig hat das eigene Fehlen von Skrupeln, den dreisten Gebrauch von Gewalt und die vollständige Verachtung der Freiheit zu verstecken.

Weil wir in einer Welt im Krieg leben.

Es reichen drei einfache Beispiele um zu verstehen warum Millionen von Männern und Frauen von ihren Geburtsländern weggehen, müde vom Krieg und dem ganzen ertragenen Schmerz. Das erste Beispiel ist die Situation im Nigerdelta, einem Ort der seit 1956 ausgebeutet wird wegen seiner riesigen Ölfelder. ENI ist eines jener Unternehmen, das für die Zerstörung von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft verantwortlich ist. Massaker, Vergewaltigungen und Umweltverschmutzung haben seitdem nicht aufgehört. Das fortdauernde Verschütten von Erdöl und die schlechte Wartung der Anlagen durch die ENI (und nicht nur sie), haben dazu geführt, dass alle Gewässer der Gegend verschmutzt sind, wodurch die lokale Fauna zerstört wird und somit eine der wichtigsten Nahrungsquellen der Region: der Fisch. Das hat die Bewohner*innen der Region dazu verurteilt zu hungern. Nach dem bewaffneten Widerstand der Bevölkerung vor Ort und an anderen Orten Afrikas gründen die Vereinigten Staaten AFRICOM, das regionale Kommandozentrum zur Verteidigung der Erdölquellen. Italien ist jener Staat,

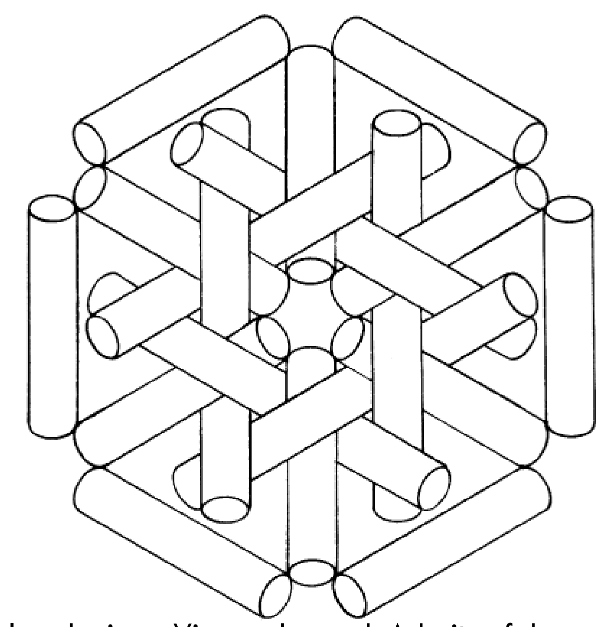
der die Militärs unterbringt, die für diese Funktion vorgesehen sind – und zwar in Vicenza und Sigonella – zwei Ausbildungsstätten für die Aufstandsbekämpfung.

Das zweite Beispiel ist die Versendung von 450 italienischen Militärs an den Tigrisdamm von Mosul im Irak. Der Damm ist extrem wichtig für das wirtschaftliche Leben und für die politische Struktur der Region. Die Zerstörung desselben würde die kapitalistischen Interessen im Land in die Knie zwingen. Den Mosuldamm zu kontrollieren bedeutet, einen Großteil der Wasserressourcen des Irak zu kontrollieren. Der Wiederaufbau des Damms wurde von einem mulitnationalen Zementkonzern aus Cesena namens Trevi durchgeführt.

Das dritte Beispiel ist Beretta, ein Konzern der Maschinengewehre an Bahrein verkauft und Finmeccanica, jener Restüngskonzern, der verschiedenste Arten von Waffen an Saudiarabien und viele andere diktatorische Regimes verkauft. Heute führen die Bomben in Syrien und Pakistan, und jene Bomben in Paris und Brüssel dazu, dass sich die Industriellen, die sich auf Krieg und soziale Kontrolle spezialisiert haben, selbstzufrieden die Hände reiben. Es ist nicht wichtig wo die Bomben fallen. Wenn sie in fernen Konflikten irgendwo Osten fallen, braucht es eine bestimmte Art von Mitteln. Wenn wir sie hingegen hier in Europa sehen, ist die Anforderung eine andere: Sicherheitssysteme, Videoüberwachung, Identifikationssysteme, etc. All das bedeutet einen Haufen Geld für diejenigen, die diese Dienstleistungen anbieten; es bedeutet Flucht und Elend für die Millionen von Verdammten der Erde, die unter den Konsequenzen leiden; und es bedeutet Kontrolle und Militarisierung für alle anderen.

Weil die Grenze nützlich ist für die Verwaltung der migrantischen Arbeitskraft.

Für einen großen Teil der Immigrant*innen stellt die Grenze am Brenner eine letzte Möglichkeit dar, auf ihrem Weg nach Norden gestoppt zu werden. Einmal aufgehalten, werden sie gemäß ihrer Herkunft in die von dem so genannten Begrüßungssystem („sistema die accoglienza") vorgesehenen Strukturen gesteckt. Immer mehr Immigrant*innen werden eingesperrt und die Strukturen erhalten immer mehr öffentliche Mittel. „Illegale" („clandestini"), „Flüchtlinge", „Asylwerber" – das sind Kategorien, die genau deshalb geschaffen wurden, weil das Geschäft der Verwaltungshaft ausdifferenziert ist. Die „Illegalen" werden in die CIE gesteckt („CIE: Centri di Identificazione e di Espulsione" = ital. Abschiebegefängnisse), die „Flüchtlinge" in die Erstaufnahmezentren („Centri di Prima Accoglienza"), die „Asylbewerber" in die Asylunterkünfte („CARA = Centri di accoglienza per richiedenti asilo"). Wer nicht eingesperrt wird, muss arbeiten – allerdings nicht legal. Die direkte Konsequenz daraus ist, dass richtige Pools von Menschen geschaffen werden, die unter extrem prekären Bedingungen leben und besonders erpressbar sind. Keines dieser Individuen landet in den Arbeitsplätzen für Weiße, sondern in jenen wo nicht



einmal nach einem Visum oder nach Arbeitserfahrung gefragt wird. Es wird nur danach gefragt, sich Arbeiten hinzugeben, die oft schwer sind, zu lächerlichen Löhnen, wo Menschen wie Dinge behandelt werden, wo sie richtig wie Sklaven gesehen werden. Die Grenze, wenn wir so wollen, wird die Menschen wieder komplett aushängen: wir werden uns das alte Gedöns vom Immigranten, der den legal Arbeitenden den Job wegnimmt, anhören müssen. Weil der Arbeitsmarkt, der sich der migrantischen Arbeitskraft bedient, nichts wissen will von anständigen Arbeitsbedingungen oder anständiger Bezahlung: kostbare Arbeitsrechte, zu denen nur wenige Zugang haben. Man interessiert sich nur für die Produktion. Die damit einhergehende Ausbeutung und Sklaverei ist Ursache und Wirkung gleichermaßen. Das landwirtschaftliche Unternehmen sichert sich so Arbeiter*innen, die bereit sind für 10 oder 20 Euro am Tag zu arbeiten. Das Bauunternehmen hat so Arbeiter*innen, die wenig anfällig dafür sind gegen mageren und verspäteten Lohn, mehr schlecht als recht montierte Baugerüste oder gegen einen Arbeitstag von 12 Stunden zu protestieren. Die Hauseigentümer*in hat Mieter*innen, die zu zehnt in einer ungesunden Wohnung leben mit Klo am Gang. Niemand von ihnen will „die Grenzen schließen"; alle wollen, dass das Hackfleisch der Grenzen und die Erpressung der Aufenthaltserlaubnis Waren produzieren die lukrativ sind und nicht rebelliert wird. Falls dann doch rebelliert wird, wie es in Rosarno geschehen ist, kümmern sich Mafia und Polizei darum alles wieder hinzubiegen. Die Staaten errichten Barrieren um, wie sie sagen, das Heranrücken all dieser Personen zu bremsen. Das was sie nicht sagen, zumindest in Italien und im Fall vom Brenner, ist, dass sie genau wissen, dass ihre Wirtschaft diese Arbeitskraft zu niedrigem Lohn auch braucht, die die Immigrant*innen garantieren. Der Staat muss sich nicht rechtfertigen oder die Rechnung bezahlen für diese Ausbeutung, da diese Menschen nie in irgendeiner Statistik zu Arbeitslosenzahlen oder Arbeitsbedingungen auftauchen. Es wird immer unsichtbare Hilfsarbeiter*innen geben. Diese Unsichtbarkeit, die alle kennen, basiert darauf,

wie egal es ist wer ausgebeutet wird, wie sehr diese Menschen absolut austauschbar sind und wie ununterscheidbar sie sind. Eben genau wie Sklaven.

Weil der kapitalistische Krieg tobt, wenn sozialer Frieden herrscht.

Zwischen 2011 und 2013 gingen Riots und Aufstände über den Planeten. Regimes, mit denen die westlichen Staaten jahrzehntelang Geschäfte gemacht hatten, sind zusammengebrochen unter dem Gewicht der populären Wut. Von Tunesien über Ägypten bis Mauretanien haben die Barrikaden die städtische Landschaft neu gezeichnet und die besetzten Plätze haben sich in Gemeinschaften verwandelt. Antizipiert von den sozialen Unruhen in Griechenland haben diese Aufstände auch bedeutenden Widerhall in Europa erzeugt: In Frankreich, in England, in Skandinavien, in Albanien, in Slowenien und für einige Tage auch in Italien. Die Jugend, die von 2012 bis heute ganze Teilbereiche der Abschiebezentren (CIE) in Italien zerstört hat, hat den Mut und die Fähigkeit sich zu organisieren während der Revolten in Nordafrika entwickelt. Und sie hat sicherlich nicht auf unsere revolutionären Theorien gewartet um zu kämpfen. Zur gleichen Zeit ist der Massenauszug von den Böden des sogenannten Arabischen Frühlings dem reaktionären Ausgang dieser Aufstände geschuldet. Daran haben sich auch die alten Kolonialmächte mit ihren Manövern beteiligt: lieber ein Militärregime oder eine islamistische Regierung als eine bewaffnete Bevölkerung. In diesem Sinn sind die Bewaffnung und Verstärkung von Gruppen wie ISIS, Massenflucht und Mauern an den Grenzen (auch) die verqueren – und faulen Früchte einer unterbrochenen und unterdrückten Aufständischen Bewegung. Und keine „Lösung" wird sich abzeichnen ohne eine internationale Wiederaufnahme von revolutionären Kämpfen.

Weil immer mehr die Einheitspartei der Polizei (im Bedarfsfall die des Militärs) regiert.

Die Schließung der Brennergrenze ist wichtiger Bestandteil einer repressiven Neustrukturierung vonseiten der europäischen Staaten. Die Polizist*innen und Militärs an den Grenzen, die in diesem Moment als notwendig präsentiert werden, – und zwar aufgrund der besonderen und nicht näher definierten Notwendigkeit die Außenfront der Festung Europa zu kontrollieren – sind bereit im Bedarfsfall auch innerhalb der Staaten selbst zum Einsatz kommen. Wir können so einen graduellen aber unerbittlichen Prozess beobachten, in welchem die gesteigerte Kontrolle im Leben aller damit gerechtfertigt wird, dass der „Notstand" als Normalität betrachtet wird.

Erinnert ihr euch an die Operation „Strade sicure" (Sichere Straßen)? Sie wurde 2008 eingeführt und war als Einsatz von Militärpersonal vorgesehen um Patrouillen und die Überwachung der Aufnahmezentren und anderer sensibler Objekte durch Polizei und Carabinieri zu unterstützen. Nach wenigen Wochen wurde es normal gepanzerte Fahrzeuge in Tarnfarben und Soldat*innen in Uniform auf der Straße, auf den Märkten und vor Bahnhöfen zu sehen. Dass sich die Menschen gefährlich schnell daran gewöhnt haben, hat dazu beigetragen, dass „Strade sicure" bis 2015 verlängert wurde und heute immer noch läuft.

Das Militär auf der Straße zu akzeptieren, rassistische Kontrollen auf den Bahnhöfen zu akzeptieren, Container und die Kontrolle von Menschenmengen zu akzeptieren wird damit gerechtfertigt und begründet in einem Moment der „Krise" zusammenhalten zu müssen. Das bedeutet einen gefährlichen Präzedenzfall wenn sich die Suche nach dem Feind auf die innere Front verlegt. Genau Bescheid wissend über den psychologischen Effekt für die Bevölkerung, wenn es eine militärische Präsenz auf ihrem Territorium gibt, hat die Nato die Gründung einer Organisation für „schnelle und entschiedene Aktionen" zu einem ihrer Hauptziele gemacht, die wie im Bericht UO-2020 (Urban Operations in the year 2020) angeführt, in Kürze erreicht werden sollen. Ein weiterer wichtiger Schritt war im Jahr 2010 – unter Schweigen der Medien – die Gründung der European Gendarmerie Force (EUROGENDFOR oder EGF). Dieser neue Körper der Polizei zusammengesetzt aus Abteilungen der Militärpolizei fünf europäischer Staaten (Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal und Spanien zu denen noch Rumänien und Polen hinzugekommen sind) – aber vollkommen unabhängig von EU-Institutionen – ist (nicht zufällig) in Vicenza stationiert, wo sich sowohl der amerikanische Militärstützpunkt von Camp Ederle befindet und das Trainingslager des Kompetenzzentrums für stabilitätssichernde Polizeieinheiten („Centro di Eccellenza per le unità di Polizia di stabilità – COESPU"). Die EUROGENDFOR ist so strukturiert, dass sie sowohl mit einer militärischen wie zivilen Befehlskette funktioniert. Bis jetzt wurde sie, genauso wie Einheiten des COESPU, nur im Ausland eingesetzt. Aber sie hat die Möglichkeit im Inneren jener Länder einzugreifen, die an der EU, der UNO oder anderen nicht näher definierten „internationalen Koalitionen" teilnehmen. Zu ihren möglichen Aufgaben zählen das Kontrollieren der öffentlichen Ordnung, die Grenzüberwachung, nachrichtendienstliche Aufgaben und die strafrechtliche Ermittlung als Unterstützung oder Ersetzung der nationalen Polizei. Emblematisch ist die Tatsache, dass die Mitglieder des EGF in keiner Weise der Kontrolle von Institutionen jener Länder unterworfen sind, in denen sie aktiv sind. Ihre Zentren und Archive können nicht eingesehen werden, die Kommunikation kann nicht abgepasst werden, Beamte und Offizielle können weder befragt werden, noch kann ihnen der Prozess gemacht werden. Sie sind nur einem Komitee der Außen- und Verteidigungsminister*innen der Mitgliedsländer verpflichtet. Der Eintritt eines Akteurs mit solchen Eigenschaften auf der europäischen und internationalen Bühne ist, neben den anderen oben genannten Elementen, ein wichtiges Zeichen dafür in welche Richtung

der Bereich Repression geht. Man sieht einen Anstieg der Militarisierung der Gebiete (und der Beliebigkeit der Bullen darin) und das ständige Hinarbeiten zur Schaffung eines Ausnahmezustands und folglich von Angst. So soll sichergestellt werden, dass die Bevölkerung akzeptiert, wie die Macht ihre Gewalt ausweitet und ihr Militär immer sichtbarer wird.

Weil man in diesem immer grauer werdenden Nebel nichts mehr erkennen kann.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es immer schwieriger wird die eigenen Feinde zu erkennen. Betrachten wir die technischen Fortschritte der Macht, wird es immer schwieriger die eigene Wut auf die Verantwortlichen dieser Misere zu richten. Aber das passiert nicht zufällig. Das Leben eines Staates ist etwas Komplexes und Widersprüchliches. Trotz seines gewalttätigsten Ausdrucks, dem Krieg, der sein Lebenssaft ist, will jeder einzelne kapitalistisch entwickelte Staat in seinem Inneren als Erhalter von Menschlichkeit und Frieden wirken. Die Macht braucht ihn, den lügnerischen Frieden, den sozialen Frieden, den Frieden der führenden Klasse und den Frieden der Reichen. Aber der einzige Weg warum dieser Frieden weiterhin besteht, ist, dass die aus der Gesellschaft ausgeschlossenen in Konkurrenz zueinander stehen.

Dass sich die Ausgebeuteten auf diejenigen stürzen, die noch ärmer sind als sie, das ist der Traum jedes Regierenden. Im Namen der Angst und der sogenannten Sicherheit wird die Militarisierung der Gesellschaft akzeptiert. Und zur gleichen Zeit wirft man einen Rauchschleier über die echten Probleme. Damit revolutionäre Hypothesen nicht mehr diskutiert werden und die Köpfe der Unterdrückten geneigt bleiben, ist es notwendig, dass diese Unterdrückten mehr damit beschäftigt sind in der Misere zu überleben, als sich von der Misere selbst befreien zu wollen. Es ist ein ideales Klima für die Staaten; dieses Klima in dem eine Kriegserklärung gegen die Ausbeutung und die Macht weitestgehend abwesend ist. In diesem reaktionären Umfeld führen Gruppen der extremen Rechten in Europa fast täglich Pogrome und gewalttätige Attacken gegen Geflüchtete aus (in Deutschland gab es hunderte Attacken in wenigen Monaten, in denen versucht wurde Asylunterkünfte in Brand zu setzen). Sie reiten so auf der Welle der Feindschaft zwischen den Armen, die der Macht ihre Ruhe ermöglicht – wie es in der Nähe von Rom und Treviso passiert ist. Sie sind sich immer klarer über die Eigenschaften der Dienerschaft und wissen genau wohin sie versuchen müssen die Wut zu lenken. In diesem Szenario findet eine Grenzmauer Rechtfertigung. Man geht auf dieselbe Welt zu, in der die Unterscheidung zwischen Bürger*innen und Fremden, zwischen Normalen und Anderen, jener Weg war, der in ein (Konzentrations-, Anm. d. Übers.)Lager geführt hat.

INITIATIVEN UND AKTIONEN GEGEN DIE GRENZEN IN TRENTINO

Bozen-Verona Am Samstag dem 4. Juli 201 5 betreten etwa 20 Gefährt*innen aus Bozen und Trient den Bahnhof von Bozen. Es werden Transparente ausgerollt und Flugblätter verteilt gegen die Bahngesellschaft ÖBB, die seit Monaten mit den Kontrollen und Rückweisungen von Geflüchteten kollaboriert. Am selben Nachmittag fand die gleiche Initiative am Bahnhof von Verona statt.

Trient Am Samstag dem 16. Jänner greifen das Einsatzkommando und die Carabinieri von Leifers ca. 60 Gefährt*innen an, die gegen einen Fackelzug der Lega Nord „gegen den Verfall" auftraten.

Trient Dienstag, 16. Februar: Eine Gruppe Gefährt*innen blockiert den 18:04-Zug der ÖBB von Verona nach München. Auf dem entrollten Transparent auf den Gleisen stand: „Sie schließen die Grenzen? Wir blockieren alles!" („Chiudono le frontiere? Blocchiamo tutto!"). Auf die Lokomotive wird „ÖBB Komplizin von Abschiebungen" („OBB complice delle deportazioni") geschrieben. Megafondurchsagen, Rauchbomben und das Verteilen von Flugblättern halten den Zug etwa eine Viertelstunde lang auf.

Trient Mittwoch, 2. März: Eine Gruppe von Gefährt*innen blockiert den 20:04-Zug der ÖBB von München nach Verona für ca. zehn Minuten. Transparente auf den Gleisen, Rauchbomben, Sprechchöre und Flugblätter, die verteilt werden. Am Ende der Blockade treffen einige Farbeier die Scheibe der ÖBB-Lokomotive. Die Blockade passiert während der Sondersitzung des Landtags zur „Brennerfrage" in Trient.

Rovereto Freitag, 1. März. Einige Unbekannte zünden Reifen auf den Gleisen südlich des Bahnhofs an. Die Feuerwehrleute unterbrechen den Strom der Oberleitungen bevor sie die Flammen löschen, wodurch die Zugverbindung eine halbe Stunde lang blockiert wird und was zu Verspätungen von zwei Stunden führt. Trient. Die Nacht des 1 7. März. Der Gemeindesaal im Clarina-Viertel wird mit Sprüchen gegen den Krieg beschmiert und die Schlösser werden verklebt. Der Saal wurde den Faschisten von Casapound zugesprochen für eine Veranstaltung zum Krieg in Syrien.

Einige Beteiligungen zur Diskussion (Dezember 2015 bis März 2016)

Leipzig Während der Ex-Chef von Legida Silvio Rösler (OfD: Offensive für Deutschland) an einer Demonstration mit hundert anderen Faschist*innen teilgenommen hat, ist sein Haus unbrauchbar gemacht worden durch den Besuch einiger Unbekannter.

Berlin Ein Fahrzeug von ThyssenKrupp – einem deutschen Waffenkonzern – wird angezündet. In dem Bekennerschreiben wird auf die Rolle des deutschen Militärs im Syrischen Krieg aufmerksam gemacht.

Deutschland In der Silvesternacht werden acht Fahrzeuge, die der Dogana gehören, den Flammen übergeben. Der Schaden beläuft sich auf 200.000 Euro.

Caltanissetta In der männlichen Abteilung des CIE entlädt sich die Wut der Insassen: schwere Schäden an der Struktur.

Is Padis (Sardinien) Während die Militärfahrzeuge vom Schießplatz in Capo Teulada zum Hafen von Sant'Antioco verlegt werden, blockiert ein Stahlseil die Weiterfahrt auf dem ein Banner mit der Aufschrift „Weg mit dem Militär" („via i militari") angebracht ist.

Calais Zwei Fahrzeuge werden angezündet, die an der Baustelle jenes Anhaltelagers arbeiten, das in der Nähe des „Jungles" errichtet werden sollte. Die Firma, der sie gehörten, ist Sogea – jene Firma die den Auftrag hatte die Container aufzustellen.

Balkan Gefährt*innen und Geflüchtete tun sich zusammen um den Stacheldraht zu zerschneiden, der entlang der slowenisch-kroatischen Grenze errichtet wurde. Man sagt das Zerschneiden wäre eine gute Methode um den Stress der Lohnarbeit abzulassen.

London In dem Viertel Camberwell werden Immigrationsbeamte gesichtet. Die Reifen einer ihrer Wannen werden aufgestochen. Diese Wannen werden jede Woche verwendet um Immigrant*innen in ganz London zu verhaften. Sie sind bereits Ziel von Sabotageakten.

Athen Am 19. Jänner werden Lokale des Faschisten Ionnais Badanis, Gründer der Patriotisch-Nationalen Partei, angezündet.

Italien Lecce-Saronno-Milano. In den letzten Monaten wurden die Schaufenster und Bankomanten der Italienischen Post kaputt gemacht. Und zwar weil die Post verantwortlich ist für die Abschiebung von Insass*innen der CIE durch die zu ihr gehörenden Mistral Air.

Saronno Die Büros von Rotodyne werden von einem Molotov-Cocktail getroffen. Der Firma wird nachgesagt Produzentin für Helikopter- und Flugzeugteile zu sein, die im Krieg verwendet werden – darunter F-35-Maschinen.

Berlin Nach der Verschärfung der Asylgesetze werden einige Objekte der SPD mit Farbe markiert.

Florenz Eine Papierbombe zerstört den Eingang des Sitzes des faschistischen Buchladenvereins „Il Bargello".

Berlin Ein Kosmetikstudio von Madlen Lück wird zerstört – Partner von Alexander-Willibald Bahl, der 1 994 die Marke „Spreegeschwader" gegründet hat und darüber hinaus „Landser", die bekannteste Berliner Nazirock-Band.

Berlin Das Auto des Sängers von „Deutsch Stolz Treue", Peter Marko Brammann, wird angezündet.

Magdeburg Torben Braga, Vertreter der extremrechten Studierendenorganisation der AfD, wird verprügelt.

Bari Im CIE passieren zwischen 24. und 29. Feber mehrere Revolten durch die Insass*innen, die die Struktur ernsthaft beschädigen.

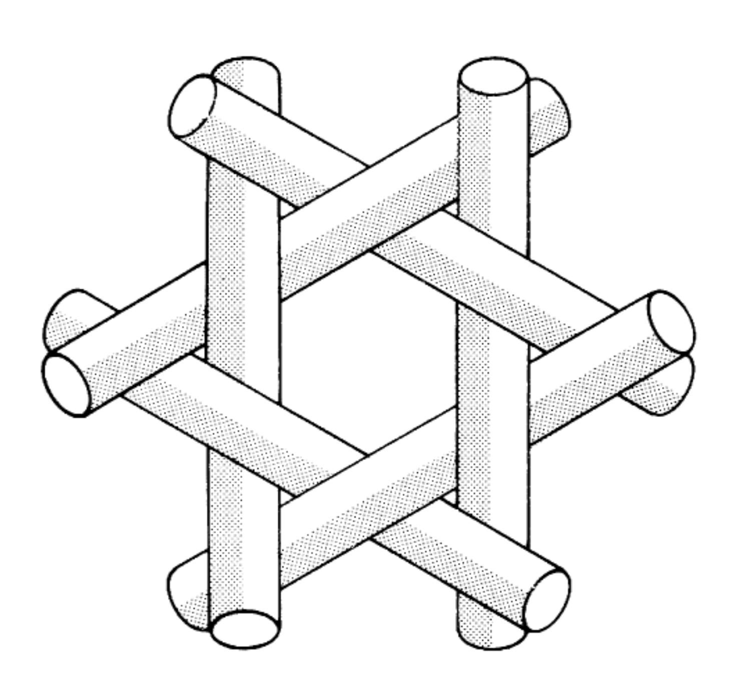
Crotone In der Nacht vom 5. auf den 6. März bricht eine Revolte im CIE aus.

Marseille Als Antwort auf die Situation in Calais passieren verschiedene Aktionen: ein Bankomat wird zerstört, Fahrzeuge von Firmen, die mit Anhaltelagern und Crowdcontrol („controllo sociale") in Verbindung stehen, werden beschädigt – Flugblätter werden verteilt, es wird massenhaft plakatiert und gesprüht.

Gosselies (Belgien) In der Nacht des 16. März durchbricht ein Auto das Eingangstor des Instituts für Pathologie und Genetik in Gosselies (das Institut führt DNA-Analysen durch). Das Erdgeschoss wird zerstört und der Rauch dringt in alle Stockwerke des Gebäudes ein.

Corinto Zwischen Jänner und März folgen in einem Abschiebelager mehrere Revolten aufeinander, die einigen die Flucht ermöglichen.

Bern In der Nacht des 16. März geht ein Camion des Militärs in Flammen auf



Warum wollen wir die Grenze zerschlagen – am Brenner und überall?

Weil wir die Welt der Ghettos, der Kriege, der Ausbeutung, der Umweltzerstörung und der sozialen Kontrolle beenden wollen.

Weil wir wissen, dass die Grenzen eine Barriere sind und zur gleichen Zeit eine Mahnung.

Eine klare Nachricht gegen die, die nicht passen: gegen die Menschen, die zu viel sind in der Kalkulation der Staaten und der multinationalen Unternehmen. Aber auch gegen jene rebellierenden Minderheiten, die nicht ihren vorgesehenen Platz einnehmen wollen. Stacheldraht und Militär sind heute für sie da, aber sie kündigen sich auch uns an. Und das bestätigen uns die Führungsspitzen der Nato oder der Europäischen Gendarmerie ganz offen.

Die Grenzen zerstören darf kein Slogan sein um die Rückkehr von Schengen oder eine andere Willkommenspolitik durch die Institutionen zu fordern. Und auch nicht nur ein Ausdruck der Solidarität gegenüber Geflüchteten. Es bedeutet autonom zu kämpfen – mit denen, die da sind – um eine soziale Ordnung aufzubrechen, die bis ins Mark verfault ist. Wenn jeder Bulle eine Grenze ist für jede, die gute Gründe hat um sich nicht stoppen zu lassen, dann sind die Grenzen auch ein Management der Warenflüsse und der Menschen, die zu Waren reduziert werden. Und dann muss die erste und wichtigste Nachricht das sein: eure Barrieren aus Stahl werden euch teuer zu stehen kommen. Wir gehen keinen Waffenstillstand ein mit euren Märkten und auch nicht mit dem Krieg eurer Mauern. Wir sind wenige, das wissen wir. Wir wollen trotzdem eine bestimmte Art vorschlagen heute internationalistisch zu agieren.

Hunderttausende Frauen und Männer kommen nach zermürbenden Reisen an den Grenzen an. Sie kennen mit Müh und Not die Gebiete, die sie durchqueren und in denen sie ankommen. Sie wissen nicht wie vielen Polizist*innen sie begegnen, ob Flüsse überquert werden müssen, und wie viele mit dem Leben davon kommen. Trotzdem ziehen sie los, mit der Widerspenstigkeit der Verzweiflung und widerspenstig kämpfen sie, auch mit bloßen Händen. Wir, die wir jeden Tag zu Essen haben, die wir bewegt sind durch ein Ideal und nicht durch blinde Angst oder durch quälenden Hunger; wollen gerade wir eine Erfolgsgarantie haben bevor wir lossegeln um diese Welt und ihre Gitter anzugreifen? Wenn wir wollen, dass die Grenze zwischen ihnen und uns zusammenbricht, müssen wir die uns bekannte Erde verlassen und uns in Bewegung setzen. Wir wollen ein Leben ohne Macht und ohne Geld erschaffen. Ohne Staaten und Klassen. Zwischen uns und diesem Leben befinden sich unzählige Mauern. Die Rückkehr der Grenzen ist heute eine der inakzeptabelsten Mauern. Aber was bedeutet es zu behaupten, dass eine Sache inakzeptabel ist – in einer Zeit, in der die Worte jede Bedeutung und jede Kraft verloren zu haben scheinen? Wie oft wird das akzeptiert, was man als unmöglich zu akzeptieren bezeichnet hat? Zu versuchen die Grenzen zu zerstören bedeutet auch sich anzustrengen das Inakzeptable nicht zu akzeptieren. Es ist eine ethische Übung über die Sprache, eine Praxis der Freiheit, eine mögliche Begegnung von Gefährt*innen auf ihrem Weg.

Die Grenzen zerstören am Brenner und überall !

Die Grenzen sind ein Sinnbild unserer Zeit. Sie zu akzeptieren bedeutet unmenschlich zu sein und zu kollaborieren. Zu versuchen sie zu zerstören ist der Beginn einer möglichen Freiheit.

Wir müssen entscheiden auf welcher Seite wir stehen.

Für Informationen, Veranstaltungen und Reflektionstexte: abbatterelefrontiere.blogspot.it
abbatterelefrontiere@gmail.com

07. Mai: Tag des Kampfes

Es sollte kein symbolischer Tag werden und es wurde auch keiner. Es gibt Frauen und Männer, die nicht gewillt sind, all die Grenzen, Stacheldrähte, administrative Inhaftierung, Massen an Migranten, die an den Grenzen und in den Seen sterben, Konzentrationslager zu akzeptieren. Es war ein Tag des internationalen Kampfes mit Demonstrationen in verschiedenen Ländern und verschiedenen Aktionen in Italien, an der Grenze beim Brenner haben hunderte Gefährt_innen gekämpft.

Es ist schwierig, sich eine ungünstigere Situation als dieses kleine Grenzdorf mit nur einem Zugangsweg vorzustellen. Diejenigen, die gekommen sind, kamen mit ihrem Herz, mit dem Bewusstsein, dass der Kampf gegen das Europa der Lager, das die Staaten am aufbauen sind, seinen Preis hat. Die österreichisch-italienische Grenze ist nur ein kleiner Teil dieser Mauer und die uns nächstliegendste. Das ist der wertvollste Aspekt: Mut als eine Eigenschaft des Geistes und nicht bloss eine „muskuläre“ Frage. Wir sind stolz darauf, grossherzige Frauen und Männer mit einem Ideal, für das gekämpft wird, neben uns gehabt zu haben.

Während all der Veranstaltungen zum 07. Mai, und es gab eine Menge davon, waren wir stets klar: Wenn da Grenzen sein werden, werden wir versuchen, diese anzugreifen, andernfalls würden wir die Kommunikationswege blockieren, um zu zeigen, dass es für die verantwortlichen Herren nicht nur darum geht, Mauern zu bauen, sondern auch darum, diese zu verwalten, zu entscheiden, wer und was passieren kann und wer und

was nicht. Wir waren klar, dass es ein schwieriger Tag werden wird.

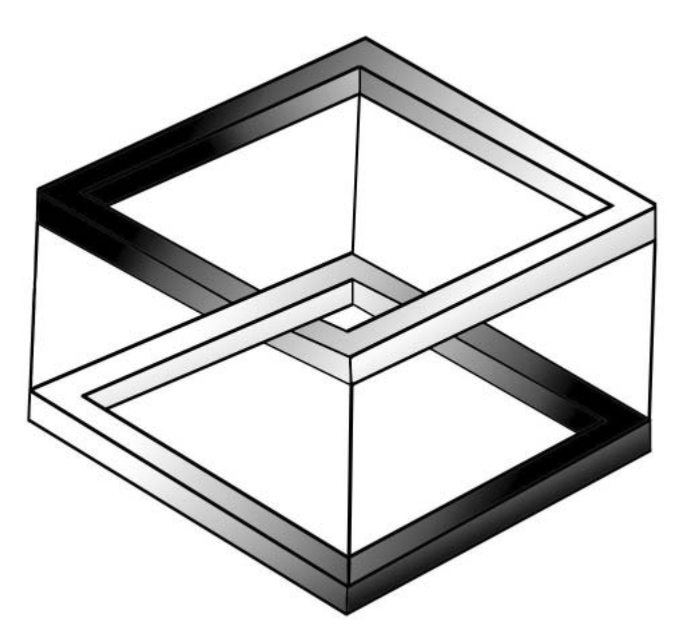
Das Ziel war es, die Eisenbahnlinie und die Autobahn zu blockieren. Und so geschah es auch. Es versteht sich von selbst, dass wenn Carabinieri und Polizei als Hindernis zwischen einer kämpferischen Demo und seinem Ziel stehen, dies in Zusammenstössen resultieren wird.

Es gelang uns, den Brenner zu erreichen, ohne irgendjemand um Erlaubnis zu fragen, weil wir dies kollektiv gemacht haben: Im Zug und in einer langen Autokarawane. Wir nahmen – ohne das Ticket zu bezahlen – den Zug von OBB, dem Unternehmen, das für Kontrollen aufgrund von Hautfarbe und Abschiebungen verantwortlich ist. Für die anderen war einzig ihre Entschlossenheit zu reagieren der entscheidende Punkt, der die Bullen davon abgehalten hat, Kontrollen bei der Autobahnausfahrt zu machen. Die Autos, die nicht mit der Karawane mitfuhren, wurden unglücklicherweise gestoppt und schafften es somit nicht, zum Brenner zu gelangen.

Die Demo am Samstag war eine gegen Grenzen, auch im Sinne, dass da viele Gefährten aus Österreich waren. Sicherlich gab es gewisse Limiten auf der Ebene der Organisation und der Kommunikation. Aber das ist eine Diskussion unter Gefährten und Gefährtinnen.

Mit erhobenem Haupt bekennen wir uns zur Stimmung am 07. Mai, mit dem unbeugsamen Willen, weiter gegen die Grenzen und deren Welt zu kämpfen.

Die Solidarität mit den verhafteten Gefährten, die jetzt wieder mit uns sind, war warmherzig. Im Gefängnis von Bolzano, in dem die Gefangenen mit Begeisterung auf die Solidaritätsdemo reagiert haben, wurden die vier Gefährten als Brüder willkommen geheissen.



Über was wir uns schockieren, zeigt immer auch, wer wir sind.

Für uns hat die kaputt gemachte Uhr bei der Station beim Brenner das gezeigt: Die Zeit der Unterwerfung muss enden.

Grenzen zerstören

(anonym)

Solidarity and complicity with the comrades arrested in Brenner (Italy)

Solidarität und Komplizenschaft mit den am Brenner inhaftierten Gefährt_innen

Das Glück beschenkt nicht immer die Mutigen

Es sind apokalyptische Szenarien von einer faschistischen Zukunft, davon, dass extrem rechte Kräfte sich in Europa durchsetzen, dass Mauern errichtet werden und Grenzen geschlossen, von Deportationen und Internierungslagern.

Die Führer des globalen Kapitalismus sind dabei, die Grenze am Brenner zu schließen, um ihre Überquerung durch Menschen zu stoppen. Die Menschen müssen gestoppt werden, selbst um den Preis der Unvereinbarkeit mit den konstituierenden Prinzipien der EU selbst, die im Angesicht der ersten Migrationswelle zerbröckelten.

Wir wussten genau, was wir am 7. Mai auf der Demo '*Destroy the borders in Brenner and everywhere*' zu erwarten hatten. Wir wussten genau, was es heißt, in einer unauthorisierten Demo durch einen 370 Meter breiten Gebirgspass zu laufen. Wir wussten genau, dass die Beschaffenheit des Ortes gegen uns war.

Wir wussten all das, aber wir wussten auch, dass in einer Zukunft, die auf Zäunen, Stacheldraht und Mauern gebaut ist, irgendjemand uns fragen wird: „Wo warst du, als sie die x-te Mauer in Europa bauten?" Wir wollten dazu sagen können, dass wir versucht haben, sie niederzureißen, dass wir die ersten Steine warfen, deren Flugbahn den Bewegungslinie der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes mit Migrant_innen folgte, die in Monza begonnen hatte und die No Border Mobilisierungen und die Aktionen von Ventimiglia bis Calais unterstützte.

Dieser Tag war als ein Tag des Kampfes gedacht und so kam es auch. Es brauchte einiges an Mut aber das große Glück beschenkt nicht immer die Mutigen. Mehrere Situationen, in denen Leute gestoppt wurden, endeten mit Festnahmen. Zwei Gefärtinnen und vier

Gefährten werden nach einem längeren Aufenthalt auf der Polizeistation am Brenner nun im Gefängnis festgehalten. Einer von ihnen ist unser Gefährte, Freund und Bruder Cristian 'Sicho'. Zu ihm geht all unsere Solidarität und Komplizenschaft, die ihren ersten Ausdruck in einer spontanen Demonstration in den Straßen von Monza fand, direkt nachdem sich die Neuigkeiten der Inhaftierungen ausbreiteten.

Am Sonntag erschienen etliche Transparente im Masnada-Stadium und ebenso während eines Konzertes der Hardcore Szene, zu der auch Sicho gehört. Die Grüße in Bolzano an die Gefangenen außerhalb des Knastes trugen unsere Wärme durch die Mauern hindurch und zeigten den inhaftierten Gefährt_innen, dass sie niemals alleine gelassen werden.

Heute findet eine kurze Anhörung im Gericht von Bolzano statt, in der über die Haft entschieden wird. Ab 9 Uhr wird dort zu einer Demonstration aufgerufen.

Die Solidarität hat gerade erst angefangen. Wir haben keinen kurzen Atem.

Freiheit für SICHO, SABRINA, MIRIAM, NEMO, STEFANO, LUCA!

Zerstört die Grenzten!

Knäste zu Ruinen!

Foa Boccaccio 003 CordaTesa Tarantula

[B] Wir haben ein Bullenlaster in Solidarität mit den Demonstranten vom Brennerpass abgefackelt

An die über 600 Gefährten, die die Grenze beim Brenner angegriffen haben, möchten wir ein Zeichen der Solidarität senden. Hierfür haben wir in der Nacht vom 11. Mai einen ganzen Lastwagen der Polizei in einem Hinterhof in der deutschen Hauptstadt in Brand gesetzt. Die Polizei hat den Laster einer Schule für den Karneval der Kulturen geliehen, aber kein Hinterhof ist sicher genug, wie sie vielleicht gemerkt haben. Wir, hier in Deutschland, wo wir ständigen Erhebungen von extremen Rechten und faschistischen Mobilisierungen und Parteien gegenüberstehen, und wissend, dass die Wurzeln der sogenannten „Flüchtlingskrise" vor allem in den von den reichsten Ländern dieser Welt initiierten und reproduzierten ökonomischen und rassistischen Politik liegen, sind uns bewusst, dass dieser Kampf gegen die Festung Europa in jeder Hinsicht ein Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung ist.

Als wir die Videos und Medienresonanz von der Demonstration vom 07. Mai auf der italienischen Seite des Brennerpasses sahen, waren wir höchst beeindruckt ab der Entschlossenheit und dem Mut der maskierten Gruppe, die trotz den Tränengaswolken und der Polizeibrutalität, mit der die Autoritäten versuchten, die Angriffe gegen sich selbst und gegen ihre Idee von mit Stacheldraht umzäunten Nationen zu unterbinden, unerbittlich Steine, Knallkörper und Rauchbomben warfen. Und insbesondere angesichts der Umgebung, da es für uns weit kniffliger schien, mitten in den Alpen, wo man in keiner Menschenmasse oder kleinen Strassen hätte verschwinden können, zu handeln und zu flüchten.

Während der Blockade des Zugverkehrs und später der Autobahn, war der gewalttätige Protest organisiert worden, um die Idee von offenen Grenzen zu verteidigen und um gegen die Forderung der österreichischen und im generellen aller EU Minister, die alle Wege der Migration in Richtung reiches Mittel- und Nordeuropa blockieren wollen, zu kämpfen.

Die sogenannte „Adria-Route" von Albanien in die Apulien-Region in Italien wurde eine neue Alternative, um die reicheren Regionen in Europa zu erreichen, da die Grenzen auf der Balkanroute immer mehr geschützt und mit Material und ökonomischen Resourcen und Hilfe von den Ländern, die Angst vor durchlässigen Grenzen haben, aufgerüstet werden.

Wir möchten erklären, dass für uns diese Aktion beim Brennerpass sehr produktiv und notwendig wirkte. Erstens durch das Senden von Solidarität an alle Migranten über Kanäle, die nicht zu verborgen waren, um an sie heranzukommen, wie dies, wie wir denken, zu oft der Fall ist in anarchistischen Kämpfen. Dies war möglich, weil praktisch alle europäischen Zeitungen über diese Aktion berichtet haben, aber auch, weil es den Versuch gab, auch ausserhalb von Italien zu mobilisieren und es war als Massenaktion geplant und nicht als eine small-group-secret-and-fast-smash-mob.

Zweitens erreichte es das Ziel, einer breiten Öffentlichkeit die Feindschaft, den Widerstand und die militante Fähigkeit zu zeigen, dass man gegen die Grenzpolitik der Einsperrung, Gewalt und Dublin II Bürokratie handeln kann, was, unserer Meinung nach, einer friedlichen und bunten Demonstration kaum möglich ist, dies mit der gleichen Intensität und Glaubwürdigkeit zu übertragen. In unseren Augen ist der Grund, weshalb die Zeitungen über diese Zusammenstösse berichteten, der bestimmte und militante Charakter der Aktion. Mit diesem zweiten Punkt möchten wir betonen, dass Militanz eine Strategie ist.

Der dritte Punkt handelt vom legitimen und notwendigen Resultat dieser Form des Protests: verletzte Autoritäten und zertrümmertes Eigentum. Gegenüber der mörderischen Gewalt, die diese Institutionen und Personen jeden Tag und meist mit seltenen und harmlosen Konsequenzen verüben, denken wir, ist es keine Frage, ob es uns „erlaubt" ist, mit gewalttätigen und illegalen Mitteln zu antworten (oder inbesseren Fällen, selbstbestimmt zu handeln).

Für die Menschen, die verhaftet wurden:

Wir versuchen, Druck von ausserhalb aufzubauen und senden euch warme Gedanken von niemals endenden Aufständen und Kämpfen.

Bis alle frei sind.

Und um *„abbatere le frontiere"* zu zitieren:

- Bisogna sceglieri da che parte stare
- its necessary to choose which side to take
- Wir müssen uns entscheiden auf welcher Seite wir stehen wollen.
- Il est temps de choisir: se soumettre ou se revolter

(anonym)

+++ Ökologie +++

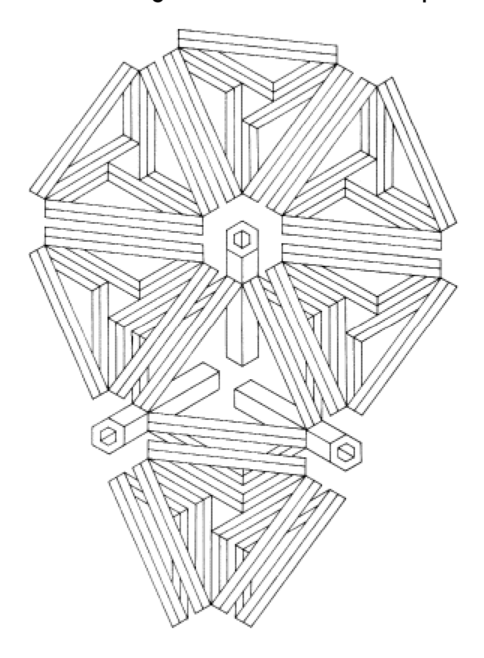
Aktionstage in der Lausitz

Parallel zu dem seit einer Woche stattfindenden Klimacamp in der Lausitz finden gerade die Aktionstage statt. Seit drei Tagen wird durch Aktionen die Braunkohleförderung und -verstromung in dem von Vattenfall betriebenen Lausitzer Braunkohle Revier lahmgelegt.

Blockaden, Besetzungen, Demonstrationen und Repression

Am Freitag, dem 13. Mai verschafften sich über tausend Aktivist_innen Zugang zu dem Tagebau Welzow und legten den Tagebaubetrieb lahm. Seitdem wurden mehrere Punkte im Revier blockiert. Durch Ankettaktionen und Sitzblockaden auf den Kohlebahnen und Zufahrtsstraßen, Abseilaktionen von Brücken und Demonstrationen ist der Betrieb fast ganz zum Erliegen gekommen.

Am Samstag kam es zu der Besetzung des Kohlekraftwerks „Schwarze Pumpe", welche von der Polizei unter Einsatz von Gewalt geräumt wurde. Seit spätestens Samstagmittag ist das Kohlekraftwerk „Schwarze Pumpe" aufgrund verschiedener Gleisbesetzungen komplett von der Kohlezufuhr abgeschnitten. Es musste seine Leistung bereits deutlich reduzieren.



Immer öfter kam es während der Aktionen zu Übergriffen durch Mitarbeiter_innen, Neonazis und Bürger_innen auf Aktivist_innen mit Böllern, Flaschen, durch das Zerstechen von Autoreifen und körperliche Angriffe. Zu sehen waren mitunter bei einer aus ca. 500 Personen bestehende Gruppe Fahnen der Bergbaugewerkschaft IG BCE, in der viele Kohlearbeiter_innen organisiert sind. Über den Twitter-Account der Gewerkschaft hieß es, "Neonazis könnten die Fahnen entwendet haben, um die IG BCE zu diskreditieren". Es kommt immer wieder zu Festnahmen von Aktivist_innen.

Waldbesetzung Lautonomia in der Lausitz geräumt!

In den letzten Tagen kam es rund um die Besetzung vermehrt zu sogenannten „verdachtsunabhängigen" Kontrollen von Fahrzeugen, Fahrradfahrern und Fußgängern, die für die Polizist_Innen in ein auf Äußerlichkeiten beruhendes Schema passten. Heute morgen dann wurden unsere Freund_Innen von Polizist_Innen geweckt, die unsere Baumhäuser umstellten und anfingen, die Traversen dazwischen zu zerstören.

Ein Grund für die Räumung wurde auch auf vermehrtes Nachfragen nicht genannt. Letztendlich ließ sich allerdings einer der Polizist_Innen dazu herab, uns mitzuteilen, dass die Räumung vollkommen grundlos durchgeführt werde.

Während unten dann die ersten von vielen Festnahmen durchgeführt wurden und unsere Freund_Innen teilweise aus dem Wald herausgetragen wurden, machte sich eine Einheit Kletterpolizist_Innen bereit, die Baumhäuser zu stürmen. Weil eine richtige, wenigstens halbwegs sichere Hebebühne wohl zu teuer

war, kam dazu auch ein Radlader zur Hilfe, in dessen Schaufel irgendein Ingenieursgenie eine Leiter festgebunden hatte.

Mit dieser Konstruktion, die nicht nur unsere, sondern auch die Sicherheit aller anderen Beteiligten lebensbedrohlich gefährdet, wurde sodann an die Baumhäuser herangefahren.

Nebenbei wurden weitere Menschen aus dem Wald herausgetragen; allen wurden die Handys abgenommen, um eine Kommunikation sowohl mit uns als auch mit dem rechtlich zustehenden anwaltlichen Beistand zu unterbinden.

Die Ereignisse im Vorfeld (siehe Twitter und unser Blog) dürften damit nicht, wie versucht wurde, uns weißzumachen, nur bloßer Zufall geweseen sein. Auch der Zeitpunkt direkt zu Beginn der Waldwoche (siehe Blog) kann unmöglich als Zufall verstanden werden.

Wir werden uns auch von dieser vor Tagen begonnenen Welle der Repression nicht einschüchtern lassen!

Wir werden wiederkommen und wieder besetzen und zwar so oft und so lange, bis der Braunkohleabbau endlich gestoppt ist!

Kommt zur Wache in Weisswasser um unsere Gefangenen zu supporten, folgt unserem Blog oder Twitter für aktuelle Informationen, macht Solifotos und kommt auf unsere neue Besetzung!

Wir lassen uns nicht aufhalten!

lautonomia.blogsport.eu

Aktionserklärung Tagebau Nochten

Heute, am 04. April 2015 haben wir im Tagebau Nochten die Abraumförderbrücke F60 besetzt. Wir bezwecken damit eine Störung der Maschienen. Diese Aktion richtet sich nicht gegen die Angestellten von Vattenfall . Wir wollen zu keiner Zeit Mitarbeiter_innen gefährden. Durch unser Vorgehen wollen wir der täglichen Zerstörung durch den Braunkohleabbau eine Weile Einhalt gebieten. Uns ist bewusst dass wir mit der Besetzung der Geräte die Grenze der Legalität überschritten haben. Dennoch sehen wir unser Handeln als legitim an, da das Unrecht in der legalisierten Zwangsumsiedlung, globalen und lokalen Zerstörung und Verschmutzung zu finden ist.Erst kürzlich endete das Bieteverfahren für Vattenfalls Braunkohlesparte in der Lausitz. Aber letztendlich macht es keinen Unterschied, wer von der Braunkohleverstromung profitiert, denn die katastrophalen Auswirkungen bleiben gleich. Auch der Nachfolge-Investor wird weder die Vernichtung von Lebensraum vor Ort stoppen, noch Verantwortung für sein Zutun zur globalen Erwärmung übernehmen. Denn das würde einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle bedeuten. Energiegewinnung ist eine veraltete Technik die sich nur noch durch massive staatliche Subventionen rentiert. Sind ein paar Jahre befristete Arbeit es Wert künftigen Generationen die Lebensgrundlage zu entziehen?

Mit dieser Aktion solidarisieren wir uns außerdem mit Huba, der für sein Einsatz gegen die Machenschaften der Braunkohlekonzerne mit Gefängnis bestraft wird. Auch die drohenden rechtlichen Konsequenzen werden uns nicht davon abbringen zu handeln wie wir es in dieser Situation für notwendig halten. Wir möchten in all unseren Aktivitäten die Existenzgrundlage aller Lebewesen über die Profitinteressen von Konzernen stellen. Was vor 5, 10 oder 15 Jahren bereits der Braunkohle zum Opfer fiel können wir nicht mehr retten. Aber wir können im Hier und Jetzt versuchen etwas zu bewegen.

Denn zu spät ist es erst wenn man aufgibt.

Eine Aktionsgruppe

Erklärung zum Kabelbrand im Tagebau Hambach

Wir melden uns als diejenigen zu Wort, die den Ausfall der Braunkohlegrube Hambach am vergangenen Sonntagmorgen, dem 24.April 2016 herbeigeführt haben.

Als Ziel unseres Angriffs wählten wir die frei liegenden Erdleitungen zwischen Kohlebunker und Bändersammelpunkt. An diesen Kabeln sind sämtliche Bagger, Absetzer und Förderbänder angeschlossen. Die Kabel verlaufen vom Umspannwerk am westlichen Grubenrand bei Oberzier, in dem von 280kV auf 30kV transformiert wird, zum Bändersammelpunkt über Stahlgerüste in einer Höhe von etwa 20 – 200cm. Einschließlich der Isolierung waren sie etwa 10cm dick. Um eine gesicherte Wirkung auf möglichst viele Kabel zu erzielen haben wir eine enorme Menge Benzin unter den Kabeln platziert und entzündet. In der Nähe der Brandstelle befanden sich weder Gebäude noch Geräte, auf die das Feuer hätte überspringen können. Dort hielten sich auch keine Menschen auf. Die verschiedenen Blackouts waren begleitet von hellen, durch die gesamte Grube sichtbare Blitzen. Diese rührten von den Entladungen der Stromkabel, sobald deren Isolierung durch geschmolzen war.

Unsere Aktion richtet sich nicht nur gegen RWE, sondern auch gegen die herrschenden Verhältnisse. In einer Welt, in der Kapitalinteressen im Vordergrund stehen und der Machtapparat seine kurzsichtigen Interessen rücksichtslos gegen jede Vernunft, sowie gegen Mensch und Natur durchsetzt, ist ein radikaler Widerstand von Nöten. Wir wollen diesem System ein klares "NEIN" entgegenstellen, als ersten Schritt um diese Machtverhältnisse irgendwann zu kippen. Die fatalen Auswirkungen des Kohleabbaus und der Kohleverstromung auf Mensch, Natur und Klima sind weithin bekannt. Trotzdem graben sich die Bagger von RWE jede Minute weiter. Wir konnten dies wenigstens für einige Zeit verhindern. Der Versuch zwischen RWE und dem Braunkohlewiderstand zu schlichten legt die Machtverhältnisse offen. Schlichten heißt den Widerstand aufzufordern weniger radikal, weniger "gemein" zu RWE zu sein oder auch anders gesagt:



„der Widerstand darf nicht stören" und akzeptiert dabei die Existenz von RWE und sein Zerstörungswerk als gegeben. Das heißt die autoritär durch Herrschaft legitimierte Gewalt, die im Abbau und der Verstromung der Kohle liegt, wird akzeptiert, die rebellische Gewalt, die sich dagegen wehrt, erscheint illegitim.

Das Ergebnis kann nur eine wie auch immer geartete Bestandsgarantie für RWE sein, die nun auch noch den Segen eines Teils des Widerstandes hat. Des Teils, der sich in das Schlichtungsverfahren hat einbeziehen lassen. Der Widerstand wird in den ausgeschalteten und eingebundenen und den übriggebliebenen und isolierten illegitimen Teil gespalten.

Wenn Leute behaupten, eine solche Aktion würde dem Widerstand schaden, so spricht daraus die Rücksichtnahme auf die Macht der Herrschenden, den Widerstand in gut und böse zu spalten. Böse ist das, was weh tut, wirklich stört und effektiv ist. Der Kölner Stadt-Anzeiger schreibt: "Brandstiftung, Gewalt gegen Menschen, Baggerbesetzungen und sinnlose Zerstörungswut gegen technische Einrichtungen mit dem Ziel, Tagebaue und Kraftwerke lahmzulegen – die Heftigkeit der kriminellen Handlungen nimmt zu." Dabei sind Besetzungen, Brandstiftungen und Blockaden nicht sinnlos, sondern halten die Zerstörungswut von RWE sehr präzise auf. Was dem Widerstand schadet, ist der Gehorsam vor der Macht und ihren Medien, die versuchen uns zu erzählen was gut und böse ist. Wir sollten auf unser Gewissen und unsere Vernunft hören, nicht auf die Medien.

Wir haben mit unserer Aktion den Beweis geliefert, das kluge und sorgfältige Militanz, bei moderater und vertretbarer Eigengefährdung, den RWE-Normalbetrieb beenden kann. Unsere Aktion hätte von jeder beliebigen Kleingruppe gemacht werden können. Es waren dafür keine besonderen Fähigkeiten, Kenntnissen oder Zugänge nötig. Alle notwendigen Informationen sind öffentlich verfügbar.

Für einen radikalen, entschiedenen und direkten Widerstand! Für eine Welt, die nicht für Kapitalinteressen zerstört wird!

„Die RWE Pressestelle" 28.04.2016

Sabotage am Tagebau Inden

Ich habe heute nacht vom 11.04.16 auf den 12.04.16 versucht dem tagebau Inden die lichter auszuknipsen. Um meiner wut ueber den fortschtreitenden braunkohleabbau und die repression gegen die menschen die sich dagegen einsetzen ausdruck zu verleihen habe ich einen strommast zwischen fronhoven und dem Kraftwerk weisweiler angefangen zu faellen. Dieser mast traegt die leitungen die den tagebau mit strom versorgen und so ein arbeiten erst moeglich machen. Auch wenn der mast zur zeit noch steht ist er doch so weit beschaedigt, dass RWE ihn jetzt voraussichtlich selber umlegen muss. Ich war mir der risiken fuer mich bewusst, halte es aber fuer noetig zu drastischen mitteln zu greifen im kampf fuer eine bessere welt.

Tagebauten sind eine katastrophe fuer die umwelt. Der abbau zerstoert ganze landstriche und die verstrohmung der kohle zerstoert unser klima. Es war schon immer naiv und falsch auf die politik, ihre COP und klimagipfel zu hoffen, denn was dort beschlossen wird ist heisse Luft, weil sich nichts grundsaetzlich aendern wird, solange sich klimazerstoerung finanziell lohnt.

Die, die es beschliessen sind nicht die von den auswirkungen bertoffenen.

Es muss jetzt etwas passieren!

Ich will nicht nur eine energiewende, ich will eine wende des systems, denn saubere energie wird und kann es im kapitalismus nicht geben.

Um das zu erreichen sollten wir aufhoeren in kategorien von gutem und schlechten widerstand zu denken

und solidarisch miteinander sein. Der castorwiderstand konnte nur so erfolgreich sein, weil militante und friedliche aktionen sich ergaenzt haben.

Wechsel den Stromanbieter!

Besetzt Haeuser, Bueros und Bagger!

Blockiert Zufahrten und Arbeitsablaeufe!

Faellt Strommasten anstatt Baeume!

Was ich mich getraut habe zu versuchen, kannst du schon lange!

(anonym)

Wieso sollte es dem Braunkohlewiderstand schaden, wenn er es schafft Europas größte Kohlemine für drei Tage still zu legen?

Wieso sollte es dem Braunkohlewiderstand schaden, wenn er es schafft Europas größte Kohlemine für drei Tage still zu legen?

Wieso sollte es dem Braunkohlewiderstand schaden, wenn er es schafft Europas größte Kohlemine für drei Tage still zu legen? Was heißt diese Lesart für den Widerstand? Laut Presseberichten und einem Bekenner_innenschreiben auf Indymedia haben Leute vor ein paar Wochen den Stromanschluss des Tagebaus Hambach angezündet und diesen dadurch eine ganze Weile lang außer Betrieb gesetzt. Verletzt wurde dabei niemand und nach Angaben der Bekenner_innen auch nicht gefährdet, aber ganz schön rein gehauen hat's wohl.

Dass die bürgerliche Presse und Parteien aller Couleur das nicht feiern, wundert nicht, was aber – jedenfalls uns – wundert, sind die Reaktionen und Distanzierungen die so aus dem Widerstand selbst kommen

Was ist geschehen?

Sonntag morgen brach das Feuer aus: „Gegen 3.35 Uhr stand der komplette Tagebau still, wie am Montag bekannt wurde." (Alle, auch die kommenden Zitate aus der Aachener Zeitung)

Irgendwann am Nachmittag ging das erste Gerät wieder in Betrieb: „Den Hauptkohlebagger konnten wir bereits am Sonntagnachmittag wieder in Betrieb nehmen."

Nach etwa 36 Stunden war der Tagebau wieder zu gut einem Drittel in Betrieb: „Bis Montagabend sollten drei der acht Gerätegruppen, bestehend je aus einem Schaufelradbagger und einem Absetzer, wieder an Netz gehen." Aber: „Bis der Tagebaubetrieb wieder normal läuft, werde jedoch noch einige Zeit vergehen." Denn: „Aufgrund des plötzlichen Spannungsabfalls kann es auch zu Schäden an den Großgeräten gekommen sein. Alle elektrischen Anlagen müssten deshalb aufwendig überprüft werden."

Dass die bürgerliche Presse und Parteien aller Couleur das nicht feiern, wundert nicht. Hier ein paar der deutlichsten Beispiele:

„Wer das getan hat, der hat dem Protest gegen die Braunkohle gezielt geschadet."

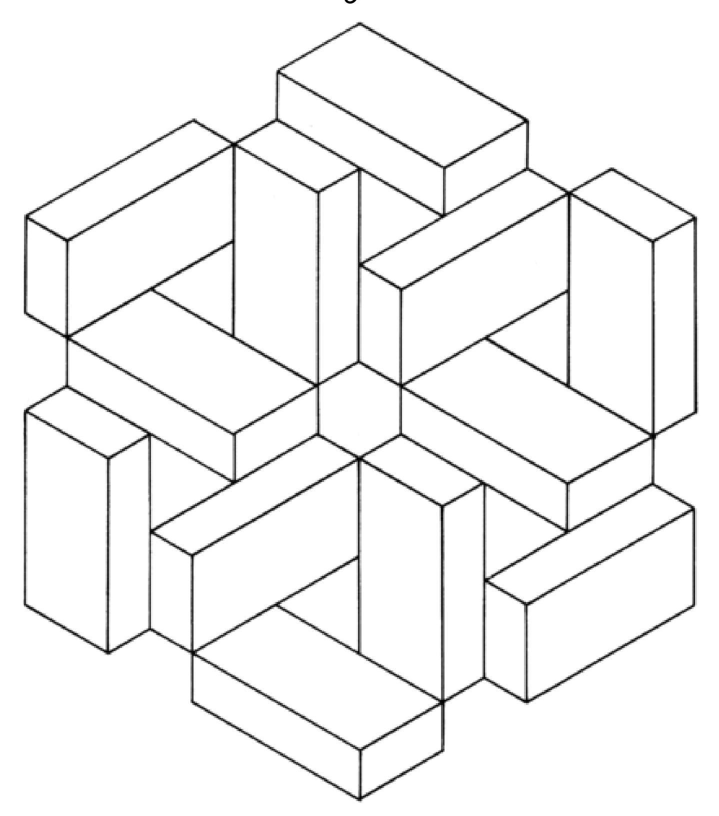
"[...] zeigen einige Chaoten, was sie von diesen und anderen Initiativen für eine Auseinandersetzung auf demokratischem Boden halten: nichts. Für sie zählt offenbar nur, ohne Rücksicht auf Verluste möglichst viel zu zerstören. Die Gefährdung von Menschen wird in Kauf genommen."

"Anarchie ist keine Alternative."

"Glaubwürdig und als Diskussionspartner ernst genommen werden aber sicher vermehrt nur diejenigen, die sich von kriminellen Taten und Brandstiftern eindeutig und klar distanzieren."

"Natürlich kann man in der Diskussion um die Energiewende die Meinung vertreten, es müsse alles schneller gehen, schneller raus aus der Braunkohle. Aber, bitte schön, mit Hirn und Verstand."

"Starkstromkabel in Brand gesetzt. Hierbei brachten die



Aktivisten nicht nur sich selber, sondern auch die Einsatzkräfte der Feuerwehr in Gefahr. Der Anschlag ist der traurige Höhepunkt der Proteste der letzten Monate. Immer wieder kommt es rund um den Tagebau zu Einsätzen der Polizei, die gegen die Aktivisten vorgehen muss."

Was aber – jedenfalls uns – wundert, sind die Reaktionen und Distanzierungen die so aus dem Widerstand selbst kommen. Zitieren können wir sie an dieser Stelle nur noch teilweise, da ein Teil der geposteten Distanzierungen und Theorien mittlerweile wieder gelöscht wurden.

Auf der Seite des Hambacher Forstes war zunächst spekuliert worden, ob die Aktion überhaupt stattgefunden hat und wenn ja, ob nicht RWE die Kabel selbst angezündet hat.

Vor allem das Letztere ist krass. Da schreibt ein Kommentator (der ursprüngliche Blogartikel im selben Tenor ist mittlerweile gelöscht) – aus dem radikalen Widerstand, der Name ist bekannt:

„Ich gehe schwer von einer False Flag Attacke und moeglicherweise Versicherungsbetrug aus. Ich will hier niemandem die Schuld zuweisen, viel mehr will ich zum Nachdenken anregen – Wer weiss schon, wer es wirklich war? Wer Profitiert von den Anschlaegen? RWE nicht (Schadenbehebungsaufwandt) und die HFB Akitivisten auch nicht (129a/erhoehung der Raeumungsgefahr/ Entsolidarisierung/Repressionssteigerung). Bis auf die „friedliche Initiative pro Braunkohle" faellt mir niemand ein, der von den Anschlaegen profitiert. (Medienarbeit/ ggf Zulauf)" (Rechtschreibfehler im Original)

und außerdem:

„Es ist nicht zu übersehen, dass radikale Aktionen den Tagebau schwer behindern. Bei mir persönlich stößt das auf sehr gemischte Gefühle. Mir machen die Aktionen vor allem Angst. Das bei den Staatlichen Interventionsversuchen vor allem unschuldige getroffen werden, hat sich jüngst bei den Durchsuchungen von Wiese und WAA am 11.04.2016 gezeigt."

Dass jedoch die Repression keine Folge der jetzigen Aktion ist, sondern schon länger gegen den unbequemen Widerstand läuft, zeigt sich schon daran, dass die Durchsuchung vor dem Brand stattfand. Das sollte auch nicht wundern, denn der Widerstand um den Hambacher Forst ist RWE seit Jahren ein Dorn im Auge und jeder effektive Widerstand trifft irgendwann auf staatliche Repression.

Klar ist es legitim Angst zu haben und es ist davon auszugehen, dass es jetzt gewissen Leuten gewaltig in den Fingern juckt, irgendwen für die Sache einzusperren. Was uns an der ganzen Argumentation aber stört, ist einerseits der reine Bezug auf machtpolitische Überlegungen. Das wem-nützt-was-Spiel könnte den Hirnwindungen irgendeines Parteifunktionärs entsprungen sein. Die schlichte Tatsache, dass die Grube tagelang nur auf einem Bruchteil ihres normalen Leistungsniveaus betrieben werden konnte und damit Umwelt und Klima weniger zerstören konnte – immerhin ein messbares Erfolgskriterium - , fällt völlig hinten runter. Wir wollen damit nicht sagen, dass Aktionen, die nicht direkt in den „Normalbetrieb" eingreifen per se nutzlos wären, weil auch sie eine enorme diskursive Wirkung entfalten können, wenn sie gut gemacht sind. Es stellt sich aber doch die Frage, ob diese Art des direkt sichtbaren Erfolgs möglicherweise deswegen nicht oder kaum wahrgenommen wird, weil eine solch unmittelbare Wirkung von Aktionen (also im klassischen Sinne „direkten" Aktionen) sehr selten vorkommt. Und andererseits, spannender eigentlich, wenn wir schon wem-nüzt-was spielen: Warum kommen die Menschen, die nicht im Rheinland hocken, wie beispielsweise die Einwohner_innen von Tuvalu nicht in den Überlegungen vor? Wie kommen denn die Erwägungen, wem das was nützt zu Stande? Warum soll es dem Widerstand schaden, wenn er Erfolg hat? Als handle es sich bei der These, solche Aktionen schadeten dem Widerstand um eine normative, also unstrittige Sache, wird garnicht erst begründet, worin der Schaden für „den Widerstand" bestehen soll (abgesehen vom Anstieg der Repression, was allerdings zwingend immer eine Antwort auf effektiven Widerstand ist, der die Regeln des Bestehenden verletzt, weil er das Bestehende zu überwinden versucht).

In dem Bekenner_innenschreiben heißt es dazu:

„Unsere Aktion richtet sich nicht nur gegen RWE, sondern auch gegen die herrschenden Verhältnisse. In einer Welt, in der Kapitalinteressen im Vordergrund stehen und der Machtapparat seine kurzsichtigen Interessen rücksichtslos gegen jede Vernunft, sowie gegen Mensch und Natur durchsetzt, ist ein radikaler Widerstand von Nöten. Wir wollen diesem System ein klares "NEIN" entgegenstellen, als ersten Schritt um diese Machtverhältnisse irgendwann zu kippen. Die fatalen Auswirkungen des Kohleabbaus und der Kohleverstromung auf Mensch, Natur und Klima sind weithin bekannt. Trotzdem graben sich die Bagger von RWE jede Minute weiter. Wir konnten dies wenigstens für einige Zeit verhindern. Der Versuch zwischen RWE und dem Braunkohlewiderstand zu schlichten legt die Machtverhältnisse offen. Schlichten heißt den Widerstand aufzufordern weniger radikal, weniger "gemein" zu RWE zu sein oder auch anders gesagt: „der Widerstand darf nicht stören" und akzeptiert dabei die Existenz von RWE und sein Zerstörungswerk als gegeben. Das heißt die autoritär durch Herrschaft legitimierte Gewalt, die im Abbau und der Verstromung der Kohle liegt, wird akzeptiert, die rebellische Gewalt, die sich dagegen wehrt, erscheint illegitim. Das Ergebnis kann nur eine wie auch immer geartete Bestandsgarantie für RWE sein, die nun auch noch den Segen eines Teils des Widerstandes hat. Des Teils, der sich in das Schlichtungsverfahren hat einbeziehen lassen. Der Widerstand wird in den ausgeschalteten und eingebundenen und den übriggebliebenen und isolierten illegitimen Teil gespalten. Wenn Leute behaupten, eine solche Aktion würde dem Widerstand schaden, so spricht daraus die Rücksichtnahme auf die Macht der Herrschenden, den Widerstand in gut und böse zu spalten. Böse ist das, was weh tut, wirk-

lich stört und effektiv ist. Der Kölner Stadt-Anzeiger schreibt: "Brandstiftung, Gewalt gegen Menschen, Baggerbesetzungen und sinnlose Zerstörungswut gegen technische Einrichtungen mit dem Ziel, Tagebaue und Kraftwerke lahmzulegen – die Heftigkeit der kriminellen Handlungen nimmt zu." Dabei sind Besetzungen, Brandstiftungen und Blockaden nicht sinnlos, sondern halten die Zerstörungswut von RWE sehr präzise auf. Was dem Widerstand schadet, ist der Gehorsam vor der Macht und ihren Medien, die versuchen uns zu erzählen was gut und böse ist. Wir sollten auf unser Gewissen und unsere Vernunft hören, nicht auf die Medien."

Es wirkt auf uns als seien auch Menschen aus dem Widerstand, die unserem Eindruck nach ansonsten Sabotage durchaus auch positiv gegenüberstehen, selbst nicht nur überrascht, sondern überfordert und verängstigt angesichts dieser Dimension und Effektivität der Sabotage. Bliebe dies im Privaten wäre es schon traurig genug, dass dann aber eben dies auch noch veröffentlicht wird ist unsolidarisch, kontraproduktiv und unstrategisch. Unsolidarisch, weil es (jedenfalls wenn die Distanzierungen glaubhaft und keine Tarnung/ Ablenkung sind) klar benennt, von wem die Aktion NICHT ausging und damit der Kreis der möglichen Beschuldigten kleiner wird. Unstrategisch, weil zwar eine Distanzierung erfolgt, ohne jedoch zu benennen, was an dieser Aktionsform nun eigentlich das Andersartige zu bisherigen Aktionen (auf die sich positiv bezogen wurde) sein sollte, was zu einer Distanzierung führen sollte/ könnte. Kontraproduktiv, weil gerade eine vor Ort verankerte Widerstandsgruppe die Legitimität effektiver Sabotage erhöhen kann, wenn sie sich darauf positiv oder mindestens jedenfalls nicht negativ bezieht. Gerade wenn hier verschiedene Widerstandsformen als legitim nebeneinander stehen, ob offene Massenaktion, Waldbesetzung oder Sabotage, kann gemeinsam mehr erreicht werden. Wer beispielsweise einen Blick auf den wendländischen Anti-Atom-Widerstand wirft, wird erkennen, dass die Stärke gerade in der Vielfalt und in der Unberechenbarkeit des Widerstands lag und liegt.

Dass es sich bei dieser Geschichte mitnichten um einen Einzelfall handelt zeigt ein Blick auf die Berichterstattung über ein kurz zuvor geschehenes Ereignis, nämlich die versuchte Fällung eines Strommastes. Die Presse sprach von einer "neuen Stufe der Gewalt" und auf dem Blog der Hambacher Forstbesetzung beeilen sich die Schreibenden zu betonen, dass "die momentanen Verfasser*innen dieses Blogs sowohl mit dem Text, als auch mit der beschriebenen Aktion nichts zu tun" hätten.

Wir als Zusammenstellende und Schreibende dieses Textes halten es angesichts solcher Positionierungen und Spekulationen für notwendig, die altbekannte Debatte um Sinn und Unsinn von Distanzierungen mal wieder aufzuwärmen und hoffen mit diesem Text einen Aufschlag dazu gemacht zu haben.

(anonym)

Pyhäjoki, Finnland: Räumung zweier Camps

und dringender internationaler Solidaritätsaufruf

Dieses ist unser zweites Kommuniqué und ein Aufruf aus aktueller Not heraus. (Das erste ist hier zu lesen)

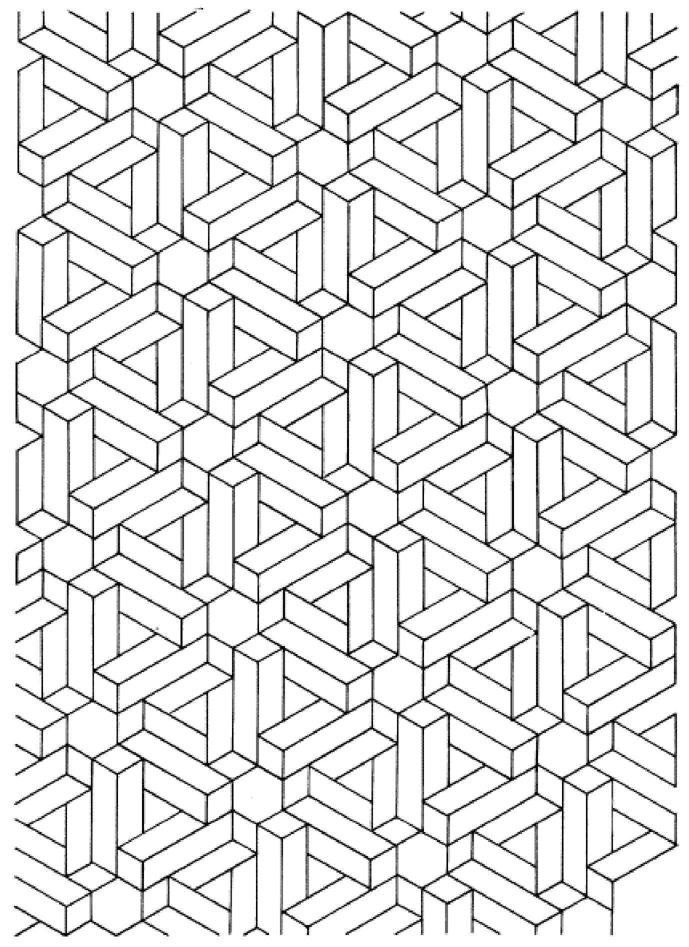
Die Repression gegen die GegnerInnen des Fennovoima-Rosatom Atomkrafwerktprojektes gehen weiter: und es wird immer schlimmer: Am Freitag, den 29. April wurden zwei Protestcamps in Pyhäjoki geräumt. Der Polizeieinsatz war für finnische Maßstäbe riesig. Nicht groß. Riesig. Aufgeboten wurden um die 20 Polizeiwagen, Beamte und Beamtinnen in Kampfausrüstung, Grenzkontrollhubschrauber, Abteilungen von beiden nationalen SWAT Teams, Hundestaffeln und speziell ausgerüstete Transporter zur Aufstandsbekämpfung.

Die Polizei erklärte die Räumung der beiden Camps, indem sie eine rechtlich-diffuse, schriftliche Polizeianordnung präsentierte, sogar ohne nähere Ortsangaben oder andere Informationen.

Die Mehrheit der Protestcamper und die TeilnehmerInnen der „Reclaim the Cape" -Aktionswoche teilten sich in Gruppen auf und verschwanden in den Wäldern, ohne mit der Polizei zu verhandeln.

Während wir hier sprechen, werden die beiden Lager nach Infrastruktur und Habseligkeiten durchforstet. GefährtInnen werden durchsucht und aus dem Wald herausgegriffen. Diejenigen, die inhaftiert wurden, erhalten Hilfe und werden außerhalb der Zellen erwartet. Ein neues Camp befindet sich im Aufbau, das geschieht aber nicht öffentlich.

Am Donnerstag, den 28.April haben mehrere TeilnehmerInnen eine klassische gewaltfreie Lock-on Blockade gegen die Fennovoima-Rosatom Baustelle durchgeführt. Nach mehreren Stunden kam die Polizei. Sie hat aber schnell das Interesse and dieser Aktion verloren und ist stattdessen zum Aktionswochen-Camp vorgerückt. Nachdem die Polizei es gelungen war, das Camp gewaltsam zu übernehmen, sind elf Personen immer noch in Haft. Acht von von ihnen sind internationale GefährtInnen, von denen wiederum einige von



Untersuchungshaft bedroht sind. Bisher lauten die Tatvorwürfe auf „verschärfte Sabotage“, „Teilnahme an gewalttätigem Aufruhr“ und „(gewalttätiger) Angriff auf einen Polizeibeamten“.

Ein Gefährte ist noch immer im Krankrenhaus und in einem ernsten Zustand, offensichtlich weil er von der Polizei angegriffen wurde. Wie gewohnt, hat die Mehrzahl der Massenmeiden kein Interesse neutral oder professionell zu sein. Systematische Diffarmierung der Fennovoima-Rosatom GegnerInnen betreibt vor allem YLE Oulu's (lokaler Ableger des nationalen Rundfunks)

Wie gewohnt, sollen wir nicht unsere Köpfe senken, wenn wir mit staatlicher Repression und physischer Gewalt konfrontiert sind. Dieser Polizeiaktion war der dritte große Einsatz gegen die Fennovoim-Rosatom-GegnerInnen innerhalb vier Tagen. Das schiere Ausmaß von Polizei und Staatsmittel, die gegen uns eingesetzt werden, erzählt eine einfache Geschichte: Wir konnten Fennovoima-Rosatom erheblich schaden und haben die Trennungslinie von „unbequem“ zu „möglicherweise gefährlich“ überquert. . Nebeher ist es uns gelungen, eine Widerstandskultur zu entzünden, die es seit dem Bürgerkrieg im Jahre 1918 nicht gegeben hat und die zweifelsfrei die Mächtigen erschreckt.

Wenn es nie eine Zeit gab, alle GefährtInnen einzuladen, um sich an diesem Kampf zu beteiligen, ist es jetzt die Zeit zur praktischen Solidarität aufzurufen. In unseren Stunden der Not rufen wir dazu auf, die Verhafteten, wie auch die Menschen zu unterstützen, die das neue Camp, hier in Pyhäjoki aufbauen und verteidigen. Unterstützt den Widerstand, indem ihr Fennovoima-Rosatom das gebt, was sie haben wollen Mit tiefer Achtung für die Verschiedenartigkeit der Taktiken, ermutigen wir Alle, dieser Firma und ihren Verbindungen, Reaktionen zu präsentieren, einschl. finnische Botschaften und die lokalen Polizeiverantwortlichen für ihre Beteiligung.

Solidarität ist ein Tätigkeitswort. Praktiziert sie. Wir rufen alle überall dazu auf, an eure gefangen genommenen und verwundeten GefährtInnen zu denken.

(anonym)

+++ Repression +++

Am Abend des 24. März 2016 wurden in Dêrsim (türk. Tunceli) zwei Teilnehmer_innen einer Beobachtungsdelegation des Demokratischen Gesellschaftszentrums der Kurd_innen in Deutschland - NAVDEM e.V.und zwei Begleiter_innen seitens türkischer Sicherheitskräfte festgenommen.

Anlässlich des diesjährigen Newrozfestes hat NAVDEM e.V. mehrere Beobachtungsdelegationen nach Nordkurdistan gesendet. Bereits im Vorfeld erklärte die Demokratische Partei der Völker (HDP), dass mit heftigen Angriffen und Repressionen seitens des türkischen Staates zu rechnen sei, da die türkische AKP-Regierung verkünden ließ, dass sie die Feierlichkeiten zum Newrozfest nicht statt geben werden.

Gegen 20 Uhr Ortszeit wurden in der Provinz Dêrsim zwei deutsche Teilnehmer_innen und zwei Begleitpersonen von türkischen Sicherheitskräften festgenommen. Sie befanden sich dabei Einkäufe in der Stadt zu erledigen, als sie von Zivilpolizisten ohne Angaben von Gründen kontrolliert wurden. Es folgte eine sofortige Durchsuchung noch vor Ort. Nach der körperlichen Untersuchung wurden alle vier Personen ins nahelegende Krankenhaus gebracht, wo sie auf mögliche Verletzungen untersucht worden sind. Anschließend erfolgte die Überführung zur Zentrale der Anti-Terror-Spezialeinheit. Die zwei Delegationsteilnehmer_innen trennte man von ihren Begleitpersonen aus Dêrsim. Eine Trennung der beiden deutschen Delegationsteilnehmer_innen sollte auch erfolgen, doch dagegen wehrten sie sich. Die Polizisten reagierten aggressiv und tätigten Aussagen wie: „Das ist nicht verhandel-

bar! Habt ihr gemeinsam was zu verheimlichen?“ Trotz Weigerung folgte eine getrennte Befragung der deutschen Delegationsteilnehmer_innen. Es wurde ihnen vorgeworfen, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein. Es folgten Fragen wie: „Warum bist du hier und weißt du nicht, dass es hier gefährlich ist? Was genau sucht ihr hier, woher kommt ihr und wenn kennt ihr hier?“

Bei der Durchsuchung wurde ein Notizblock und eine Tasse mit der Aufschrift „Amed“ gefunden. Ein Polizist verschwand mit dem Notizblock. Vermutlich wurden die Telefonnummern notiert. Auf die Tasse wurde sehr aggressiv reagiert. Er forderte einen Delegationsteilnehmer auf, die Aufschrift laut vorzulesen. Dies tat er, daraufhin wurde gesagt: „Amed gibt es nicht, auch nicht Dêrsim!“ Er zeigte auf eine türkische Fahne, die sich im Raum befand und sprach: „Unter dieser Fahne sorgen wir für Sicherheit!“

Der Anwalt der Delegation nahm den Kontakt zur deutschen Botschaft auf, was vermutlich zur Haftentlassung der vier Personen führte. Nach der Entlassung der zwei Delegationsteilnehmer_innen und der Begleitpersonen, sagte einer der Begleitpersonen: „Das ist für uns Alltag. Wir sind es gewohnt. Dêrsim ist ein offenes Gefängnis!“ Bereits am 21. März 2016 sorgte die Festnahme von vier Delegationsteilnehmer_innen des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V. - YXK für einen Skandal, als die Festgenommen von sexuellen Übergriffen, sowie physischer und verbaler Gewalt seitens der türkischen Sicherheitskräfte berichteten. Ohne Angabe von Gründen wurden vier deutsche Studierende beim Versuch der Einreise in die Türkei am Flughafen von Antalya festgenommen und zurück nach Deutschland geschickt.

Auf Anfrage von Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., erklärte die europäische Vertretung der HDP, dass sich die Repressionen auf internationale Beobachtungsdelegationen in diesem Jahr hauptsächlich auf Delegationen aus Deutschland richtet.

25.03.2016, Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V. - YXK

(zugeschickt)

Gestern, am 02.04.16, fand in Frankfurt am Main eine europaweite Jugenddemo gegen den türkischen Staatsterror statt. Auch wir als Jugend aus Hannover waren nach Frankfurt gefahren und hatten uns an der Demo beteiligt. Die friedliche Demo endete gegen 16 Uhr und wir gingen gemeinsam zu unserem Bus zurück.

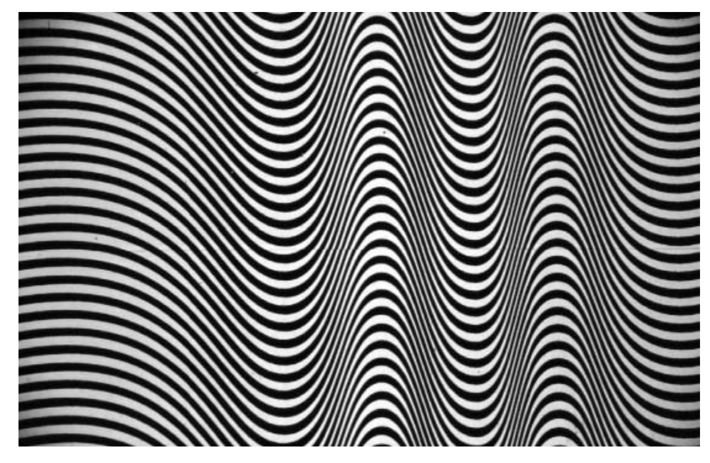
Nachdem alle von uns eingestiegen waren und der Busfahrer losfahren wollte, erschienen drei Mannschaftswagen der Polizei vor unserem Bus. Einer davon mit der Aufschrift „BITTE FOLGEN“. Der Busfahrer folgte dieser Anweisung und wir fuhren den Mannschaftswagen hinterher. Gefolgt wurde unser Bus von 12 weiteren Mannschaftsbussen der Polizei.

Unser Bus wurde mit dieser Polizeikolonne, bestehend als 15 Mannschaftswagen, aus der Innenstadt von Frankfurt „begleitet“. Nach einer 20 minütigen Fahrt erreichten wir ein abgelegenes Industriegebiet wo unser Bus halten sollte. Ein Polizist stieg daraufhin in den Bus ein und machte die Ansage, dass nun unsere Personalien aufgenommen werden, da der Verdacht bestünde, dass wir gegen das Vereinsgesetz verstoßen hätten und verbotene Symbole und Fahnen bei uns im Bus hätten und sie während der Demo gezeigt hätten. Sekunden später stürmte ein vermummter und behelmter Trupp (vermutlich SEK; das konnten wir zu dem Zeitpunkt nicht richtig zuordnen) mit voller Montur in den Bus und brüllt uns an „Hände nach vorne, da wo wir sie sehen können“. Nachdem unser Doppeldeckerbus in beiden Gängen vollständig von diesem Trupp besetzt wurde, verließen sie nach einer Weile wieder den Bus und wurden durch einen „normalen“ (nicht vermummt und ohne Helm) BFE-Trupp ersetzt (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit).

Daraufhin wurde nach und nach jeder von uns aus dem Bus abgeführt. Wir wurden abgetastet und unsere Personalien wurden aufgenommen. Alle Fahnen wurden beschlagnahmt, da sie laut Demoauflage für diesen Tag verboten waren. Neben einer Anzahl an Fahnen, die bundesweit verboten sind, zählten am Tag der Demo unter anderem die gelbe Fahne mit Öcalans Gesicht, die Fahnen der Ciwanên Azad, YXK, YXK-Jin, YPG, YPJ und PYD auch zu den verbotenen Fahnen. Auch ein Infoflyer/Infobroschüre über die aktuelle Situation in Rojava wurde beschlagnahmt. Eine junge Frau musste sogar ihren Pullover ausziehen und abgeben, da auf diesem das Logo der Ciwanên Azad aufgedruckt war. Nachdem alle Personalien erfasst wurden und ein Dutzend unserer Fahnen beschlagnahmt worden sind, durften wir uns gegen 19 Uhr auf den Heimweg nach Hannover machen. Wie uns der Busfahrer mitteilte, hatten Polizisten schon während der Demo unseren Bus durchsucht. Nach einem Telefonat mit den Verantwortlichen der Demo erfuhren wir, dass wir der einzige Bus waren, der nach und während der Demo kontrolliert wurde.



Wir, die Ciwanên Azad Hannover und YXK Hannover, finden den Einsatz und das Vorgehen der Polizei Frankfurt und Wiesbaden (BFE) vollkommen überzogen und unverhältnismäßig. Ohne Beweise, dass die Fahnen während der Demo von uns gezeigt worden sind, glich der Einsatz der Polizei einem großen Antiterroreinsatz. Einen Bus bestehend aus über 30 Jugendlichen zu stürmen mit einem Sondertrupp der Polizei und Flaggen zu beschlagnahmen zeigt welche Rolle die BRD aktuell spielt. Die BRD unterstützt mehr und mehr die Türkei; und somit auch indirekt den IS. Dass die Türkei den IS unterstützt, ist mittlerweile kein Geheimnis mehr. Fahnen der YPG/ YPJ zu verbieten, welche vom NATO-Partner USA unterstützt werden und am effektivsten gegen den IS kämpfen, zeigt die Einstellung der BRD. Auch dass die Fahnen unseres Jugendverbandes Ciwanên Azad und die Fahnen des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V. (YXK) verboten werden, obwohl dieser ein Eingetragener Verein ist, zeigt ähnliche Kriminalisierungsmuster wie unter Erdogan, der im Besonderen gegen kurdische Jugendliche und Studierende vorgeht.



Wir als Ciwanên Azad Hannover und YXK Hannover verurteilen das Vorgehen der Polizei und fordern die Aufhebung des PKK-Verbotes und ein Ende der Kriminalisierung von Kurd*innen.

Ciwanên Azad Hannover, YXK Hannover 03.04.2016

(zugeschickt)

Aufstand in Antwerpener Gefängnis

Gefängnisrevolte in Belgien, der Staat entsendet die Armee

Eine kleine Chronologie der Aufstände, die sich innerhalb belgischer Gefängnisse ausbreiten. Dort befinden sich die GefängniswärterInnen jetzt seit mehr als zwei Wochen im Streik....(Stand: 10. Mai)

Am 25. April gingen die GefängniswärterInnen aller Gefängnisse im französischsprachigen Teil Belgiens in den Streik. Insgesamt waren 21 Gefängnisse betroffen. Die Häftlinge sind in ihren Zellen eingesperrt. Alle Aktivitäten, wie der Hofgang, das Duschen, Besuche oder die Rechtsberatung wurden aufgehoben. Um die Sicherheit aufrecht zu erhalten, hat die Polizei die Kontrolle übernommen.

Rasch verschlechterten sich nach einer Woche Streik der WärterInnen die Bedingungen in den Gefängnissen Als Folge kam es in vielen Gefängnissen zu Aufständen. In einigen Gefängnissen lässt sich die Situation als katastrophal beschreiben. Die Gefangenen erhalten nur einmal am Tag Essen, sind seit mehr als zehn Tagen nicht aus ihrer Zelle gekommen, die hygienischen Zustände sind schrecklich. Infektionen und Krankheiten breiten sich aus.

3. Mai Im Gefängnis von Tournai steigt die Anspannung. Die Gefangenen beginnen damit, ihre Zellen zu zerstören.

3. Mai In der Nacht verbrennen die Insassen von Huy Matratzen und zerstörten einige Zellen. Bundespolizei interveniert, um die Ordnung wieder herzustellen.

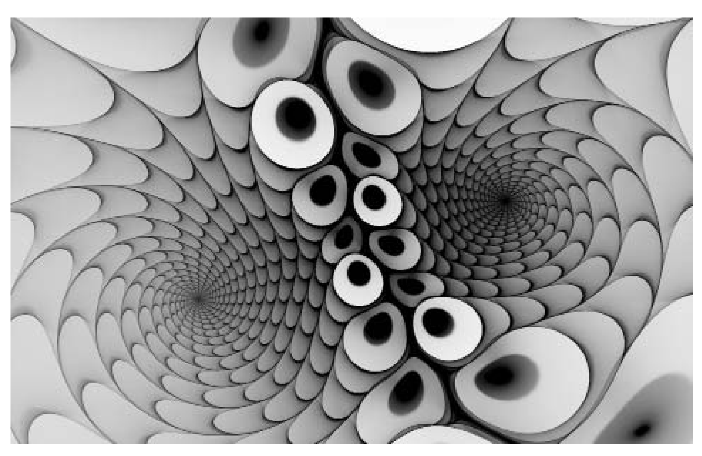
4. Mai Die Insasassen von Huy zünden im ganzen Gefängnis Feuer, brechen die Türen ihrer Zellen auf, zerstören Teile der Gefängnissinfrastruktur und fluten einen ganzen Trakt des Gefängnisses. In der Nacht dringt erneut die Bundespolizei ein.

4. Mai Die Häftlinge von Nivelles zerstören Zellen und werfen brennende Sachen aus ihren Zellen. Mehr als 40 Gefangene gehen in einen kollektiven Hungerstreik.

4. Mai Während der Nacht entzünden die Gefangenen von Arle mehrere Feuer. Die Feuerwehr muss in der Nacht, geschützt durch die Bundespolizei, zweimal eingreifen.

5. Mai Gefangene in Jamioulx beginnen einen Aufruhr. Sie reißen Zellen nieder, greifen das restlich verbliebene Sicherheitspersonal an, das immer noch im Gefängnis arbeitet und zünden Feuer an. Außerhalb des Gefängnisses versammeln sich zehn Leute aus Solidarität mit den Gefangnenen.

7. Mai Im Gefängnis von Merksplas (im flämischsprachigen Teil von Belgien, wo die WärterInnen nicht streiken) findet eine riesige Revolte statt. Nach dem Hofgang verweigern es 200 Gefangene zurück in ihre Zellen zu gehen und leisten Widerstand. Sie zerstören alles, was sie können. Einige WärterInnen werden von den kämpfenden Gefangenen eingesperrt. Mauern, Zäune und Infrastruktur werden zerstört. Im Anschluss sind insgesamt 150 Zellen total verwüstet. Bedeutende Feuer brennen an verschiedenen Stellen des Gefängnisses. Ein Häftling gelingt es im Chaos zu entkommen. Er wird aber wenig später in der Umgebung wieder verhaftet. Die Polizei greift mit starken Kräften ein.



Die Gefangenen erwehren sich in der Nacht stundenlang, so dass es erst am frühen Morgen der Polizei gelingt den Aufstand zu beenden. Mehr als 100 Häftlinge werden in andere Gefängnisse überführt. Zeugen sprechen vom längsten Aufstand in belgischen Gefängnissen.

8. Mai Gefängnis Antwerpen. Während der Nacht beginnen Gefangene, die aus dem teilweise zerstörten Gefängnis von Merksplas nach Antwerpen transferiert wurden, Ärger zu machen. .

8. Mai Im Gefängnis von Lantin, brechen die Gefangenen ihre Zellen auf und beginnen mehrere Flügel zu zerstören. Feuer werden entzündet. Auch am darauffolgenden Tag setzt sich der Widerstand fort.

8. Mai Im Gefängnis von Andenne breitet sich Chaos aus, als die Gefangenen aus ihren Zellen ausbrechen, alles zerstören, was sie können, Brände entzünden und dabei rufen „Freiheit, Freiheit!“ Das ganze setzt ich am nächsten Tag und der darauf folgenden Nacht fort. Ein kurzes Video wurde Online gestellt.

8. Mai Im Gefängnis von Itrre erhalten die Gefangenen Sonderausgang, verweigern es aber in ihre Zellen zurückzukehren und kämpfen mit einigen WächterInnen. Innerhalb der Gefängnisblöcke wurde Gefängnisinfrastruktur durch randalierende Gefangene zerstört.

9. Mai Im neu erbauten Gefängnis von Leuze, verweigern es Gefangene nach einem Sonderhofgang wieder in ihre Zelle zu gehen und bleiben die ganze Nacht draußen. Am Morgen greift dann die Polizei ein, um sie in ihre Zellen zurückzudrängen.

9. Mai Die Regierung entscheidet die Armee in den Gefängnissen einzusetzen. Mit Pfefferspray und Schlagstöcken bewaffnete Soldaten werden in den Gefängnissen von Brüssel (Forest und Saint-Gilles) und im Gefängis von Lantin stationiert. Die Gefängniswärter entscheiden sich, ihren Streik fortzusetzen. Nachrichten von „Innerhalb der Mauern“ werden immer weniger, weil der Staat jegliche Kommunikation nach draußen verhindert. *(zugeschickt)*

+++ Diverses +++

[HH] Proteste gegen Bundeswehr beim Hafengeburtstag 2016

Bündnis Bildung ohne Bundeswehr (BoB) entert Fregatte „Brandenburg“ und „Cap San Diego“

Am Samstag, den 07. Mai 2016 haben rund 50 AntimilitaristInnen mit vielfältigen Aktionen gegen den Auftritt der Bundeswehr im Rahmen des 827. Hamburger Hafengeburtstag an der überseebrücke protestiert.

Eine Gruppe AktivistInnen enterte während des „Open-Ship“-Besuchsprogramms die Fregatte „Brandenburg“ der deutschen Marine mit einem Transparent. Dieses trug die Aufschrift „War starts here“. Vor der Gangway wurde die Schiffsaktion von einer weiteren Gruppe mit einem Transparent mit dem Slogan „Let‘s stop it here - Bildung ohne Bundeswehr“ unterstützt. Sprechchöre wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt“ und Aktionstheater haben die Aktivitäten vor Ort begleitet.

Einige Stunden später wurde ein 2x5m großes Transparent mit demselben Slogan wie auf der Fregatte „Brandenburg“ von der Reling der „Cap San Diego“ herunter gehängt, dem großen Museumsschiff des Hamburger Hafens. Das Schiff stand von Land aus direkt vor den Militärbooten. Auch diese Aktion wurde wie zuvor bei der Fregatte von weiteren AktivistInnen am Boden begleitet. Informationsmaterial und rote Farbe wurden verteilt. Auf einem weiteren Transparent war zu lesen: „Bundeswehrauftritte stoppen! Kein Werben fürs Sterben!“

Mit den Kaperungen wurden die DemonstrantInnen an Land unterstützt, die sich zu einer Kundgebung des Hamburger Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr (BoB) am Eingang zur überseebrücke eingefunden hatten. „Wir wollen die Werbung um Aufmerksamkeit, öffentliche Akzeptanz für Militarismus und deutsche Kriegseinsätze und um potentielle neue RekrutInnen für den Dienst an der Waffe nicht hinnehmen“, sagte die Sprecherin des Bündnisses Denise Wilken.

„Wie in den Jahren zuvor wirkt die Bundeswehr mit ihrer Beteiligung am Hafengeburtstag auf eine Militarisierung der Zivilgesellschaft hin, die wir nicht akzeptieren können und wollen“, erklärte Wilken weiter. „Die Bundeswehr macht auf dem Hafenfest alljährlich

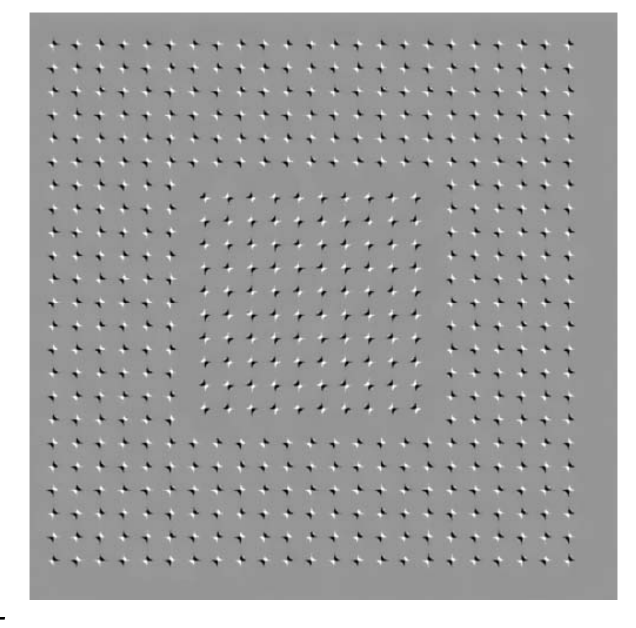
Reklame für den Kriegsdienst und für die Kriege, die von deutschem Boden aus für deutsche Interessen von Wirtschaft und Politik geführt werden.“ Zur Zeit ist die Bundeswehr mit 17 Auslandseinsätzen, u.a. mit 1.200 SoldatInnen in Syrien, teilweise völkerrechtswidrig in Bürgerkriegsgebieten an Verwüstung und Tod beteiligt.

(zugeschickt)

[HH] Schwungvoller Mili-Tanz in den Mai

Bereits eine Woche vorher hat es das Frischeparadies erwischt: Zwei Firmenwagen wurden abgebrannt. „Das Beste von allem“ ist die Firmenlosung des Gourmet-Lebensmittel-Liefernanten, der vor zehn Jahren so spektakulär von den Super-Held*innen geplündert wurde. Und in diesem Stil ging es auch am 30.4. weiter. Ein Bio-Supermarkt der Kette *Denn‘s* wurde am Samstag Vormittag in Altona geplündert.

*„Viele zu viel in unserem Leben hängt davon ab, ob wir genug Geld haben und ob wir für andere funktionieren. Die hat einige Individuen dazu veranlasst, nicht mehr mitzuspielen und sich ohne zu fragen – oder gar zu zahlen – einfach zu nehmen was sonst nur den Gewinner*innen der Gesellschaft vorbehalten bleibt. Enteignung . Plündern und stehlen der Waren und des Geldes, die in dieser Gesellschaftsordnung das Heiligste sind – ist ein Weg, genau diese Verhältnisse anzugreifen. Es geht nicht um Bereicherung oder ein gerechteres System. Es geht um die soziale Revolution. Scheiß auf die Stadt der Reciehn. Nimm dir was du willst und hol dir dein Leben zurück!“*



Auf der autonomen Demo um 18 Uhr gibt es reichlich Bengalos und einige Luxuskarossen, die bearbeitet werden. Gleich zu Anfang der Demo geht ein Bulle nach einem überraschenden Angriff zu Boden. Die Stimmung steigt weiter, als gegen Ende der Demo ein Bundeswehr-Fahrzeug in der Bernhard-Nocht-straße in Flammen aufgeht.

Der Abend ist damit aber noch nicht zu Ende. In der Nacht zieht ein größerer Mob durch die Große Elbstraße.

„Trotz Hubschrauber in der Luft und Hundertschaften um die Ecke, haben wir Wohn-, Arbeits- und Vergnügungsstätten der Reichen Hamburgs angegriffen. Auf der Straße brannten Reifen und qualmten Rauchtöpfe. Die Eingangsbereiche und Fassaden der Bürohäuser Holzhafen und der Holzhafenterassen, des Millionärshochhause „Kristall“ und des Restaurants „Hummer Petersen“ haben wir mit Steinen, Farbe und Buttersäure versorgt, ein Auto einer Eventmarketing-Firma wurde entglast. (…) Wir erinnern an den Tod von Diabi, der im Januar wegen des Besitzes von 1,6g Marihuana festgenommen und am Morgen des 19.2. tot in „seiner“ Zelle im Knast Hahnöfersand aufgefunden wurde. Schluss mit den rassistischen Kontrollen in St. Pauli! Solidarität mit den Angeklagten im Breitestraßenverfahren! G20 Gipfel 2017 in Hamburg angreifen! In Verbundenheit mit den Revoltierenden auf Frankreichs Straßen! NUIT DEBOUT EN RAGE“

(anonym)

Toulouse: Nackt, betrunken oder isoliert, wir sind keine Beute

In der Nacht zwischen dem 28. und 29. April wurden die Räumlichkeiten von La Dépèche Intéractive angegriffen.

Nackt, betrunken oder isoliert, wir sind keine Beute!

La Dépèche ist keine unangreifbare Festung. Alle großen Unternehmen haben ihre Schwachstellen. Es liegt an uns, dass wir einfallsreich, listig und einsichtig genug sind sie zu finden. La Dépèche Intéractive ist eine Tochtergesellschaft der La Dépèche Gruppe. Das ist für uns Grund genug, sie als Ziel auszuwählen.

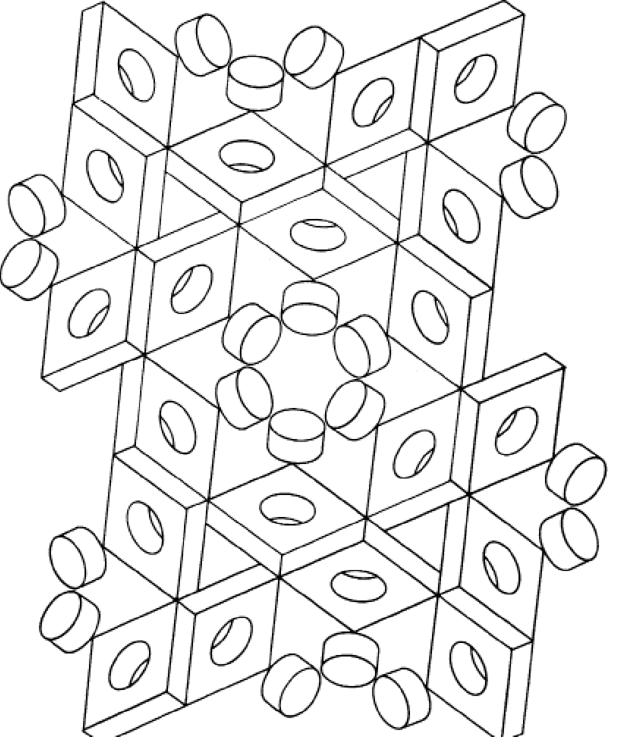
Es gibt unzählbare Gründe die Medien zu schaden. Es ist sogar ein verbreiteter Diskurs unter denjenigen, die verstanden haben, dass die öffentliche Meinung niemals unser Freund sein wird. Dieser Angriff ist ein Reaktion auf einen Artikel, der die Vorstellung vorantreibt, dass „wir Frauen“ selbst die Bedingungen für unsere Agressoren schaffen, indem wir nicht die

Wunschvorstellungen von Männern gefertigter Modelle erfüllen, die uns zum Schweigen bringen wollen sowie unterwürfig, gehorsam und zum Konsumobjekt werden lassen.

Die Hämmer, die diesmal auf Fenster – und genauso gut auf Köpfe zielen können- sind die Waffen unserer Wut gegen alle, die diese Vergewaltigungskultur stärken. Diese Aktion ist ein Schritt nach vorn auf dem niemals endenden Pfad zu unserer Freiheit von allen Unterdrückungen. Wir können es gar nicht genug wiederholen; sexuelle Angriffe sind kein isolierter Akt eines gefährlichen Einzelnen, der aus einer Ecke der Gasse beobachtet, sondern – wenn keine Waffe- sind es oft die Bedrohungen und die korrigierende Strafe für alle Frauen, die sich in ihrem Leben an Rebellion beteiligt haben oder einfach den Ausgang des Käfigs suchen, der das Patriarchat ist. Und es ist immer Spiegelbild einer Welt, die sich Frauen als Objekte zur Unterwerfung erhofft.

Die Medien instrumentalisieren uns, um Angst zu erzeugen und um ein Sicherheitsbedürfnis zu schaffen, das dringend erfüllt werden muss, einhergehend mit immer mehr Kontrolle über unser Leben, Kameras und DNA-Profilen. Sie streben nicht danach uns zu schützen; dieser Diskurs soll uns ködern, um ihre Herrschaft auszuweiten.

Wir wollen unseren Schutz nicht deligieren, sondern versuchen uns selbst zu verteidigen und ein Weg dabei ist der Angriff.



Zu unterstellen, wie Jean Cohadon in seinem Artikel, dass Alkohol und Drogen wiederkehrende Probleme bei Frauen sind – die nicht von sexueller Gewalt und anderer Agressionen losgelöst werden können, denen sie ausgesetzt sind – ist ihre Beine auseinander zu halten, wenn Peiniger ihr Geschäft erledigen. Diese elende Zeitung, die leidenschaftlich über Vorfälle und Polizeieinsätze berichtet, ist eine der tausenden unbestraften Komplizen, die niemmand anzugreifen träumt oder wagt. Die Dépèche, die seine Artikel in ihrem berüchtigen Schundblatt veröffentlicht, ist eine dieser Komplizen.

Als Frauen organisieren wir uns, damit wir uns eines Tages nicht nur Fenster und Mauern vorknöpfen, sondern auch die Leute, die sich hinter ihnen verstecken und die Subjekte unseres Hasses sind. Wir, wollen dass sie sich fürchten, damit sie wissen, dass ihre Handlungen nicht ohne Antwort bleiben. Wir wollen, dass sie an alle angepissten Frauen denken, die sie aus einer Ecke der Gasse beobachten und die eines Tages davon träumen ihnen einene Hammer in ihr Herzen zu stoßen. Sie wollen, dass wir verantwortlich für den Horror sind, den sie uns erleiden lassen. Wir wollen, dass die Angst die Seiten wechselt.

Die Aktion ist allen angepissten Frauen gewidmet, wir hoffen, dass sie eure Herzen erwärmt.

Damit Aktionen gegen das Patriachat sich vervielfältigen!

An eure Hämmer.....Fertig! Los

Einige angepisste Frauen

Arbeitslos

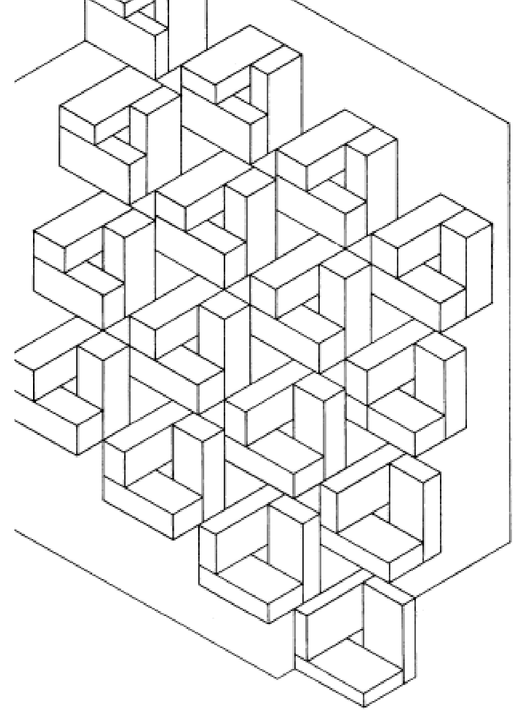
„Die große Schönheit der kapitalistischen Produktion besteht darin, daß sie nicht nur beständig den Lohnarbeiter als Lohnarbeiter reproduziert, sondern im Verhältnis zur Akkumulation des Kapitals stets eine relative Überbevölkerung von Lohnarbeitern produziert. So wird das Gesetz von Arbeitsnachfrage und Zufuhr in richtigem Gleis gehalten ...“ (Karl Marx, Das Kapital, Werke Band 23, Dietz Verlag Berlin,1960,796).

Seit dem 11. Juni 2014 bin ich aufgrund gesundheitlicher, nicht von mir verschuldeter Probleme arbeitslos und habe daher von da an wieder mit der Bundesagentur für Arbeit in Hannover zu tun. Ich hätte gewarnt sein sollen. Als 1991 mein Sohn Sascha geboren wurde, bekam ich das Kindergeld für ihn erst nach dreizehn Monaten durch Einschaltung eines Rechtsanwaltes. Ich arbeitete nach deutschem Tarif bei einer englischen Firma, die ihren Hauptsitz für Nordeuropa in Belgien hatte. Damit kam der Sachbearbeiter offensichtlich nicht klar. Obwohl ich ihm mehrmals die Nummer meines bundesrepublikanischen Personalausweises von meiner Arbeitsstelle aus telefonisch mitgeteilt hatte, wimmelte er mich ab mit der „Begründung“, ich sei belgischer Staatsbürger und müsse das Kindergeld in Belgien beantragen. Schließlich landete die ganze Sache in Newcastle, einer englischen Stadt an der schottischen Grenze, in der sich eine Institution befindet, die der damaligen deutschen Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg entsprach. Für meinen Sohn begann die Lüge des Grundgesetzes, dass die Würde

des Menschen unantastbar sei, bereits im Augenblick seiner Geburt.

Obwohl es damals noch keine Hartz-IV-Gesetzgebung gab, wurde bereits 1991 die ganze Geldgier dieser Institution deutlich, dass sie das Geld anbetet und dass dieses sie beherrscht. Und damit kommen wir auch schon zum gegenwärtigen Umgang der Agentur mit ihren „Kunden". Ab dem 11. Juni 2014 bin ich arbeitslos und hatte dementsprechend einen Antrag auf Arbeitslosengeld gestellt, den ich zur Prüfung auf Richtigkeit einer Sachbearbeiterin vorzulegen hatte. Die war aber bei dem Prüfungstermin dermaßen erkältet, hustete und prustete, dass ich sie fragte, warum sie sich denn nicht krankschreiben lasse ? Zu Hause sei es ihr langweilig, gab sie zur Antwort und segnete den Antrag nach flüchtigem Überblick als richtig ab. Einige Tage später bekam ich einen Brief von der Agentur und war bei seinem Öffnen gespannt auf die Höhe meines Arbeitslosengeldes. Pustekuchen ! Es war ein Ablehungsbescheid, eine Nullnummer, ich sollte keinen Cent bekommen, der Antrag wäre falsch ausgefüllt. Es war dies nicht die letzte Nullnummer. Erst durch einen schriftlich eingereichten Widerspruch bekam ich einen zweiten Brief, der die Korrektur enthielt.

Sodann wurde ich zu einer Frau Meier geladen, die mit mir über meine berufliche Situation sprechen wollte. Diese eröffnete mir, ob ich nicht meine Ärzte von der Schweigepflicht entbinden möchte, da ich ja aus gesundheitlichen Gründen arbeitslos geworden sei und sie durch die Gutachten sehen könne, zu welchen Tätigkeiten ich denn überhaupt noch eingesetzt werden darf. Die Gutachten wurden beigebracht und ich wurde wieder als vermittelbar für den Gartenbau eingetragen, obwohl ich in ihm dauernd krankgeschrieben worden war. Ich wunderte mich über die Gutachten meiner Ärztinnen. Erst im Januar 2015 kam durch einen Rotationswechsel in der Agentur heraus - ich bekam eine neue Vermittlerin - dass es nicht an den ärztlichen Gutachten lag, beide, sowohl das von der Orthopädin als auch das von der Hausärztin hielten eine Arbeit im Gartenbau aus medizinischer Sicht für nicht mehr zumutbar. Entweder hatte Frau Meier die Gutachten nicht gelesen oder sich einfach über sie hinweggesetzt. Ich habe durch den Rotationswechsel vielleicht noch Glück gehabt, wie mag es anderen ergangen sein ? Endete ihr Berufsleben im Rollstuhl ? Menschen im Rollstuhl - das wäre das Meistwerk eines „Staatsmannes" wie Gerhard Schröder, der seine Hochschulreife auf dem zweiten Bildungsweg erlangt hat.



Lenin hatte bereits 1902 erkannt, dass die Revisionisten armseligere Reformen auf den Weg bringen können als rein bürgerliche Regierungen. (Vergleiche Lenin, Was tun ? Brennende Fragen unserer Bewegung, Werke Band 5, Dietz Verlag Berlin, 1960,363f.).

Ab dem 3. August 2016 habe ich einen Minijob als Reinigungskraft bei einer Sparkassenfiliale in Hannover angenommen. Noch im Juli hatte ich eine Kopie des Arbeitsvertrages zur Agentur geschickt, aus dem hervorging, dass ich jeden Tag 35 Minuten arbeite und am Monatsende cirka 100 Euro Lohn erhalte. Am 5. August, also am dritten Arbeitstag, bekam ich einen Aufhebungsbescheid über mein Arbeitslosengeld. Es war die zweite Nullnummer, das Arbeitslosengeld war ganz gestrichen worden, da ich einer Beschäftigung nachginge. Ich sollte von 100 € im Monat leben. Natürlich kamen Suizidgedanken auf. Einen Tag später kam dann die Korrektur dieses Aufhebungsbescheids und dieser ist seidem noch dreimal korrigiert worden (am 26.8., am 16.9. und am 22.9.), das heißt, die Agentur hat ihren eigenen Aufhebungsbescheid vom 3. August bis zum 22. September 4 mal korrigiert. Zirka alle 14 Tage merkt jemand in der Agentur: da stimmt was nicht ! Indes: ALLE KORREKTUREN SIND BISHER SELBST KORREKTURBEDÜRFTIG. Was die Agentur nicht begreift ist die schlichte Tatsache, dass ich einen Freibetrag von 165 € im Monat habe, den sie mir übrigens in jedem Änderungsbescheid bestätigt, und dass 100 € weniger sind als 165 €. Das, was ein Kind von fünf Jahren sofort begreift, begreift die Agentur fünfmal hintereinander innerhalb von fünf Wochen nicht. Wieviel Taschengeld bekommt ein fünfjähriges Kind im Monat und was verdienen die „Diplom-Mathematiker" im Arbeitsamt im Monat ? Karl Marx schrieb im Jahre 1843 in seiner ‚Kritik des hegelschen Staatsrecht' vom Idiotismus der Bürokratie, die Agentur für Arbeit in Hannover bestätigt diese Aussage im Jahr 2015 glänzend, bei dieser Bürokratie liegt eine Mischung aus Dummheit und Menschenverachtung vor (Dummheit und Menschenverachtung ergibt Faulheit) und man gewinnt den Eindruck, dass noch vor der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder (siehe oben: 1991) die Schandtaten dieser Bürokraten, deren Moral auf dem Euro beruht, im Grunde ihres Herzens schon da waren und dass es zu ihrer Ausführung nur der Agenda 2010 bedurfte. Aus dem im Juli 2015 der Agentur in kopierter Form zugesandten Arbeitsvertrag geht auch hervor, dass der Minijob am 29. Februar 2016 enden

wird. Am 1. März tritt wieder der alte Zustand der vollen Arbeitslosigkeit ein, in dem ich auch weiterhin rechtlichen Anspruch auf Zahlung des vollen Arbeitslosengeldbetrages habe. Gleichwohl wurde das Arbeistlosengeld gekürzt bis zu seinem Auslaufen am 18. Juni 2016. War es im Falle der ärztlichen Gutachten noch fraglich, ob sie gelesen oder einfach ignoriert wurden, so ist hier der Fall eindeutig: Die der Agentur zugesandten Dokumente werden nicht zur Kenntnis genommen !!

Ich ziehe ein Fazit: Wird dir im kapitalistischen Produktionsprozess dein Körper kaputt gemacht, so dass du in deinem Beruf nicht mehr arbeiten kannst, kommt das Arbeitsamt und macht dir deine Seele kaputt. Aber die bürokratischen Hooligans, die jede Ordnung zerstören, die die Unterdrückung der Armen und Schwachen betreiben und die Brutalität der Kapitalisten handlangerisch unterstützen, sollen sich nicht täuschen. Immer mehr Menschen durchschauen den widerwärtigen Charakter des kapitalistischen Ausbeutungssystems, das immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen zwingt, ihre Hand zu einer Faust zu ballen, um den Bürokratismus, dieses Krebsgeschwür endgültig und für immer aus dem Körper des arbeitenden Volkes herauszuballern. Immer deutlicher wird das Bewußtsein, dass die Agentur für Arbeit die Arbeitslosen nicht nur einfach knechtet, sondern dass sie sie als „gemeinen Pöbel“ direkt quält, als „gemeinen Pöbel“, dem es von Natur aus zukäme, sich den wohlgeborenen Kapitalisten zu fügen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, kein Beamter und keine Beamtin der Arbeitslosenagenturen können auf Grund des Gesetzes von Arbeitsnachfrage und Zufuhr auf Seiten der Arbeitslosen stehen, sie alle können nur Handlanger der Kapitalistenklasse sein und für diese niedrigste Helotendienste leisten, so, wie es ihnen gebührt. Eine Sprengung der Agenturen für Arbeit wäre zugleich eine Befreiung dieser bürokratischen Heloten. Bürgerlichen Juristen haben die detailliertesten Gestzbücher zum Arbeitsrecht ausgedacht, aber Lenin lehrte uns: „Da ist alles durchdacht und niedergeschrieben, wie der Arme ‚auszupressen‘ ist“ (Vergleiche Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Werke Band 28, Dietz Verlag Berlin, 1960,274).

Nachtrag: Am 27. Juli 2015 hatte ich der Agentur für Arbeit per mail mitgeteilt, dass ich im Monat etwa 100 € verdiene, einige Tage später erhielt sie eine Kopie des Arbeitsvertrages, mit der das bestätigt wurde. Am 18. April 2016 teilte mir die Agentur mit, dass ich mit dem Verdienst aus meinem Minijob unterhalb meines Freibetrages von 165 € liege. ENDLICH nach zirka 255 Tagen !!! scheint der Groschen gefallen zu sein. ENDLICH hat diese Behörde begriffen, dass 100 € weniger als 165 € sind.

(zugeschickt)

Großbrand in Dannenberg

Bei einem Großfeuer in einem Einkaufszentrum an der Straße St. Georg in Dannenberg ist in der vergangenen Nacht (14.05.2016) ein Schaden in Höhe von mehreren Millionen Euro entstanden. Der Komplex mit sieben Geschäften brannte vollständig nieder. Menschen wurden nicht verletzt. Möglicherweise war der Kleidungs-Discounter KiK das Ziel, denn im rund 20 Kilometer entfernten Lüchow hatten Täter bei einem weiteren Markt ebenfalls eine Einrichtung installiert, die ein Feuer entfachen sollte. Nach den Vorfällen im Wendland twitterte die Gruppierung „Kapitalismus ist Krieg“ am 14. Mai: „In #Dannenberg abgebrannt, in #Lüchow verwüstet“. Dem Tweet fügte die Organisation den Link zu einem offenen Brief bei. Dieser richtet sich an die „weltweit kämpfenden TextilarbeiterInnen“ und verurteilt die Produktionsmethoden großer Textilketten.



Im April gab es in linksgerichteten Foren den Aufruf zu einer Plakataktion an KiK-Märkten, auf der ein Logo der Kette mit einer Flamme sowie der Zusatz „Kapitalismus ist Krieg! Kapitalismus tötet“ zu sehen ist. In dem Aufruf dazu heißt es weiter wörtlich: „Aufklaerung, Sabotage und Imagebeschaedigung koennen helfen, Verbesserung zu erkaempfen.“

Kik taucht ebenfalls als vorgeschlagenes Hauptziel militanter Aktionen gegen deutsche Unternehmen auf, zu denen eine Gruppierung mit dem Namen „Destroika! Autonome Gruppen für globale Solidarität“ 2014 im Vorfeld der massiven Proteste gegen die Einweihung der EZB in Frankfurt aufgerufen hat.

warum KIK?

Am 11. September 2012 war in der Fabrik Feuer ausgebrochen, 254 Arbeiter_innen verbrannten, weil die Wege nach draußen versperrt waren. Einige von ihnen wurden nie identifiziert. Die Fabrik arbeitete fast ausschließlich für den deutschen Textildiscounter KiK, der vor dem Brand mindestens 70 Prozent der Produktion gekauft hatte. Das Unternehmen hatte in der Fabrik zuvor Kontrollen durchgeführt und keine Mängel festgestellt. Seit dem Brand weigert KIK sich standhaft, sowohl die

in Vereinbarungen festgeschriebenen Verhandlungen über langfristige Schadensersatzforderungen an die Opfer zu führen als auch die Zahlung von 250 000 Dollar für Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen in Pakistan zu leisten. Ali Enterprises ist nicht die einzige Fabrik: KiK ließ auch in Bangladesh produzieren, der Konzern ist mit verantwortlich für die Katastrophen Rana Plaza und Tazreen, bei denen über tausend Arbeiter_innen starben.

Autonome Gruppen wie auch Nichtregierungsorganisationen unterstützen die Forderungen der Opfer nach Entschädigungen und solidarisieren sich mit den kämpfenden Arbeiter_innen gegen Ausbeutung. In den letzten zwei Jahren haben Aktivist_innen in vielen Städten mit direkten Aktionen gegen KIK-Filialen ihren Unmut über die Produktion in Bangladesh und Pakistan deutlich gemacht. Mehrere Dutzend Filialen wurden eingeworfen und mit Farbe oder stinkenden Flüssigkeiten versaut. Von Pakistan aus startete im Oktober diesen Jahres die Kampagne #MakeKikPay. In Berlin erinnern feuerrote Velo-Taxis KIK an den Brand und die Entschädigungsverpflichtung. Wir stellen hier ein Plakat und ein Flyer für alle zur Verfügung – zum Runterladen und selber drucken und verbreiten. Unser Beitrag für eine internationale Kampagne.

Make KiK Pay

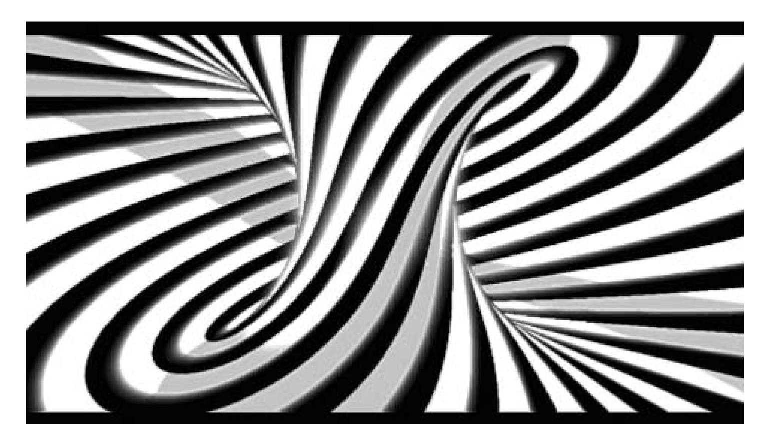
Entschädigung jetzt!

(anonym)

Barcelona: 2. Kommuniqué der Individualitäten zur Verbreitung des Chaos

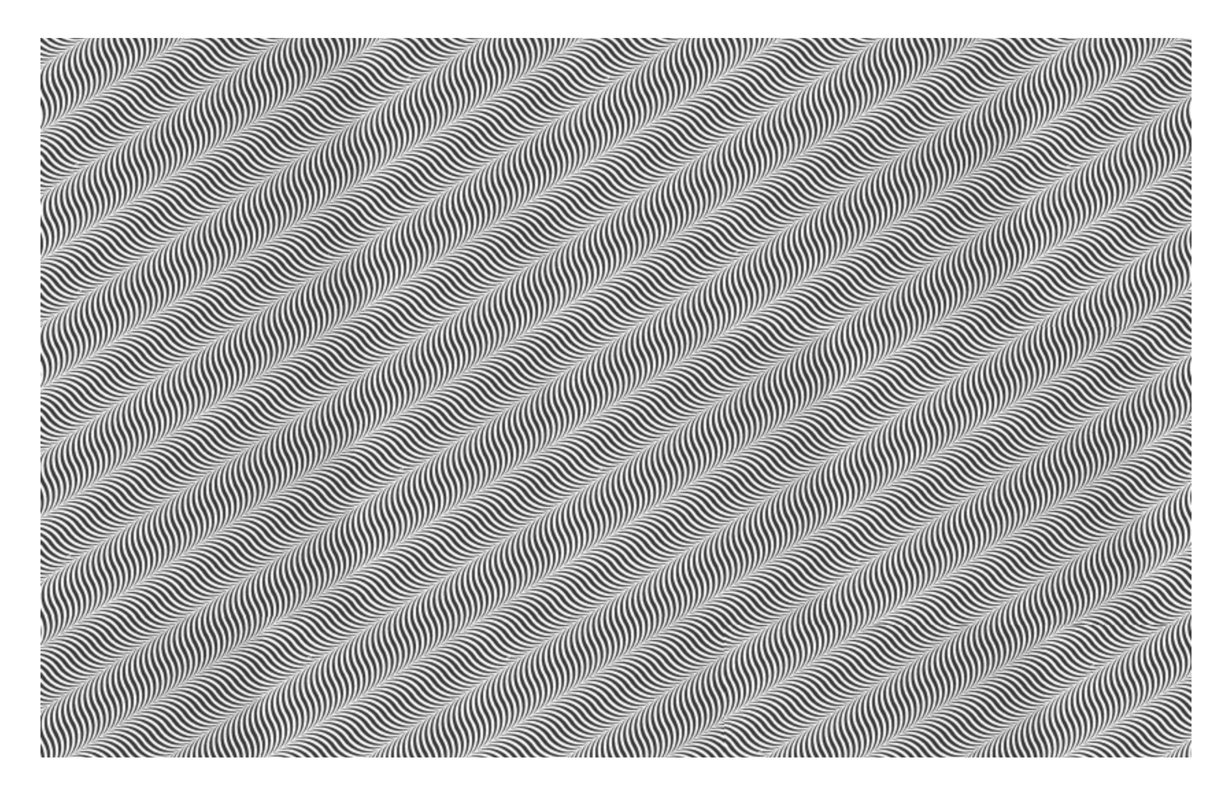
„Ich liebe die Freiheit und kann denen nur meine Achtung ausdrücken, die wie ich den Mut und die Würde haben, ihr Leben bis zum Äussersten zu verteidigen.“ Claudio Lavazza

Wer durch die Strassen dieser toten Metropole namens Barcelona spaziert und aufpasst, kann eine kurze Analyse der hier, wie in irgend einer anderen Stadt der zivilisierten Welt, in den kommerziellen Strassen der Innenstadt wie im Paseo de Gràcia, im Portal de Angelo oder in der Diagonal vorherrschenden Wirklichkeit machen. Wir können sehen, wie die Masse aus Herdentieren jeden Zentimeter Boden besetzt, wie Alt und Jung sich mit Technologie verblödet, wie Arme und Vermögende ins selbe Schaufenster starren, für dieselben Dinge schmachten, dieselbe Mode tragen und die gleichen sozialen Idole vergöttern. In gleichen Ecken sehen wir den grössten Luxus und Konsum und Pechvögel in einem Eingang oder an einer anderen Ecke in Kartons oder im Abfall schlafen. Was alles unter den Augen von Überwachungskameras läuft, die vor allem in der Innenstadt und in den Einkaufsmeilen angebracht sind; ebenso sind die Städte von einer PolizistInnen-, Zivilstreifen- und Gegenaufstandsarmada besetzt, die mit Sturmgewehren im Anschlag herumspaziert und das Ganze zur Sicherheit der Bürgers, der sich angesichts des Polizeistaates glücklich und gut beschützt fühlt.



In der sich im Kapitalismus entwickelten Massengesellschaft kann man von Millionen von Menschen umgeben sein und sich dabei einsam und isoliert fühlen. Man versucht, die von der Massengesellschafts-Wüste produzierte soziale Isolierung und existentielle Leere durch das Streben nach Anerkennung über Mode, Zugehörigkeit zu „etwas“, Arbeit, entfremdetes Vergnügen, Drogen und Konsumismus zu füllen. Diese Isolierung verwechselt man mit Individualismus obwohl man sich fragen müsste, ob eine Person mit individualistischem Bewusstsein den Angriff dulden könnte, den die Gesellschaft der Gehorsamkeit und die Masse an sich für das Individuum an sich darstellen?

Nach einer Epoche gesellschaftlicher Kritik und Hektik scheint endlich wieder alles normal zu werden. Das Leben ist so wenig lebendig wie nie zuvor, aber macht nichts, denn der Bürger ist dankbar, dass er noch das Privileg hat, sich während 8 Stunden am Tag oder mehr für einen Elendslohn in einer Scheissarbeit den Rücken kaputt machen zu dürfen, um weiter absurd hohe Mieten für eine Wohnung zu bezahlen, lebenswichtige Produkte oder weiter die Scheisse zu kaufen, die in den Schaufenstern ausgestellt ist. Der Bürger ist zufrieden, dass „sich etwas verändert“, weil die Stadt von einer Frau Bürgermeisterin einer linken und progressistischen Partei regiert wird. Eine Partei, die gewiss aus den Strassenprotesten besagter hektischer Zeit entstanden ist und die beweist, dass der grosse Teil der Massen, die um wehzuklagen auf die Strasse gegangen sind,



obwohl sie Brandreden brüllten und in einigen Fällen sogar die Strassenkämpfe beklatschten oder gar daran teilnahmen, einzig und allein von der momentanen Frustration getrieben waren, weil der ihnen versprochene Wohlstand sich in nichts aufgelöst hatte und sie eigentlich bloss wieder so leben wollten wie zuvor, mit ihren alten Illusionen über die Arbeit, im Konsum, mit dämlichen Zerstreuungen und Fernsehen. Doch diese neue Normalität ist nicht so subtil wie die vergangene: dies ist die Normalität des Notstandes, der „allerta terrorista livello 4“, der Schliessung der Grenzen, der Maxiknäste, der Militärpatrouillen in den Strassen. Eine Normalität, die wir nicht akzeptieren und von der wir nicht einfach ZuschauerInnen sein werden.

Viele AnarchistInnen liessen sich von der Spektakularität der Massenmobilisierungen und des Strassenkampfes mitreissen ohne sich um eine Analyse der Lage zu bemühen und machten sich Illusionen, glaubten an die BürgerInnenmassen und auch, dass die Revolution gleich um die Ecke sei. Nach einigen Jahren mussten wir persönlich sehen wie diese Massen glücklich zu den Urnen gerannt sind oder einfach bei der erstbesten Gelegenheit ein wenig von dem, was sie von ihrer früheren armseligen Lage verloren hatten, wieder zu erhalten, ihr früheres Leben wieder aufgenommen haben. Um so in eine sogar noch abstossendere freiwillige Dienerschaft zu kriechen als die, die sie vorher leisteten.

Da muss angefügt werden, dass der Staat nach dieser Zeit der Hektik jene, die den sozialen Frieden gebrochen haben weder vergisst und ihnen auch nicht verzeiht. Darum führt jetzt, wo fast das gesamte Kampfpanorama deaktiviert oder reintegriert ist, der Polizeiapparat verschiedene Schläge gegen das anarchistische Milieu. Um Panik zu verbreiten und die abzuräumen, die noch kämpfen wollen. Somit sind, unserer Meinung nach, vor allem (unter anderem) die Enttäuschung der ins „Volk“ gelegten Erwartungen und die letzten repressiven Angriffe, die die anarchistische Szene unvorbereitet trafen, die wichtigsten Faktoren, die auf das aktuelle Gefühl der Niederlage des anarchistischen Milieus innerhalb des spanischen Staates einwirken.

Doch leider, für die Macht, bleiben wir hier und bleiben es mit derselben Lust (oder einer noch grösseren) zum Angriff bis zur letzten Konsequenz gegen die Welt der Macht und ihre Gesellschaft der willfährigen SklavInnen. Die ganze Zeit lang sind wir hier geblieben, haben weiter konspiriert, auf verschiedene Art und Weise Angriffe ausgeführt und uns mit materiellen Ressourcen und technischem Wissen zur Verschärfung der anarchistischen Offensive versehen. Die Repression betrachten wir als etwas Unausweichliches, das zum Kampf gehört, weigern uns aber trotzdem unsere Leben und unsere Zukunft in die Hände der Gesellschaft der DienerInnen und SklavInnen zu legen, die passiv oder aktiv die Verewigung des Bestehenden zulassen.

Egal, wenn die Bedingungen nicht reif sind: in dieser Sache entscheiden wir über die Bedingungen. Egal, wenn die Mehrheit der „AnarchistInnen“ entschieden hat, sich von der konfliktuellen Essenz der Anarchie abzuwenden um sich hingegen der Angst und Paranoia zu ergeben oder sich auf reformistische und citoyenistische Positionen zu reduzieren. Egal, wenn die Macht ihre Waffen auf uns richtet. In diesem Krieg lehnen wir es ab, die Rolle des unschuldigen Opfers zu spielen, um hingegen auch unsererseits unsere Waffen gegen die Macht und die Zivilisation zu richten.

Wir stellen uns an die Seite der GenossInnen, die sich in der ganzen Welt im permanenten und vielförmigen Konflikt aufstellen um die Anarchie hier und jetzt zu

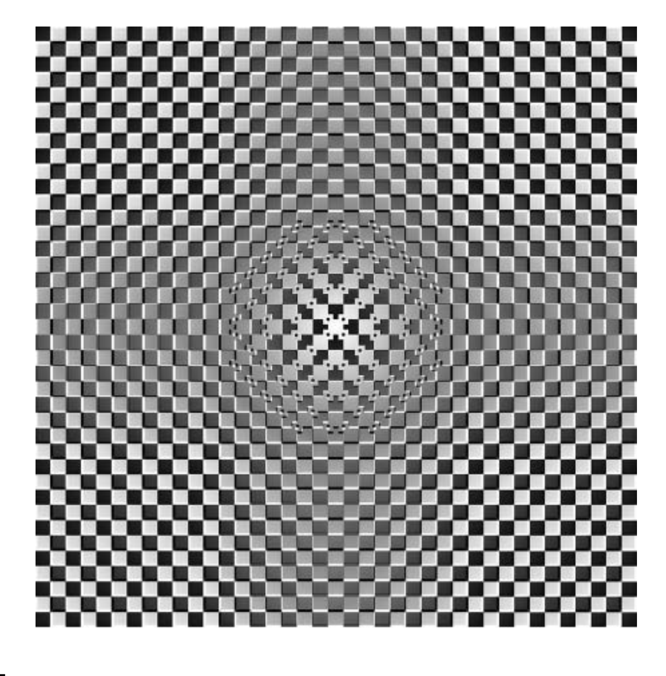
leben. Wir vereinen uns mit euch von der Schwarzen Internationale der AnarchistInnen der Praxis und einmal mehr gehen wir zum täglichen Angriff und zur Wiederaneignung unserer Leben über. Nur durch den vielförmigen anarchistischen Angriff können wir in einer Welt der Käfige das Gefühl der Freiheit erfahren. Die Erfahrung der Freiheit ist das Risiko von Gefängnis und Tod wert, ein Risiko, das wir akzeptieren. Wir legen die Verschiedenheit der Tendenzen, Positionen und Zusammenhängen beiseite und teilen den Weg mit all denen, die sich gradlinig entscheiden die eigene Theorie zum Leben zu erwecken und real umzusetzen. Wir teilen die Komplizität mit den Brüdern und Schwestern der ganzen Welt auch wenn wir ihre Gesichter nie gesehen haben. Aber sicher haben wir ihre Aktionen, Angriffe und Texte, die sie uns geschenkt haben, gesehen. Und sie geben uns damit die notwendige Entschlossenheit und Motivation zur Weiterführung des Kampfes. Durch die neue anarchistische Stadtguerilla, die informelle Organisation und den permanenten diffusen Angriff verwandeln wir unsere Wünsche und Leidenschaften in etwas, das real, echt und wirklich gefährlich ist.

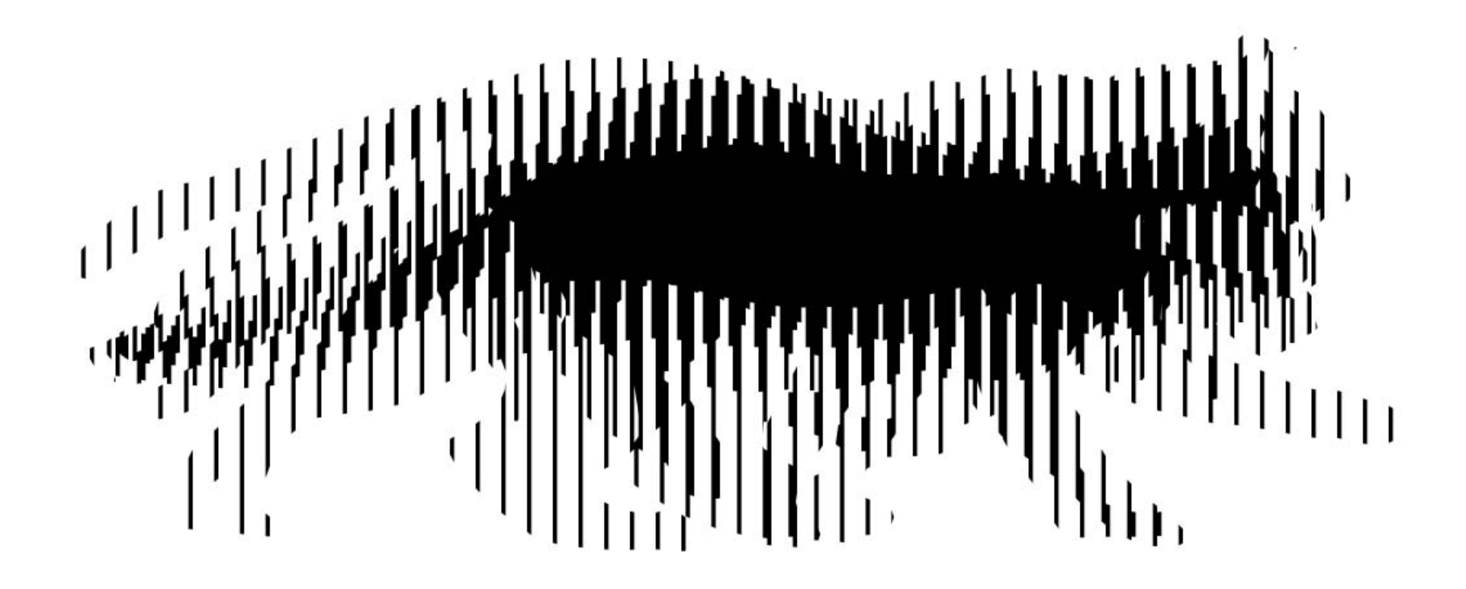
Andererseits entwickelt sich parallel dazu eine weitere elende Form, die davon spricht, die Anarchie in die neue sozialdemokratische Tendenz zu verwandeln. Dieses Übel verbreitet sich überall unter verschiedenen Namen und Organisationsformen. So auch in Barcelona, in einer von persönlichem und politischem Elend gesättigte Stadt; darum sind hier direkte Aktion, Sabotage und Angriff fast vollständig aus Rede und Praxis verschwunden und in jedem Projekt glänzt Kohärenz durch ihre Abwesenheit. Da steht man dann plötzlich vor dermassen ekelhaften Dingen wie z.B. Kollaborationismus mit den Massenmedien und reformistischen und/oder patriotischen Diskursen oder auch „AnarchistInnen“, die wählen gehen oder um Stimmen buhlen, politische Parteien wie die CUP oder Guayem lobpreisen.

Deswegen ist unsere Position gegenüber allen diesen Niederträchtigen und Feiglingen klar: wir anerkennen sie NICHT als GenossInnen oder AnarchistInnen und es interessiert uns keinen Deut, was sie über uns, unsere Positionen und Aktionen zu sagen haben. Sie können ihre Diskurse über die „Volksmacht“ und ihren harmlosen Wochenendaktivismus mit seinem Underground-Radikalismus und alternativistischen Konsumismus (mitsamt ihrem Alkohol- und Drogenmissbrauch) während der „selbstbestimmten“ Feste in den besetzten Orten ruhig für sich behalten; sie können in ihrer Mikrowelt der Vollversammlungen, wo sie „wer“ sind, weiterhin ihr Politspiel treiben und den grässlichen katalanischen Patriotismus belobigen.

Vorher waren die Praktiken des Angriffs, des Diebstahls und des Betrugs – die eine Art und Weise waren um sich das Leben wieder anzueignen und gleichzeitig ein frontaler Angriff auf das Eigentum und das System als solches sind – in der anarchistischen Szene eher akzeptiert.... Heute besteht die Spitze der Kohärenz und des Kampfes gegen den Staat und das Kapital in der verbreiteten Praxis des Versuchs, sich aus dem Müll zu ernähren, durch Besetzungen gratis zu wohnen obwohl einige dieser Häuser in Stücke fallen und vor allem in den wunderbaren „selbstverwalteten“ Genossenschaften und Läden. Einige sahen in dieser Form der Selbstverwaltung des Elends und im Überleben durch die Abfälle und Überschüsse des Kapitalismus das neue antikapitalistische Evangelium, während diese Praktiken – abgesehen davon, dass sie von der Handelslogik nicht frei sind und nur einen neuen „alternativen“ Konsum schaffen – in Wirklichkeit einen offensiven Diskurs gegen die Welt der Herrschaft gänzlich entbehren und völlig harmlos sind. Wie auch die Besetzungen, die vorher durch ihre kämpferische Haltung charakterisiert war und nun ihr konflikthaftes Wesen, ihren Charakter und ihre Kritik des Privateigentums und der dieses produzierenden Welt, ganz verloren hat. Aktuell ist die Besetzung einzig Selbstzweck mit dem einzigen Ziel, im Kapitalismus kostenlos wohnen zu dürfen.

Man soll uns jetzt aber nicht missverstehen: auch wer die Position des offenen Krieges gegen die Macht und ihre Gesellschaft vertritt, ist nicht ohne „Sünden“. Wir auch nicht. AnarchistInnen sein bringt uns mit dem Bestehenden in Konflikt, aber auch so leben wir weiter in den Grenzen des Herrschaftssystems und seiner Gesellschaft, wir sind darin aufgewachsen und haben viele seiner Werte, Verhaltensweisen und sozialen Rollen, von deren Abschaffung wir reden, erlernt und angenommen. Wir sind nicht frei vor der Beeinflussung durch die Welt der Herrschaft und darum führen wir eine Schlacht gegen aussen, bzw. die Macht und eine Innere gegen uns selbst, um uns der Logik der Herrschaft und ihrer Werte zu entledigen. Überdies, wenn wir sagen, dass ZuschauerInnen sein gleich KomplizInnen zu sein heisst, gilt das auch für die Vielen, die,





bloss, weil sie sich als AnarchistInnen betrachten und subversive Gedanken und Ideen teilen, vermeinen, schon „etwas“ zu tun. Wie oft sind wir von Kopf bis Fuss schwarz gekleideten Menschen begegnet, die mit Brandreden um sich warfen, zur generalisierten Revolte und zum allgemeinen bewaffneten Aufstand aufriefen und im Moment der Wahrheit nichts als der Führung eines Blogs im Netz als „mutigste“ Tat ihres ganzen Lebens aufweisen konnten. Theorie ohne Praxis verwandelt sich bloss in Politik, Idealismus und Geschwätz und stirbt schon auf den Lippen derer, die davon reden.

Wenn wir einen der grössten Verantwortlichen und eine der wichtigsten Ursachen der aktuellen Lage suchen wollen, müssen wir das auch bei uns selbst tun. Die bestehende Ordnung wird weder durch die Repression noch etwelche andere Ursachen sondern durch unsere Entscheidungen und Handlungen verewigt; mehrheitlich werden wir AnarchistInnen in dem Moment, in dem man sich dem Konflikt stellen sollte, zum Opfer unserer eigenen Rechtfertigungen. Als AnarchistInnen betrachten wir die vollständige Zerstörung der bestehenden Macht in jeder ihrer Formen als prioritäres Ziel und glauben, dass sich die anarchistischen Praktiken auf dieses Ziel und ihre Bildung von Netzen und Strukturen, die die Verschärfung des Konfliktes fördern und möglich machen, ausrichten müssen. Die Begrenzung des anarchistischen Ausdrucks auf einen schlichten Aktivismus zur Beruhigung des Gewissens, die Ausführung von politischen Manövern oder als inoffizieller Wurmfortsatz der staatlichen Sozialhilfe zu handeln, fassen wir als verachtenswert auf.

Um einmal mehr aufzuzeigen, dass der Angriff trotz der widrigen Umstände weiterhin möglich bleibt, bekennen wir uns zur folgenden Aktion:

In der Nacht des 26. Januar wurde ein Fahrzeug der Sicherheitsfirma Prosegur in der Avenida Coll del Portell im Stadtteil Vallarca angezündet indem Anzündertabletten auf die vorderen und hinteren Pneus gelegt wurden. Das immer unberechenbare Feuer dehnte sich auf andere geparkte Fahrzeuge aus, bis, gemäss den Medien, zwanzig Fahrzeuge total zerstört und weitere 20 teilweise beschädigt wurden. Obwohl unser Anfangsziel der Transporter der Sicherheitsfirma war, betrübt uns die Zerstörung anderer Autos überhaupt nicht; effektiv ist uns die totale oder teilweise Zerstörung von 40 Fahrzeugen willkommen. Die Auto“Kultur“, sein idiotischer und dermassen in den Massen verwurzelter Kult und Konsum ist nur zum Preis einer immer grösseren Zerstörung und Ausbeutung der wilden Natur möglich. So egal ihnen diese Betrachtung ist, so

wenig Bedenken haben wir, wenn wir ihre abscheulichen Autos anzünden.

Der Krieg wurde uns vor langer Zeit erklärt, jetzt ist die Zeit gekommen um den Weg des Konflikts einzuschlagen oder weiter den Kopf zu senken, während man eine radikale Pose mimt. Die Städte bieten uns überall Möglichkeiten zum diffusen und konstanten Angriff. Wer mit Immobilismus und Passivität brechen will, findet überall potentiell angreifbare Ziele. Für die, die nichts tun und weiter ZuschauerInnen des eigenen schon zu Lebzeiten toten Lebens bleiben wollen, gibt es überall plausible Rechtfertigungen.

MIT UNSEREN GEFANGENEN UND UNSEREN GEFALLENEN IN DER ERINNERUNG!!

FÜR DIE SCHWARZE INTERNATIONALE DER ANARCHISTiNNEN DER PRAXIS!!

FÜR DIE VERBREITUNG VON CHAOS UND ANARCHIE!!

Individualidades por la Dispersión de Caos – Federación Anarquista Informal/Frente

Revolucionario Internacional

(zugeschickt)

Krieg. Macht. Flucht.

25. bis 31. Juli 2016 Camp am Gefechts-Übungs-Zentrum Altmark (GÜZ) in Potzehne

Hunderttausende Menschen suchen Zuflucht in Europa vor Armut und Elend, vor Krieg und Folter. Niemand mehr kann hier die Augen verschließen vor den katastrophalen Folgen einer kapitalistischen Weltwirtschaft. Wir sind Teil davon. Anschläge auch in den hochentwickelten Industriestaaten machen deutlich: Die Schrecken, die der mächtige Norden in alle Welt exportiert, kehren jetzt – auch für uns spürbar – zu uns zurück. Die mühsam aufrecht erhaltene Fassade einer heilen Welt beginnt zu bröckeln.

Notwendig ist es, über die Rolle der westlichen Staaten beim Zustandekommen der Kriegshandlungen zu sprechen und Alternativen zu einer militärischen Eskalation zu entwickeln. Stattdessen werden Terroranschläge instrumentalisiert für neue Kriegstreiberei, den Abbau demokratischer Grundrechte und die Stärkung von rassistischer Politik und Abschottung.

Auch Deutschland beteiligt sich an der internationalen anti-IS-Allianz. Doch der ausgerufene „Krieg gegen den IS“ bereitet nur den Boden für noch mehr Terror, Tod und Leid. Noch mehr Menschen sind gezwungen, sich auf den mühevollen und gefährlichen Weg nach Europa machen, um zu überleben. Umso wichtiger ist es gerade jetzt, Militarisierung, Krieg, Terror und Flucht zusammenzudenken und ihre Ursachen sichtbar zu machen.

Gemeinsam mit vielen wollen wir die scheinbare Normalität der kriegerischen Verhältnisse offenlegen, stören, blockieren: Spürbare Steine im Getriebe sein!

Wir rufen dazu auf, dem staatlich organisierten Töten und Zerstören mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Für globale soziale Rechte und ein gutes Leben für alle!

Krieg beginnt hier – unser Widerstand auch!

www.war-starts-here.camp




Torten für Menschenfeinde